

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

11/2010 · 15. März 2010



## DDR 1990

*Wolfgang Templin*

Das unselige Ende der DDR

*Martin Sabrow*

Der vergessene „Dritte Weg“

*Rainer Land*

Eine demokratische DDR?

*Michael Richter*

Doppelte Demokratisierung und deutsche Einheit

*Jennifer A. Yoder*

Die demokratische DDR in der internationalen Arena

*Wolfgang Seibel*

Die gescheiterte Wirtschaftsreform 1989/1990

*Wilfried Rott*

Abschied von West-Berlin

## Editorial

Als die DDR mit der freien Volkskammerwahl im März 1990 endlich ihrem Anspruch gerecht wurde, eine demokratische Republik zu sein, zeichnete sich schon ihr Ende ab. Der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik stellte im Juli die Weichen für die rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In einer dramatischen Nachtsitzung stimmten die Abgeordneten der Volkskammer wenige Wochen später dem Einigungsvertrag und damit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik in Gestalt von fünf neuen Bundesländern zu, der am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde.

Es lohnt sich, an den Aufbruch zu erinnern. Die Utopie einer zivilgesellschaftlichen Basisdemokratie übte große Faszination aus. Beflügelt von den Massendemonstrationen im revolutionären Herbst 1989 und dem Machtverlust des Politbüros und der SED gestalteten die Bürgerinnen und Bürger auf den Straßen, in politischen Parteien und Vereinigungen und schließlich an den Runden Tischen ihre Demokratie. Über 93 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an der Volkskammerwahl 1990 teil. Im Sog der Vereinigung schwand die Attraktivität „Dritter Wege“ für einen sozialistischen deutschen Parallelstaat. Am Ende überwog der Wunsch des Souveräns nach nationaler Einheit in einem freien und demokratischen Staatswesen. Auf internationaler Bühne gestand man den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung zu – in Washington ohnehin, zögerlich in Paris und London, schließlich auch in Warschau und Moskau.

Gerade einmal ein halbes Jahr dauerte die Phase einer demokratischen DDR. Auf geradezu dialektische Weise nahm die Volkskammer die Aufforderung in der Präambel des westdeutschen Grundgesetzes ernst und vollendete die Einheit Deutschlands – indem sie sich und den eigenen Staat abschaffte.

*Hans-Georg Golz*

Wolfgang Templin

# Das unselige Ende der DDR

## Essay

Zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR hat die schnelle Öffnung der Archive, haben zeitgeschichtliche Forschungen und die Erinnerungsarbeit der Betroffenen eine Vielzahl eindeutiger Befunde über die Entwicklung und das Ende des untergegangenen „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ zur Verfügung gestellt. Die Widerstands- und Oppositionsforschung konnte die Breite und Tiefe gesellschaftlicher Gegenwehr in den Anfangsjahren der SBZ/DDR und den Charakter des 17. Juni 1953 als politischen Volksaufstand dokumentieren. Widerstand und Opposition konnten durch Terror, Repression und nach dem Bau der Mauer durch mannigfache Unterwerfungs- und Anpassungsstrategien zeitweilig eingedämmt und zurückgedrängt werden, erloschen aber nie völlig.

In den letzten Monaten der DDR nahm der Widerstand von Teilen der Bevölkerung erneut den Charakter einer spontanen, gewaltlosen Massenbewegung an. Das in den Jahren zuvor entstandene Netz der unabhängigen und zunehmend oppositionellen kirchlichen und außerkirchlichen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen wirkte initiativbildend und als Katalysator. Eine ähnliche Bedeutung erlangte die künstlerische Alternativszene, die sich seit den 1970er Jahren entwickelte. Die Träger des Regimes und die verantwortlichen Funktionäre gaben die Macht nicht freiwillig ab, sie musste ihnen – wenn auch im Wesentlichen gewaltlos – aus den Händen gewunden werden. Angesichts von Hunderttausenden auf den Straßen, die sich den waffenstarrten militärischen Einheiten und den Panzern entgegenstellten, und angesichts der klaren Haltung Michail Gorbatschows standen sie vor der Alternative,

entweder zu Massenmördern zu werden oder den Rückzug anzutreten. Die Führungsspitzen von SED und MfS wählten den Weg des geordneten Rückzuges und suchten nach Überlebensstrategien, welche die Phase der Runden Tische und die letzten Monate der DDR begleiten sollten. Hierfür das Bild eines „friedlichen Einschlafens“ vor Augen zu haben, ist absurd: Die DDR nahm kein seliges, sondern ein unseliges Ende – ihr Todeskampf war alles andere als ein erbauliches Schauspiel.

Zahlreiche Attribute klassischer Revolutionen fehlten diesem Geschehen: Barrikaden, Gewalt, sofortige Rache an den Vertretern des Ancien Régime. Dennoch sollte es als gewaltlose Revolution in die Geschichte eingehen. Charakter und Ziele der Akteure, Tiefe und grundsätzlicher Charakter der eingetretenen Veränderungen berechtigen dazu. Bekannt ist, von wem das Wort von der „Wende“ stammt und wer die ehemaligen Machthaber zu Friedensengeln stilisieren suchte. All das kann, wie die Flut der Memoirenliteratur von SED- und MfS-Funktionären, ins Reich der Legendenbildung verwiesen werden.

Umso eigenwilliger muss es anmuten, wenn renommierte Zeithistoriker derlei Legendenbildungen Kredit geben. In einem Beitrag für das „Neue Deutschland“ vom November 2009 kokettiert Martin Sabrow mit dem Begriff der „Wende“ und wählt die Vokabel des „Umbruchs“, um dann von „einer Revolution ohne Revolutionäre“ zu sprechen.<sup>1</sup> Er unterstellt der übergroßen Mehrzahl der oppositionellen Akteure, dass sie zunächst das untergehende System erhalten wollten und erst post festum umgeschwenkt seien, da es zu einer inneren Auflösung der DDR aus eigener Machtlähmung kam. Den DDR-Erhaltungswillen der Oppositionellen machen auch andere Autoren an der positiven Verwendung des Sozialismusbegriffs in deren Aufrufen und Programmschriften fest.

Wie sehr dieser Gebrauch taktischen Rückzuges geschuldet war, ist hier nur die eine wichtige Seite. Die übergroße Mehrheit der beteiligten Gruppen und Demonstranten hatte sich spätestens im Oktober 1989 auf die zentrale Forderung nach freien Wahlen geei-

<sup>1</sup> Martin Sabrow, Wende oder Revolution, in: Neues Deutschland vom 21. 11. 2009, S. 24.

nigt und stellte damit implizit oder explizit die Machtfrage. Die faktische Einparteienherrschaft der SED wurde durch freie Wahlen gebrochen – ihr Ausgang besiegelte den Untergang des alten Systems. Wer damals und auch noch in den Wochen und Monaten danach den Sozialismusbegriff positiv verwendete und nicht gerade zur „Vereinigten Linken“ oder zu den SED-Reformkräften zählte, tat dies zumeist im Sinne eines sozialdemokratisch geprägten „Demokratischen Sozialismus“. Spätestens seit dem Godesberger Programm verstand die deutsche Sozialdemokratie unter diesem Begriff etwas völlig Konträres zur Sozialismusvorstellung kommunistischer Tradition. Politischer Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaat sowie Soziale Marktwirtschaft wurden zum unverzichtbaren Rahmen für das Vertreten und Verteidigen von Werten der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Emanzipationsströmungen erklärt.

Die tiefe Kluft zwischen dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen Verständnis des Sozialismusbegriffs beschrieb der polnische Philosoph und Exkommunist Leszek Kołakowski bereits 1976: „Die Idee des demokratischen Sozialismus hat nichts gemein mit der apokalyptischen Hoffnung auf ein Ende der Geschichte, mit dem Glauben an die historische Unvermeidlichkeit des Sozialismus und an die natürliche Abfolge der ‚gesellschaftlichen Formationen‘, mit der Lehre von der ‚Diktatur des Proletariats‘, mit der Glorifizierung der Gewalt, mit dem Glauben, dass die Verstaatlichung der Industrie ein Wert an sich sei, mit den Phantasien über eine konfliktfreie Gesellschaft und eine Wirtschaft ohne Geld.“<sup>12</sup> Es würde eine lange Debatte bedeuten, ob sich das ideelle Leitbild der modernen deutschen Sozialdemokratie nicht besser durch die Formel einer sozialen Demokratie als durch das Festhalten am zutiefst diskreditierten Sozialismusbegriff beschreiben ließe. Fakt ist, dass bis in den Herbst 1989 hinein der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ innerhalb der SED ein Unwort war. Seine erfolgreiche Okkupation durch die Wendestrategen der SED im Winter 1989/90 gehört zu den bemerkenswertesten Rettungsmanövern der untergehenden DDR.

<sup>12</sup> Leszek Kołakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall. Bd. 3, München 1979, S. 573.

Worin – über den Sozialismusbegriff hinaus – der alles andere als begriffsscholastische Kern der Kontroverse steckt, machen die Beiträge im kürzlich erschienenen Sammelband über „Erinnerungsorte der DDR“ deutlich.<sup>13</sup> Jedem gelernten DDR-Bürger, der sich mit den Übergangsphasen des realen Sozialismus und der kommunistischen Endzeitverheißung gläubig-zustimmend oder abwehrend auseinandersetzte, war klar, dass die Genossen der SED Kommunisten waren oder zu sein hatten. Von dieser Erfahrung zeigt sich der Herausgeber Martin Sabrow unbeeindruckt: In seiner Einleitung schlingert er zunächst zwischen terminologischen Unterscheidungen und gelangt dann zur bemerkenswerten Feststellung, dass die Geschichte der DDR und damit auch der kommunistische Grundcharakter ihres Gesellschaftsprojekts im Unterschied zum Nationalsozialismus „keinen Zivilisationsbruch“ markiere.<sup>14</sup>

Wer im ideellen Kern des realkommunistischen Projektes immer noch die Werte von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität schlummern sieht, verweigert sich einer der entscheidenden Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts. Im Kern der kommunistischen Verheißung steht der neue Mensch, nicht als Hoffnung und Utopie, sondern als politisch zu formendes Wesen. Der Weg in den künftigen Himmel geht durch die Hölle des Gulag. Das historische Glück der DDR war, dass sie nur noch einen Zipfel dieses Gulag erlebte.

## Satrapie und Fußnote der Geschichte

Zeithistoriker und Publizisten, die den Unterdrückungs- und Zwangscharakter des zweiten deutschen Staates von Beginn an herausarbeiten, stehen mit ihren Arbeiten nostalgiegeladenen und verharmlosenden Darstellungen gegenüber. So wichtig es ist, die deutsch-deutsche Teilungssituation letztendlich als Konfrontation von Diktatur und Demokratie zu verstehen und die DDR nicht als gut gemeinten Aufbruch zu sehen, der in den Frösten des Kalten Krieges erstarrte: Die Trilogie von Mauer, Schießbefehl und Stacheldraht reicht zur Erklärung einer vierzigjährigen komplexen Geschichte nicht aus. Hans-Ulrich Wehler reduziert in seiner monumen-

<sup>13</sup> Vgl. Martin Sabrow (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009.

<sup>14</sup> Ebd., S. 15.

talen deutsch-deutschen Geschichte die ostdeutsche Seite auf ein sowjetisches Okkupationsregime, eine „Satrapie“, die zur welthistorischen Fußnote der Geschichte einschnürt.<sup>15</sup> Damit verkürzt er den Eigenanteil der deutschen Kommunisten um Walter Ulbricht an der Installierung der Machtverhältnisse und der Gesellschaftswendung der DDR. Vor allem kann er nicht die Faszination der Jahrhundertidee Kommunismus und die Mobilisierungs- und Bindekräfte des damit verbundenen gesellschaftlichen Großexperiments erklären – Bindekräfte, die nicht nur als Nostalgie und Phantomschmerz über den Untergang der DDR hinausreichen. Eine Gesellschafts- und Alltagsgeschichte des zweiten deutschen Staates, die man bei Wehler vermisst, muss nichts von dessen Unterdrückungscharakter relativieren, sondern kann die „heile Welt der Diktatur“ jenseits der klassischen Repressionsinstitutionen ausleuchten.

Jüngere Zeithistoriker ostdeutscher Sozialisation wie etwa Ilko-Sascha Kowalczyk mit seiner fulminanten Arbeit zur Vorgeschichte und Geschichte der friedlichen Revolution<sup>16</sup> und Stefan Wolle mit seinen eindringlichen Alltagsanalysen der Honecker-DDR<sup>17</sup> haben dies überzeugend unter Beweis gestellt. In der über sechshundertseitigen, glänzend geschriebenen Analyse Kowalczyks nimmt das Panorama der späten DDR weit über die Hälfte ein. Stagnation und Zerfall, ökonomischer, sozialer und ökologischer Zerfall werden ebenso eindringlich beschrieben wie die Parallel- und Gegenwelten der sich formierenden Opposition. Zwischen einer trotz wachsendem Niedergang und Perestroika-Signalen aus Moskau weiter stabilen und funktionsbereiten Herrschaftselite und einer übergroßen Bevölkerungsmehrheit, die bis zum vorletzten Moment stillhielt, war diese Opposition zur absoluten Minorität verurteilt. In den Höhepunkten des Herbstes 1989 wuchs ihr eine Bedeutung zu, die sie im letzten Jahr der DDR erneut mit der Randsituation einer Minorität vertauschte. Dennoch bedeutete dies keine Niederlage, denn das Wichtigste war gewonnen.

<sup>15</sup> Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008.

<sup>16</sup> Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel*. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

<sup>17</sup> Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur*. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998.

Oft werden die Oppositionellen der 1980er Jahre und die weit zahlreicheren Akteure der erfolgreichen friedlichen Herbstrevolution im Lichte einer nachfolgenden tragischen Niederlage dargestellt. Als Politamateure seien sie den Profis in Ost und West nicht gewachsen gewesen. Bereits am Runden Tisch zerstritten, hätten sie die Wähler mit utopischen und unausgereiften politischen Konzepten nicht erreicht und seien mit dem Ausgang der Wahlen in der politischen Marginalisierung verschwunden.

An diesem Bild mögen einzelne Punkte stimmen, nicht aber die Gesamtsicht. Der großen Mehrzahl der vorangehenden Oppositionellen und der dazustößenden Akteure ging es nicht darum, die Macht für sich zu erringen, sondern ein Tor aufzustoßen, das von der abgeschotteten, geschlossenen Gesellschaft in einen neuen, offenen Raum führte. Wer sich in diesem Raum des politischen Pluralismus und der damit verbundenen Konkurrenzen für die unmittelbare Machtteilhabe entschied, versuchte dies in den neuen oder gewendeten Parteien. Viele andere Beteiligte suchten und fanden ihren Platz in den Initiativen und Organisationen einer aktiven Zivilgesellschaft. Sie gehörten zum subjektiven Potential einer DDR-Gesellschaft, das nicht mit dem oder im System wuchs, sondern im Widerstand dagegen, das DDR-geprägt war und das diktatorische System überdauerte. So weit die Meinungen über Erfolge, Defizite und Hürden des Vereinigungsprozesses in diesen Kreisen auch auseinandergehen, entscheidend bleibt der gemeinsam erkämpfte Freiheitsgewinn.

Im Bewusstsein, auf ihre Weise zum glücklichen Ausgang des kurzen 20. Jahrhunderts beigetragen zu haben, halten die meisten Beteiligten von 1989/90 an der Vorstellung von der Befreiungsrevolution fest – als Teil einer Kette von Befreiungsrevolutionen, in welcher für die DDR die Mauer fiel und für die Länder des Ostblocks der Eiserne Vorhang. Aktuelle Nachbarschaftsinitiativen mit diesen Ländern, gemeinsame Anstrengungen der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit und gegen neue totalitäre Versuchungen tragen häufig die Handschrift zivilgesellschaftlicher Akteure, deren Biographien von 1989/90 geprägt sind.

# Der vergessene „Dritte Weg“

Der „Dritte Weg“ einer demokratisch erneuerten DDR ist kein Erinnerungsort der jüngsten Zeitgeschichte. Nicht mit der

## Martin Sabrow

Dr. phil., geb. 1954; Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam. sekretariat@zzf-pdm.de

in das Ende der über vierzigjährigen Teilung Deutschlands mündete. Die öffentliche Erinnerung wird von einem zeithistorischen Narrativ beherrscht, das die Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 aus dem Blickwinkel der deutschen Vereinigung vom 3. Oktober 1990 betrachtet und auf die zielstrebigste Geschlossenheit des atemberaubenden Revolutionsgeschehens abhebt: „Wir dachten daran“, erinnerte sich Rainer Eppelmann, „in der DDR einen freiheitlichen Staat aufzubauen, der in zunehmend engerer Verbindung zur Bundesrepublik Deutschland neue Wege erproben sollte.“<sup>1</sup>

Dieser Sicht folgen nicht wenige jüngere Gesamtdarstellungen der friedlichen Revolution.<sup>2</sup> In einem narrativen Rahmen, der den Umbruch von 1989/90 als gradlinige Entwicklung hin zu politischer Freiheit und oft auch nationaler Einheit fasst, schrumpfen zeitgenössische Zielvorstellungen einer eigenständigen sozialistischen DDR zum realitätsfernen Hirngespinnst von Sonderlingen, die während des Umbruchs den Kontakt zur Bevölkerung verloren hätten. Soweit die Vision eines „Dritten Wegs“ diesen Rahmenwechsel überstanden hat, zog sie sich in die trotzig oder melancholische Gegenerinnerung ehemaliger Protagonisten zurück, die sich der „Nötigung zur Identitätsverleugnung“ ver-

weigern<sup>3</sup> und resigniert mit dem Verlauf des Umsturzes von 1989/90 ins Gericht gehen<sup>4</sup> oder bis heute über den „lebendige(n) Traum von einer anderen DDR“ nachsinnen, „die wirklich demokratisch wäre“.<sup>5</sup>

## Sozialistische Erneuerung

Auch eine entschlossen teleologische Deutung der friedlichen Revolution kann nicht die Kluft zwischen der kaum mehr als zweitausend mutige Köpfe umfassenden Bürgerrechtsbewegung und der Millionen zählenden Volksbewegung ignorieren, die sich vor allem über die Montagsdemonstrationen und die anschwellende Ausreiserwelle entfaltete und im Mauerdurchbruch ein Ventil für das unterdrückte Bedürfnis nach einem selbstbestimmten Leben in Freiheit und Wohlstand fand. Hier behilft sich die erfolgsgeschichtliche Revolutionserzählung mit einer Denkfigur, die den sich aufdrängenden Gegensatz zwischen den „Oppositionellen, die im Land etwas verändern wollten“, und den „Hoffnungslosen, die nur noch weg wollten“, mit einer Unterscheidung zwischen empirischem und eigentlichem Geschehen zum Verschwinden bringt: „Beide Gruppen pochten auf die Einhaltung der Menschenrechte, die einen wollten sie erkämpfen, die anderen sie sofort haben. Beide Ansätze waren legitim. Öffentlich

<sup>1</sup> Rainer Eppelmann, Fünf Jahre deutsche Einheit, in: Deutschland Archiv (DA), 28 (1995) 9, S. 897.

<sup>2</sup> „Der 18. März vollendete, was die Fluchtbewegung, die Massenproteste und die Bürgerbewegungen seit dem Spätsommer und Frühherbst 1989 gemeinsam erzwangen: freie demokratische Wahlen.“ Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 528. Mehr noch erkennt Ehrhart Neubert in der bruchlosen Folgerichtigkeit der Entwicklung das entscheidende Merkmal der Revolution von 1989/90: „Für die Deutschen ist sie schon deshalb etwas Einzigartiges, da es die erste Revolution war, die erfolgreich die Ideen von Freiheit und Nation miteinander verband.“ Ehrhart Neubert, Unsere Revolution, München 2008, S. 13.

<sup>3</sup> Vgl. Dieter Segert, Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR, Wien-Köln-Weimar 2008, S. 7.

<sup>4</sup> Vgl. Thomas Klein, Außer Reden nichts gewesen? Der Runde Tisch zwischen Volkskammer und Mordrow-Regierung, in: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.), ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999: „Wir wußten, daß die Mehrheit der Bürger der DDR sich der von den Herrschenden in Ost und West erfundenen Weisheit, daß keine Alternative jenseits der zwischen dem real existierenden Sozialismus und Kapitalismus denkbar wäre, unterwarf.“ (S. 236)

<sup>5</sup> D. Segert (Anm. 3), S. 7.

einräumen konnten beide Seiten aber nicht, dass sie eigentlich auf der gleichen Seite der Barrikade standen.“<sup>16</sup>

Gegen die glättende Sicht der Zeitzeugen, die in ihrer Unterscheidung zwischen subjektivem und objektivem Wollen<sup>17</sup> die Akteure des Umbruchs zu Werkzeugen des historischen Fortschritts entmündigt, steht freilich die Aussage der Zeitzeugnisse. Beobachter der radikalen Veränderungen und der von ihnen ausgelösten Aufbruchsstimmung zeigten sich Ende 1989 vielfach ganz selbstverständlich davon überzeugt, dass die Erneuerung auf eine „sozialistisch inspirierte Alternative zur Konsumgesellschaft in der Bundesrepublik“ ziele,<sup>18</sup> die Stalinismus und Thatcherismus gleichermaßen hinter sich lassen wolle.<sup>19</sup> Dieser Eindruck deckt sich mit zahllosen regimiekritischen Verlautbarungen des Herbstes. „Es geht nicht um Reformen, die den Sozialismus abschaffen, sondern um Reformen, die ihn weiterhin in diesem Lande möglich machen“, deklarierte die Resolution der Künstler vom 18. September 1989<sup>10</sup> und drückte aus, was den oppositionellen Aufbruch in der DDR insgesamt beseelte: „Niemand forderte das Ende des Sozialismus, keiner dachte an das Ende vom Sozialismus.“<sup>11</sup>

<sup>16</sup> I.-S. Kowalczyk (Anm. 2), S. 386.

<sup>17</sup> Exemplarisch Rainer Eckert, der unter Berufung auf Neubert der Opposition ein Politikverständnis attestiert, das „indirekt und direkt die Werte bzw. politischen Ziele Freiheit, Recht und Menschenrecht, Pluralismus und Entideologisierung des Staates, Selbstbestimmung sowie freie Wahlen verfolgte. Diese Forderung nach grundlegenden Werten der Demokratie stellte die Herrschaft der SED in Frage und damit indirekt auch die des eigenständigen deutschen Teilstaates DDR.“ Rainer Eckert, Sozialismusvorstellungen im Herbst 1989: Opposition und SED-interne Kritiker, in: Horch und Guck, Nr. 24, (1998) 3, S. 26 f.

<sup>18</sup> Hubertus Knabe, Die deutsche Oktoberrevolution, in: ders. (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR, Reinbek 1989, S. 19.

<sup>19</sup> Vgl. John Palmer, Eastern Bloc in Search of a Third Way, in: The Guardian vom 22. 11. 1989, S. 23: „In East Germany, New Forum and other groups are beginning to polarise along new lines. Some seek to influence the reform wing of the ruling Communist Party in a more social democratic direction. Others want to fight for a distinctive third camp (...) – equally opposed to Stalinism and East European-style neo-Thatcherism.“

<sup>10</sup> Zit. nach: Gerhard Rein (Hrsg.), Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, S. 150 f.

<sup>11</sup> Frank Eigenfeld, Bürgerrechtsbewegungen 1988–1990 in der DDR, in: Andrea Pabst/Catharina Schult-

Es steht außer Frage, dass sich die regimiekritische Bewegung der 1980er Jahre in der DDR „an einem alternativen Sozialismus, nicht aber an einer Alternative zum Sozialismus“ orientierte.<sup>12</sup>

Einschränkungen gelten am ehesten noch für die sozialdemokratische Neugründung SDP, die eine an die Tradition von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit anknüpfende Alternative für „unser Land“ engagieren wollte.<sup>13</sup> Ein Bekenntnis zur sozialistischen Zukunft legte dagegen der Appell „Für eine vereinigte Linke in der DDR“ vom September 1989 ab, der sich „an alle politischen Kräfte“ richtete, „die für einen demokratischen und freiheitlichen Sozialismus eintreten“.<sup>14</sup> Auf anderer weltanschaulicher Basis hielt auch der „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ an einer sozialistischen Zukunft fest: „Was die sozialistische Arbeiterbewegung an sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaftlichkeit angestrebt hat, steht auf dem Spiel. Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll.“<sup>15</sup> Auch der „Demokratische Aufbruch“ stellte Ende Oktober 1989 den „Demokratischen Sozialismus“ als Orientierungsnorm heraus: „Die kritische Haltung des Demokratischen Aufbruchs (DA) zum real existierenden Sozialismus bedeutet keine Absage an die Vision einer sozialistischen Ge-

heiß/Petra Bohley (Hrsg.), Wir sind das Volk? Ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende, Tübingen 2001, S. 68.

<sup>12</sup> Sung-Wang Choi, Von der Dissidenz zur Opposition, Köln 1999, S. 116. Stellvertretend für die mit zahlreichen empirischen Belegen gegen die teleologische Entfärbung der sozialistischen Oppositionsziele anschiebende Forschungsliteratur siehe des Weiteren: Dirk Rochtus, Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des „dritten Weges“ in der DDR 1989/90, Leipzig 1999, S. 201 ff.; Christof Geisel, Auf der Suche nach einem dritten Weg, Berlin 2005, S. 55 ff.; Thomas Klein, „Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln-Weimar-Wien 2007, S. 512 ff.

<sup>13</sup> Vgl. R. Eckert (Anm. 7), S. 27.

<sup>14</sup> Für eine vereinigte Linke in der DDR! Appell, in: Charles Schüddekopf (Hrsg.), „Wir sind das Volk!“ Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek 1990, S. 19.

<sup>15</sup> Aufruf zur Einmischung in eigener Sache. Flugschrift der Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ vom 12. 9. 1989, in: ebd., S. 32, S. 35.

sellschaftsordnung.<sup>16</sup> Nicht anders warnte der Aufruf zur Gründung einer Grünen Partei in der DDR im November davor, dass die „Erneuerungsbewegung (...) eine Gesellschaft der Ellbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt“.<sup>17</sup>

Die Erosion des diktatorischen Machtgebäudes nährte unter Oppositionellen wie SED-Reformern die Hoffnung, dass „der Untergang des dogmatischen und bürokratischen Sozialismus und der Anfang des wahren, des schöpferischen Sozialismus“ erst bevorstehe.<sup>18</sup> Die Demonstration „der Kunst- und Theaterschaffenden“ am 4. November auf dem Alexanderplatz mobilisierte Hunderttausende und wurde zur massenwirksamsten Manifestation eines „verbesserlichen“ Sozialismus in der Geschichte der DDR. Gemeinsam bekannten sich 22 kritische Intellektuelle und führende SED-Funktionäre von einer zur Rednertribüne umgestalteten Lastwagenpritsche hinweg zum Geist der Erneuerung, den am eindrucksvollsten Stefan Heym formulierte: „Es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, (...) den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit.“ Die Zukunft sei der „Sozialismus, nicht der Stalinsche, der richtige, den wir endlich erbauen wollen zu unserem Nutzen und zum Nutzen von ganz Deutschland“.<sup>19</sup> In der Menschenmenge standen Basisdemokraten neben reformwilligen SED-Mitgliedern, die von der Vorstellung beseelt waren, dass „wir es in der DDR selbst schaffen würden, Gesellschaft und politische Ordnung eigenverantwortlich umzugestalten“.<sup>20</sup> Die Kundgebung blieb vielen Beteiligten als „das zentrale Erlebnis der Wendezeit“ im Gedächtnis,<sup>21</sup> und der Schulterchluss zwischen

<sup>16</sup> Vorläufige Grundsatzerklärung und Diskussionspapier des „Demokratischen Aufbruch“ (DA) vom 30. 10. 1989, in: ebd., S. 163.

<sup>17</sup> Erklärung der Gründungsinitiative für eine Grüne Partei, zit. nach: G. Rein (Anm. 10), S. 120.

<sup>18</sup> Friedrich Schorlemmer, Umkehren und Gestalten, in: ders., Träume und Alpträume, Berlin 1990, S. 49 f.

<sup>19</sup> 4. November 1989. Protestdemonstration Berlin-Alexanderplatz. Tonbandprotokolle, in: Ch. Schüddekopf (Anm. 14), S. 207 f.

<sup>20</sup> D. Segert (Anm. 3), S. 108.

<sup>21</sup> Vgl. Larissa Klinzing, Mein eigenwilliges Gedächtnis. Spannende Tage an der Humboldt-Universität, in: blz. Zeitschrift der GEW Berlin, (2009) November, S. 11.

Opposition, SED-Reformern und Bevölkerung ließ die Verwirklichung der alten Utopie des „Dritten Wegs“ zum Greifen nahe erscheinen: „Wir schwebten noch im Traum einer Selbstbefreiung. Wir meinten, nun würde eine deutsche demokratische Republik möglich, eine revolutionäre Frucht des gemeinsamen aufrechten Gangs (...)“.<sup>22</sup> Mit Recht konnte Egon Krenz rückblickend darauf verweisen, dass an diesem Tag keine Forderungen nach Abschaffung der DDR zu hören waren.<sup>23</sup>

Im Gegenteil: Selbst dem Fall der Mauer fünf Tage später kam im Horizont dieses Aufbruchsdenkens vielfach nur beiläufige Bedeutung zu.<sup>24</sup> Weit wichtiger konnte stattdessen der von Hunderttausenden unterzeichnete Aufruf „Für unser Land“ vom 26. November 1989 erscheinen, der die Vision einer „sozialistischen Alternative zur Bundesrepublik“ beschwor und davor warnte, dass „ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt“.<sup>25</sup> In der Erarbeitung einer neuen, betont plebiszitären und sozialrechtlichen DDR-Verfassung schien der Traum eines „Dritten Wegs“ im April 1990 Gestalt anzunehmen – und sollte von den politischen Umständen sofort wieder in Luft aufgelöst werden: Die vom vorgezogenen Termin der Volkskammerwahl überraschte Arbeitsgruppe konnte dem Zentralen Runden Tisch auf dessen 16. und letzter Sitzung am 12. März 1990 noch keinen vollständigen Verfassungsentwurf präsentieren, und ihr Vorschlag, einen Verfassungsrat zu gründen, fand keine Mehrheit mehr.<sup>26</sup> Sechs Tage später entzog der Ausgang der Volkskammerwahl mit der Marginalisierung der Bürgerrechtsbewegung und dem Sieg der vereinigungsorientierten „Allianz für Deutschland“ dem Konzept eines „Dritten Wegs“ die politische Handlungsgrundlage und ließ nicht nur Bärbel Bohley um „die verlorene Chance“ trau-

<sup>22</sup> Friedrich Schorlemmer, Worte öffnen Fäuste, München 1992, S. 295.

<sup>23</sup> Vgl. Neues Deutschland (ND) vom 12. 10. 2009.

<sup>24</sup> „Mich hat das erstaunlich wenig berührt, (...) zu erfahren, daß die Mauer auf ist. Ich war noch ganz beschäftigt mit unserem Mauerdurchbruch in den Sälen meiner Stadt.“ F. Schorlemmer (Anm. 22), S. 297.

<sup>25</sup> Zit. nach: ND vom 29. 11. 1989.

<sup>26</sup> Vgl. D. Rohtus (Anm. 12), S. 252 f. Zur Mobilisierungswirkung des Aufrufs siehe auch: Karsten Timmer, Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000, S. 341 ff.



ern, „daß hier wirklich etwas hätte entstehen können, was ganz neu ist in der Welt“. <sup>127</sup>

den politisch-kulturellen Bedingungen, unter denen sie handelten.

## Vom Königsweg zum Irrweg

Dass sich der Königsweg so rasch und entschieden in einen Irrweg verwandelte, <sup>128</sup> lässt sich nicht allein aus der Wirkungsmacht der Teleologie ableiten. Sie allein kann schwerlich erklären, warum die Zielvorstellung eines „Dritten Wegs“ – anders als im Gefolge der deutschen Novemberrevolution 1918/19, des Ungarn-Aufstands 1956 oder des Prager Frühlings 1968 – heute keinen öffentlichen Erinnerungswert mehr besitzt und selbst in der Revolutionsdeutung vieler seiner einstigen Protagonisten wie ausradiert erscheint.

Die übrig gebliebenen Anhänger einer sozialistischen Erneuerung, die sich als authentische Vertreter des oppositionellen Geistes von 1989 verstehen und „das Umlügen der eigenen Geschichte“ durch die „nachträglichen Fetischisten des Status quo“ geißeln, <sup>129</sup> glauben die Erklärung in der moralischen Denunzierung ihrer einstigen Mitstreiter finden zu können. Doch wer die Abkehr der Bürgerrechtsbewegung von der Vision des „Dritten Wegs“ vornehmlich auf die unterwürfige Anpassungsbereitschaft von Oppositionellen zurückführen will, „die in Amt und Mandat ihren Frieden mit dem Bestehenden gemacht haben“, <sup>130</sup> hält ausgerechnet denen eine herrschaftsfromme Charakterschwäche vor, die sich vor dem Herbst 1989 durch regimekritische Gesinnungsstärke ausgezeichnet hatten. <sup>131</sup> Mehr analytischen Gewinn verspricht eine Erklärungsstrategie, welche die Ursache für das Verschwinden des „Dritten Wegs“ nicht in den Akteuren des Umbruchs sucht, sondern in

Der überragende Grund für das rasche Verschwinden des „Dritten Wegs“ aus der politischen Diskussion ergibt sich fraglos aus seiner Inkompatibilität mit den Zielen und Interessen der in Bewegung geratenen Massen, die das Grenzregime des Mauerstaats seit Sommer 1989 immer stärker unter Druck zu setzen begonnen hatten und denen am 9. November die missverständliche Medienreaktion auf eine missverständliche Erklärung zum neuen Reisegesetz genügte, um die Tore der Mauer zu sprengen. Dass der kurzzeitigen „Verschmelzung von Opposition und Volksprotest“ <sup>132</sup> ebenfalls eine Fehlannahme zugrundelag, tat Bärbel Bohley nur Tage nach dem Mauerfall mit drastischen Worten kund: „Die Menschen sind verrückt, und die Regierung hat den Verstand verloren.“ <sup>133</sup>

Bis zum Mauerfall hatte der Druck des Regimes den unterschiedlichen Bewegungen von Regimekritikern, Montagsdemonstranten und Ausreisern ein gemeinsames Ziel gegeben, wiewohl gerade die Ausreiserproblematik immer wieder die Gräben zwischen der auf demokratische Erneuerung hinarbeitenden Bürgerrechtsbewegung und der auf Reisefreiheit und Wohlstandsteilnahme gerichteten Volksbewegung hatte aufscheinen lassen. <sup>134</sup> In dem Moment, als die SED-Diktatur ins Wanken geriet, schossen nicht nur die strukturell entgegengesetzten Handlungsstrategien von Ausreisern und Hierbleibern zusammen. Für wenige Wochen konnte die Protestbewegung einer kleinen Gruppe standhafter Regimekritiker zum Sprachrohr der massenhaft anschwellenden und dann landesweiten Loyalitätskündigung in der Gesellschaft werden. Welche Irritationen diese situative Allianz auf beiden Seiten erzeugte, illustrierte rückblickend ein Sprecher des Neuen Forums, das für den 2. Oktober in Schwerin zu einem Gesprächsabend geladen hatte: „Wir fragten uns an diesem Abend: Was wollen die ganzen Leute hier?“ Auf der Gegenseite war demselben Zeugnis nach die Fremdheit nicht gerin-

<sup>127</sup> Konrad H. Jarausch, *Die unverhoffte Einheit: 1989 – 1990*, Frankfurt/M. 1995, S. 180.

<sup>128</sup> So treffend Eckhard Jesse, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Eine Revolution und ihre Folgen. 14 Bürgerrechtler ziehen Bilanz*, Berlin 2000, S. 10.

<sup>129</sup> Bernd Gehrke, 1989 und keine Alternative?, in: ders./W. Rüdtenklau (Anm. 4), S. 430 und 420.

<sup>130</sup> Judith Demba u. a., Offener Brief an Joachim Gauck, 8. 11. 1999, zit. nach: <http://judithdembra.two-day.net/stories/837755/main> (26. 2. 2010).

<sup>131</sup> „(W)ie sich Freunde in Fremde und Kampfgefährten in peinliche Speichellecker des heute herrschenden Systems verwandelten, das ist schon ein durchaus befremdlicher Vorgang.“ Zit. nach: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau, Vorwort, in: dies. (Anm. 4), S. 10.

<sup>132</sup> Klaus-Dietmar Henke, 1989, in: ders. (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90*, München 2009, S. 28.

<sup>133</sup> Zit. nach: E. Neubert (Anm. 2), S. 234.

<sup>134</sup> Vgl. Detlef Pollack, *Politischer Protest. Politisch-alternative Gruppen in der DDR*, Opladen 2000, S. 215.

ger: „Es kamen Leute, die ihre Sympathie, die ihre Unterstützung für das Neue Forum erklären wollten, die mitarbeiten wollten, die sich engagieren wollten. (. . .) Ich habe dann angefangen zu erzählen, was wir vorhaben, (. . .) wo das Ganze hingehen soll. Aber häufig lief das dann darauf hinaus, daß sie irgendwann zumachten und sagten: ‚Bitte, das ist jetzt alles zuviel, das wollen wir alles nicht wissen, zeigen Sie uns einfach, wo sollen wir unterschreiben, sagen Sie uns, wer ist hier der Chef, wer sagt, wo’s lang geht und was wir machen sollen.‘“<sup>135</sup>

So ernüchternd dieses Zusammenfinden denkbar unterschiedlicher politisch-kultureller Milieus war, und so misstrauisch viele Bürgerrechtler gegenüber dem Massenzulauf blieben, erzeugte die plötzliche Popularität der Protestbewegung doch zwangsläufig die beflügelnde Vorstellung einer gesamtgesellschaftlichen Verankerung, die dann ihre Realitätsferne im Laufe des Jahres 1990 in aller Härte offenbaren sollte. Viele Bürgerrechtler waren unter dem Eindruck dieser Enttäuschung bereit, sich lieber von der Idee eines „Dritten Wegs“ zu trennen als den einmal erreichten Konsens mit der Mehrheitsbevölkerung wieder preiszugeben. Sie mochten darin durch die oft schmerzhafteste Erkenntnis bestärkt worden sein, dass die Dissidenten auch von den oppositionellen Bewegungen in den anderen kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas isoliert waren, die sich längst von reformsozialistischen Hoffnungen verabschiedet hatten.<sup>136</sup>

Aber auch wer auf die Abwahl der Bürgerrechtsbewegung resignativ oder gelassen mit dem Ausstieg aus der Politik reagierte, tat dies im Bewusstsein, dass es für einen „Dritten Weg“ keinen Handlungsspielraum mehr geben könnte, in dem zugleich das herrschaftskritische Selbstverständnis der Bürgerrechtsbewegung aufgehoben bliebe. Die eben noch

<sup>135</sup> Martin Klähn, Bürgerbewegung als Träger der Wende – Bericht eines Zeitzeugen, in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Aufarbeitung und Versöhnung III. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR. Leben nach 1989“, Schwerin 1996, S. 137.

<sup>136</sup> F. Schorlemmer beschrieb diese Erfahrung im September 1989 so: „Als ich im Sommer in Polen war und mit Polen diskutiert habe, habe ich mich fast lächerlich gemacht damit, daß ich wirklich etwas vom Sozialismus halte.“ Zit. nach: G. Rein (Anm. 10), S. 145.

scheinbar die Bevölkerung mobilisierende Vision eines „Dritten Wegs“ erwies sich in den Monaten der welthistorischen Wende von 1989/90 als ein gleich in mehrfacher Hinsicht aus der Zeit gefallener Denkanatz, der einer vergangenen Sinnwelt des Politischen angehörte. Von der Mehrheitsbevölkerung trennte ihn das Ethos der Selbstbescheidung und der Geist der Askese, der das politische Denken der Verfechter eines erneuerten Sozialismus über den Zusammenbruch des SED-Staates hinaus gründete. Hätten die freudetrunken den Fall der Mauer feiernden DDR-Bürger die Sprecher der Bürgerrechtsbewegung auch weiterhin als ihre Galionsfiguren akzeptiert, wenn sie gewusst hätten, dass Einzelne von ihnen zur selben Zeit über einen Aufruf der Opposition zur erneuten Grenzschießung berieten, „da die DDR ansonsten wirtschaftlich schnell ausbluten würde“?<sup>137</sup> Die Zukunftsvorstellungen der Oppositionsgruppen und der SED-Reformer trafen sich vielfach in der Abgrenzung von den Ausreisewilligen, denen die materiellen Segnungen des Westens mehr galten als die Mühen des Widerstands daheim, und sie trafen sich im gemeinsamen Grundzug einer moralischen Selbstbescheidung, der die ökologische Bewegung ebenso charakterisierte, wie er ihre Distanz zur westdeutschen Wohlstandsgesellschaft verstärkte.<sup>138</sup>

Der „Affekt gegen den Konsumismus“<sup>139</sup> ließ die Erneuerer des DDR-Sozialismus die Freude über Kaffeepakete als „würdelos“<sup>140</sup> ablehnen und mit einer Mischung von Schmerz und Verachtung auf ihre Landsleute blicken, die sich im Westen für ihr Begrüßungsgeld in die Schlange stellten, anstatt im Osten für eine bessere Zukunft zu kämpfen. „Ihr seid die Helden einer politischen Revolution, laßt Euch jetzt nicht ruhigstellen durch

<sup>137</sup> Ein entsprechendes Treffen in seiner Wohnung mit Wolfgang Ullmann und Sebastian Artzt von „Demokratie Jetzt“ überliefert E. Neubert (Anm. 2, S. 235) für den Abend des 13. November 1989 (an anderer Stelle: des 10. November) und referiert dessen Ausgang bemerkenswert schmallippig: „Die Idee wurde verworfen.“

<sup>138</sup> Exemplarisch sind die Thesen einer Wittenberger Gemeindegruppe um Schorlemmer zum Kirchentag in Halle 1989: „Weil das Bewußtsein für den wahren Wert der Produkte gering ist, halten wir es für erforderlich, die Preise für Grundnahrungsmittel, Wohnungen und Energie so zu gestalten, daß nicht weiter achtlos damit umgegangen wird.“ F. Schorlemmer (Anm. 22), S. 46.

<sup>139</sup> E. Jesse (Anm. 28), S. 273.

<sup>140</sup> D. Segert (Anm. 3), S. 121.

Reisen und schuldenerhöhende Konsumspritzen!“ verlangte ein Aufruf des Neuen Forums nach dem Mauerfall<sup>41</sup> und deutete damit bereits den nur zeitweilig überdeckten Gegensatz der Demokratiebewegung zur wohlstandsorientierten Volksbewegung an. Während zwischen der zweiten Novemberhälfte 1989 und der ersten Februarhälfte 1990 die Zahl der DDR-Bürger, die sich für „den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus“ aussprachen, von 86 auf 56 Prozent sank und die der Vereinigungsbefürworter von 48 auf 79 Prozent stieg,<sup>42</sup> proklamierte das Neue Forum als Ziel seiner Arbeit, „dass so etwas wie eine DDR-Identität entsteht, die nach vierzig Jahren Verordnung von oben jetzt vielleicht die Möglichkeit hat, von unten zu wachsen“.<sup>43</sup>

Strukturelle Differenzen taten sich aber auch zwischen der Bürgerrechtsbewegung und der politischen Denkwelt in der Bundesrepublik auf. Ein breiter Graben trennte das marktliberale und individualistische Freiheitsverständnis der politischen Kultur in der Bundesrepublik von einer DDR-Opposition, die „den Begriff der Freiheit nicht (...) als möglichst weitgehende Entgrenzung materieller Separatinteressen interpretierte, sondern (...) vor allem als soziale Norm und Verpflichtung begriff“.<sup>44</sup> Das Politikverständnis der DDR-Opposition stand den prozeduralen Entscheidungsmustern politischen Handelns in westlichen Demokratien vielfach fremd gegenüber. Es orientierte sich an den Idealen einer basisdemokratischen Willensbildung, die auf Konsensgewinnung statt auf Konfliktaustrag zielte, und es war von einer aus der Diktaturerfahrung geborenen Machtscheu geprägt,<sup>45</sup> welche die Opposition im entscheidenden Moment die greifbar nahe Gelegenheit zur „Machtübernahme“ verpassen ließ.<sup>46</sup> Der basisdemokratische und konsensorientierte Anspruch der Bürgerrechtsbe-

wegung konnte sich lediglich in der Bildung der „Runden Tische“ im Zuge der SED-Entmachtung manifestieren. Er fand darüber hinaus Eingang in den Verfassungsentwurf, der mit der Institutionalisierung der Bürgerbewegungen (Art. 35) und der Einrichtung von Volksentscheid und Volksbegehren (Art. 98) eine plebiszitäre Komponente schuf und mit der Stärkung der Rechte der Opposition (Art. 51) dem tradierten Konsensprinzip der oppositionellen Gruppen Rechnung trug.

Spätestens als die nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 neugebildete Regierung Lothar de Maizières den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 GG beschloss, bot sich der geschrumpften Anhängerschar eines „Dritten Wegs“ nur noch jene politische Kraft als Weggenossin an, die in unmittelbarer Kontinuität zum institutionellen Kern der SED-Diktatur stand und deren materielles wie mentales Erbe angetreten hatte: die SED-PDS bzw. die PDS. Schon der den Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 vorbereitende Arbeitsausschuss der SED hatte das Existenzrecht der erneuerten DDR nur noch in der „historische(n) Chance einer deutschen Alternative des demokratischen Sozialismus“ gesehen.<sup>47</sup> Entsprechend warb die PDS im Vorfeld der Volkskammerwahl für einen „demokratischen Sozialismus“, der die Herrschaft der Politbürokratie und die Herrschaft der Banken gleichermaßen hinter sich lasse und mit Hilfe der Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums in die Herrschaft des Volkes überführe.<sup>48</sup>

Ein Zusammengehen mit den politischen Erben der totalitären Macht, deren Zurückdrängung das gemeinsame Anliegen aller dissidentischen Strömungen gebildet hatte, hätte dem Selbstverständnis der allermeisten oppositionellen Gruppen angesichts der veränderten Rahmenbedingungen und des absehbaren Aufgehens der DDR in der Bundesrepublik entschieden mehr abverlangt als die Abkehr von der Utopie des „Dritten Wegs“. Nur wenige Bürgerrechtler etwa der Vereinigten Linken stellten die inhaltlichen Gemeinsamkeiten über

schen Erwägungen nicht zu einer Machtübernahme bereit.“ (S. 46)

<sup>47</sup> Der Außerordentliche Parteitag der SED im Dezember 1989, in: DA, 23 (1990) 2, S. 291. Zur Entstehung und Zusammensetzung des Arbeitsausschusses vgl. D. Segert (Anm. 3), S. 29 f.

<sup>48</sup> Vgl. D. Roctus (Anm. 12), S. 239.

<sup>41</sup> Zit. nach: Julia Michelis (Hrsg.), Die ersten Texte des Neuen Forum, Berlin 1990, S. 20.

<sup>42</sup> Vgl. Peter Förster/Günter Roski, DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch, Berlin 1990, S. 53, S. 56.

<sup>43</sup> Mitteilungsblatt des Neuen Forum Nr. 5 vom 14. 11. 1989, zit. nach: Ch. Geisel (Anm. 12), S. 148.

<sup>44</sup> Ebd., S. 64.

<sup>45</sup> Vgl. Konrad Weiß, „Was macht ihr, wenn ihr die Macht habt?“, in: E. Jesse (Anm. 28): „Was wir keinesfalls wollten, war Macht.“ (S. 48)

<sup>46</sup> Vgl. z. B. Jens Reich, Revolution in der DDR – und zehn Jahre danach, in: A. Pabst u. a. (Anm. 11): „Viele von uns waren überdies aus moralischen und politi-

die historische Gegnerschaft. Mit überwältigender Mehrheit aber lehnten die Oppositionellen eine Zusammenarbeit mit der geläuterten Staatspartei und ihren innerinstitutionellen Kritikern auch dann ab, wenn sie konzidierten, dass „wir eigentlich viele übereinstimmende Positionen dazu hatten, was jetzt nötig sei“.<sup>149</sup> Keine inhaltliche Nähe vermochte die Kluft zu einer SED-PDS zu überbrücken, die sich einer Neugründung unter Verzicht auf das Erbe der Staatspartei verweigerte und bis in den revolutionären Umbruch hinein ungebrochen dem in die Frühphase des 20. Jahrhunderts zurückweisenden Glauben an die erzieherische Rolle der Avantgarde und die führende Rolle der Partei anhing.<sup>150</sup>

Von der eigenen Bevölkerung abgelehnt und ohne Widerhall in West wie in Ost, konnte ein „Dritter Weg“, dem sich alleine noch ausgerechnet die gestürzte Diktaturpartei verpflichtet fühlte, keine politische Option der bürgerrechtlichen Bewegung mehr sein. In vielen Oppositionellen der späten DDR wurde der identitätsstiftende Glauben an eine sozialistische Erneuerung der DDR in kurzer Zeit zur Scham über die „peinliche Utopisterei“,<sup>151</sup> deren Überwindung als persönliche Befreiung erlebt werden konnte.<sup>152</sup>

Dass das oppositionelle Konzept eines „Dritten Wegs“ so nachhaltig von der Agenda des politischen Handelns verschwinden konnte, lag auch an seiner inhaltlichen Unbe-

stimmtheit. Theoretische Diskussionen, die zur inhaltlichen Füllung der Vorstellung eines „verbesserlichen Sozialismus“ hätten beitragen können, waren nicht das Anliegen der Bürgerrechtsbewegung gewesen.<sup>153</sup> Die unterschiedlichen Überlegungen der Oppositionsgruppen trafen sich in der Kritik an der stalinistischen und dogmatischen Verzerrung des „realen“ Sozialismus und seiner diktatorischen Herrschaft, ließen aber Zukunftsvorstellungen weitgehend vermissen.<sup>154</sup> Letzteres gilt auch für die theoretisch fundierten Reformkonzepte der innerparteilichen SED-Reformintelligenz, die vorwiegend in akademischen Denkkreisen etwa der Humboldt-Universität entwickelt wurden.<sup>155</sup>

In dem Moment, in dem die Massenbewegung die Mauer überwunden hatte, die sich ihrer Partizipation am westlichen Wohlstand in den Weg gestellt hatte, erodierte der leere Konsens über den „Dritten Weg“ in die Zukunft ebenso wie die Machtstrukturen der SED-Herrschaft, aus deren Ablehnung er erwachsen war. Hinter ihm offenbarte sich die konzeptionelle Ratlosigkeit einer Opposition, die vom Mauerfall überrascht worden war. Die inhaltliche Unbestimmtheit des „Dritten Wegs“ machte es vielen Bürgerrechtlern leicht, ihn als Hindernis einer Verständigung mit der in Aufruhr geratenen DDR-Bevölkerung hinter sich zu lassen.<sup>156</sup>

## Fazit

<sup>149</sup> So die Erinnerung des SED-Reformers Segert an ein Treffen mit dem SDP-Mitbegründer Hans Misselwitz am 19. 11. 1989, vgl. D. Segert (Anm. 3), S. 126.

<sup>150</sup> Vgl. Michael Brie/Rainer Land/Hannelore Petsch/Dieter Segert/Rosi Will, Das Umbaupapier, in: Rainer Land (Hrsg.), Das Umbaupapier (DDR). Argumente gegen die Wiedervereinigung, Berlin 1990: „Reformprozesse müssen durch eine politische Kraft geführt werden, die *Handlungsspielraum* besitzt. Dies ist unter den Bedingungen des Sozialismus in der DDR heute allein die SED, die auf neue Weise das Integrationszentrum für progressive politische Parteien und Massenorganisationen, Bewegungen und Bürgerinitiativen werden muss. Die SED muss sich selbst an die Spitze des Reformprozesses stellen (. . .).“ (S. 128)

<sup>151</sup> B. Gehrke (Anm. 29), S. 430.

<sup>152</sup> Vgl. Vera Lengsfeld, „Der Stalinismus ist eine Entzerrung des Kommunismus zur Kenntlichkeit“, in: E. Jesse (Anm. 28): „Sich von eingetrichtertem Sozialismus und Reformsozialismus, sich von linker Utopie zu entfernen, von angstbestimmter Politik, ideologischer Depression und verinnerlichtem Antikapitalismus zu lösen, war schwer. Aber es war für mich ein (. . .) Prozess der politischen Emanzipation.“ (S. 80)

Dass die Zukunftsvorstellung eines „Dritten Wegs“ im Verlauf des Umbruchs von 1989/90 so widerstandslos unterging und heute aus der öffentlichen Erinnerung geschwunden ist, findet seine tiefste Ursache im Abschied von der Moderne des 20. Jahrhunderts und ihrer gesellschaftlichen Großordnungen. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz und ihrer weltanschaulich geführten Religionskriege (Eric Hobsbawm) hatte sich auch die Suche nach historischen Alternativen zu den beiden beherrschenden sozialen Großordnungen von Kapitalismus und Kommunismus erschöpft.

<sup>153</sup> Vgl. Günter Nooke, „Wir trauten uns nicht, die auf der Straße liegende Macht aufzuheben“, in: ebd.: „Wir haben gehandelt, nicht theoretisiert.“ (S. 103)

<sup>154</sup> Vgl. D. Rochtus (Anm. 12), S. 103; K. Timmer (Anm. 25), S. 339 ff.

<sup>155</sup> Vgl. Michael Brie, Die Wende, in: Ch. Schüddekopf (Anm. 14), S. 217.

<sup>156</sup> Vgl. E. Neubert (Anm. 2), S. 236.

Als die realsozialistische SED-Herrschaft zerfiel, zeigte sich, dass auch ihre mutigsten Kritiker stärker auf sie bezogen waren als die eben noch überwiegend loyale Bevölkerung, die sich aus ihrer Gefangenschaft zu befreien suchte, sobald sich ihr die Gelegenheit dazu bot. In der Anziehungskraft, welche die Idee eines inhaltlich vage bleibenden „Dritten Wegs“ auf Dissidenten und Oppositionelle ausübte, drückte sich die ideologische Abgeschlossenheit der DDR aus, deren Opposition mit zwanzigjähriger Verspätung eine Systemauseinandersetzung im Nachgang der 68er-Bewegung nachholte,<sup>157</sup> für die es im Westen kaum mehr einen politischen Resonanzboden gab.<sup>158</sup>

Zugleich aber war die Auseinandersetzung postmaterialistisch gefärbt. Von der westdeutschen Friedens- und Umweltbewegung angestoßen und ihren zivilisationskritischen Werten verpflichtet, bewegte sich die ostdeutsche Bürgerrechtsbewegung gerade nicht in der Tradition der neomarxistischen Vordenker eines „Dritten Wegs“ in der DDR und ihrem Politikverständnis samt der ungebrochenen Bindung an das Fortschrittsdenken der industriegesellschaftlichen Moderne.<sup>159</sup> Im Untergang des Kommunismus an der Macht am Ende des 20. Jahrhunderts erwies sich die historische *Utopie* eines „Dritten Wegs“, die nie den Ort ihrer Verwirklichung gefunden hatte, zugleich als politische *Uchronie*, deren Zeit abgelaufen war.

<sup>157</sup> Zum engen Bezug der DDR-Opposition auf „1968“ vgl. Ch. Geisel (Anm. 12), S. 163 ff.

<sup>158</sup> Vgl. Helga Grebing, Die schöne Gewöhnlichkeit. Vom Ende des Dritten Weges, in: Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen (Hrsg.), Funkkolleg Deutschland im Umbruch. Studienbrief 3, Tübingen 1997, S. 25 ff.

<sup>159</sup> Hellsichtig charakterisierte Rudolf Bahro schon 1982 den hoffnungsvollen Eigencharakter der sich formierenden Ökologie- und Friedensbewegung in der DDR: „Während hier manche angestrengt und dann enttäuscht nach dem DDR-Pendant zu Solidarnosc Ausschau hielten, schickte sich dort gerade eine völlig eigenständige Bewegung an, ins volle Tageslicht zu treten. (. . .) Das sind keine marxistischen ‚Dissidenten‘, wie etwa Robert Havemann und ich es waren. Obwohl sie unsere Ideen aufgenommen haben, der Ansatz ist verschieden. (. . .) In dem Maße, wie dieses Netz nicht nur auf politische Ziele hin, sondern aus Lebens-, Gesinnungs-, Glaubensentscheidungen heraus gewebt ist, wird es sich als unzerstörbar, weitgehend auch unangreifbar erweisen.“ Ein Netz von erheblicher Spannkraft. Rudolf Bahro über die Friedensbewegung in der DDR, in: Der Spiegel, Nr. 50 vom 13. 12. 1982, S. 58 ff.

Rainer Land

## Eine demokratische DDR? Das Projekt „Moderner Sozialismus“

Im Februar 1990 stellten wir in West-Berlin unser gerade bei „Rotbuch“ erschienenes „Umbaupapier“ vor.<sup>1</sup>

In der Diskussion erklärten einige der anwesenden linken Intellektuellen aus West-Berlin, unsere Reformvorschläge liefen im Prinzip auf das hinaus, was man im Westen habe: Kapitalismus und Parteienherrschaft, all

das, wogegen man seit Jahrzehnten kämpfe. Sozialismus sähe anders aus, und es sei doch fatal, dass die Leute in der DDR den Sturz des Stalinismus nicht nutzen würden, endlich eine wirkliche sozialistische Alternative zum Westen aufzubauen.

**Rainer Land**

Dr. sc. oec., geb. 1952; 2. Vorstandsvorsitzender des Thünen-Instituts für Regionalentwicklung e.V., Dudel 1, 17207 Bollewick. [rla@thuenen-institut.de](mailto:rla@thuenen-institut.de)

*Der Exkurs „Moderner Sozialismus als sozio-ökonomische Evolutionstheorie“ und weitere Texte finden sich online unter [www.rainer-land-online.de](http://www.rainer-land-online.de).*

<sup>1</sup> Vgl. Rainer Land (Hrsg.), Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung, Berlin 1990. Das Buch versammelte Texte, die im Frühjahr und Sommer 1989 entstanden und in der Revolution des Herbstes 1989 in der DDR verbreitet und ergänzt worden waren. Der Kern dieser Texte, eine „Studie zur Gesellschaftsstrategie“, war ursprünglich für die Selbstverständigung und die intellektuelle Diskussion an der Humboldt-Universität geschrieben. Autoren waren Michael Brie, Rainer Land, Dieter Segert, Rosemarie Will sowie Andre Brie, Hannelore Petsch, Wilfried Ettl und Wolfram Wallraf für bestimmte Abschnitte. Die Möglichkeit einer Veröffentlichung in der DDR war bis in den Oktober hinein nur eine ferne Hoffnung; nach dem 9. Oktober bereiteten wir die Publikation für den Dietz Verlag (DDR) vor. Im Februar 1990 erschienen die Texte in einer etwas anderen Zusammenstellung im „Umbaupapier“. Vgl. auch die folgenden Dokumente: Michael Brie/Rainer Land/Hannelore Petsch/Dieter Segert/Rosemarie Will, So-

Das Konzept des „Modernen Sozialismus“ war das Produkt eines in den Perestroika-Jahren entstandenen Wissenschaftlerkreises, zu dem 15 bis 20 Personen gehörten. Es gab aber an der Humboldt-Universität ein weit größeres Umfeld, mit Verbindungen zur Akademie der Wissenschaften und zu den Universitäten in Jena, Leipzig und Dresden, ein Kommunikationszusammenhang, der bis in die 1970er Jahre zurückreichte und in dem mehrere hundert Personen, ganz überwiegend Mitglieder der SED, mehr oder weniger intensiv mitwirkten. Dazu gehörten zum Beispiel die interdisziplinäre Forschungsgruppe „Philosophische Probleme der Politischen Ökonomie“ (Hans Wagner, Peter Ruben, Camilla Warnke, Herbert Steininger) oder der Herausgeberkreis des Lehrbuchs „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ mit Dieter Klein als Leiter.

In diesen Kreisen war man zu der klaren Erkenntnis gelangt, dass Gesellschaft und Staat der DDR und insbesondere auch der Sowjetunion und der anderen RGW-Staaten ohne eine grundlegende Erneuerung nicht weiter bestehen werden. Das Spektrum der Ideen für Veränderungen war breit, widersprüchlich und reichte schon unter den Intellektuellen, die Mitglied der SED waren oder ihr nahestanden, von kosmetischen Verbesserungen, einer Wiederauflage des Neuen Ökonomischen Systems der 1960er Jahre und eher opportunistischen Konzepten bis zu linksfundamentalistischen und konservativ-bürgerlichen Vorstellungen. Noch größer erscheint diese Vielfalt, wenn man die ebenfalls in den 1980er Jahren entstandenen Gruppen der Bürger- und Bürgerrechtsbewegung einbezieht, von denen einige sozialistische Ideale vertraten, andere die Bürgerrechte, die Ideen der Umweltbewegung oder (seltener) auch die Rückkehr zu

zialismus in der Diskussion. 1. Studie zur Gesellschaftsstrategie, Berlin 1990; Harald Bluhm/André Brie/Michael Brie/Wilfried Ettl/Rainer Land/Dieter Segert/Wolfram Wallraf/Rosemarie Will, Sozialismus in der Diskussion. 2. Texte zu Politik, Staat, Recht, Berlin 1990; Humboldt-Universität zu Berlin, Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des Modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung, Berlin, November 1988; Erhard Crome/Lutz Kirschner/Rainer Land, Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. DFG-Projekt CR 93/1-1 (1990), online im Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung: [www.rosalux.de/cms/index.php?id=18682&0](http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=18682&0) (18. 2. 2010).

Marktwirtschaft und freiem Unternehmertum ins Zentrum rückten.

Neben der politischen Frage, wie die Herrschaft des Honecker-Politbüros beendet werden könne, stand für uns junge Gesellschaftswissenschaftler vor allem die Frage im Zentrum, auf welcher wissenschaftlichen und konzeptionellen Grundlage eine solche Erneuerung aufbauen könne. Der dogmatisierte Marxismus-Leninismus kam nicht in Frage. Mit der Perestroika wurden symbolisch die Zeichen auf „neues Denken“ gestellt, auch wenn die SED-Führung davon nichts wissen wollte. Das Projekt „Moderner Sozialismus“ war eine von mehreren Gruppierungen innerhalb der sogenannten SED-Reformer. In diesem Konzept wurde versucht, die Grundidee des Sozialismus auf der Basis einer Theorie der Moderne zu rekonstruieren. Dem Anspruch nach ging es um sehr viel mehr, als bloß die Herrschaft einer Staatspartei durch eine pluralistische Parteiendemokratie zu ersetzen und die direktive Planwirtschaft durch eine indikative mit mehr Spielräumen für die Betriebe. Es war der Versuch, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grundlagen einer demokratisch verfassten sozialistischen Gesellschaft theoretisch neu zu bestimmen.

Nun warf man uns jedoch vor, unser „Moderner Sozialismus“ sei doch nur der Kapitalismus, wie man ihn im Westen schon hatte: Hatten wir im „Umbaupapier“ Reformkonzepte vorgelegt, die auf eine kapitalistische Umgestaltung der Wirtschaft, eine parlamentarische Demokratie und einen bürgerlichen Rechtsstaat hinausliefen? Offensichtlich.<sup>12</sup> Unsere West-Berliner Professorenkollegen hatten wohl das richtige Gefühl: Wir unterschieden uns konzeptionell sehr von der sozialistischen Linken in Westdeutschland, die entweder „sozialistisch“ mit „antikapitalistisch“ gleichsetzte oder – sozialdemokratisch – darunter die Dominanz des Staats über die Märkte und die kapitalistischen Unternehmen, also einen staatlich eingehegten Kapitalismus, verstand. Allerdings war das Urteil,

<sup>12</sup> So lautet auch der Vorwurf von Eberhard Czichon/Heinz Marohn, Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, Köln 1999, die das Konzept des modernen Sozialismus als Hilfestellung sahen, „die DDR (...) zu zerstören und in den Kapitalismus zurückzustufen“ (S. 167).

wir würden das bestehende System der Bundesrepublik übernehmen wollen, falsch. Es gab für uns sehr wichtige Differenzen.

## Antwort auf die Krise des Staatssozialismus

Die Betriebe sollten selbstständige Unternehmen werden, die zentrale staatliche Planung zunächst stark eingeschränkt und später abgeschafft werden, der Staat sollte wie im Westen nur durch Rahmenbedingungen, durch indikative statt direktive Planung und Investitionsförderung, Einfluss auf die Wirtschaft nehmen. Zugleich aber sollten die Mitbestimmung im Betrieb und der Einfluss der Öffentlichkeit auf die Unternehmen sehr viel stärker ausgestaltet und rechtlich normiert werden, nicht nur durch größere Rechte der Betriebsräte, sondern durch eine Öffentlichkeitsbank in den Aufsichtsräten der in Aktiengesellschaften umgewandelten ehemals staatlichen Unternehmen, die ökologische Belange, Verbraucherinteressen und andere für das Gemeinwohl relevante Belange vertreten sollte. Ähnliches wurde für andere Wirtschaftsbehörden oder Organisationen diskutiert. Inhaltlich wurde der Übergang zu einer anderen wirtschaftlichen Entwicklungsrichtung in den Mittelpunkt gestellt, die auf die Lösung der globalen Probleme gerichtet werden sollte und insbesondere eine ökologische und soziale Orientierung vorsah. Kapitalverwertung und wirtschaftliche Rentabilität wurden als Mittel zum Zweck, als notwendige Mittel der Wirtschaftsregulation verstanden, nicht als Selbstzweck. Vielmehr wurde versucht, basisdemokratische und lebensweltlich verankerte Strukturen zu konzipieren, die den wirtschaftlichen Verwertungsprozess in Richtungen lenken, die mit den Interessen der freien Entwicklung der Individuen übereinstimmen.

Hinsichtlich des politischen Systems und des Rechtsstaats entsprachen die Vorschläge in Vielem den Prinzipien westlicher Demokratien, aber es gab Erweiterungen. Die Grundlage einer neuen Verfassung waren die Grundrechte, sie sollten durch soziale Grundrechte erweitert werden, darunter ein ausgestaltetes Recht auf Arbeit. Die Drittwirkung der Grundrechte sollte in die Verfassung aufgenommen werden: Sie sollten eben nicht nur im Verhältnis von Bürgern

und Staat, sondern auch im Verhältnis der Bürger untereinander gelten, im Verhältnis der Bürger zu Unternehmen, Organisationen und Verbänden. Kontrollfunktionen sollten von zentralen staatlichen Institutionen auf eigenständig zu wählende Bürgerorgane übergehen; so war ein nicht durch politische Parteien dominierter Medienkontrollrat vorgesehen, der die Einhaltung demokratischer Spielregeln im Bereich von Presse, Rundfunk und Fernsehen kontrollieren, Machtkonzentration beschränken, Monopole und Manipulation durch einseitige Werbung oder Berichterstattung verhindern sollte. Teile dieser politischen Vorstellungen fanden sich im Verfassungsentwurf des Runden Tisches vom März 1990 wieder, nicht zuletzt durch die Mitwirkung von Rosemarie Will.

Insgesamt liefen die Vorschläge auf eine politische Demokratie westlichen Typs und eine kapitalistische Marktwirtschaft mit selbstständigen Unternehmen hinaus, in denen der Staat zwar Rahmenbedingungen setzte, aber in seinem Einfluss erheblich beschränkt werden und deutlich weniger Macht haben sollte als etwa in Westdeutschland – zugunsten direkter Kontrolle durch die Bürger. Einige linke westdeutsche Politiker und Intellektuelle warfen uns „Anti-Etatismus“ vor, denn für sie war gerade die Stärkung des Staates gegenüber den Unternehmen die Voraussetzung für ein soziales, ökologisches und kulturelles Korrektiv. Viele ostdeutsche Intellektuelle der Reformergeneration der 1980er Jahre waren durch den Eindruck eines übermächtigen Apparats geprägt, der durch die Verschmelzung von Staatspartei, Staatsapparat und Wirtschaftsunternehmen zu einem „Monosubjekt“<sup>13</sup> fusioniert war. Wir wollten einen in seiner Macht erheblich eingeschränkten Regierungs- und Staatsapparat, dafür aber umso mehr basisgebundene politische Kontrolle.

Es ging also nicht um die Selbstregulation durch Märkte und nicht um den Verzicht auf gesellschaftliche Regulation, sondern um eine in vielfältige *basisnahe* Organisationen

<sup>13</sup> Michael Brie in: Humboldt-Universität zu Berlin, Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des Modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung, November 1988, S. 3.

der Bürger eingebettete Kapitalverwertungswirtschaft. Was das Gemeinwohl jeweils ist, sollte durch die Interaktionen der Bürger in ihren Interessenlagen (Staatsbürger, Arbeiter, Miteigentümer, Mieter, Stadtbewohner, Eltern, Mediennutzer, Verbraucher) selbst bestimmt, artikuliert und durchgesetzt werden, durch die „politische Gesellschaft“ (Dieter Segert) und durch den Staat in ihrer jeweiligen Besonderheit. Es sollte nicht länger so sein, dass der Staat den Bürgern sagt, worin ihr Gemeinwohlinteresse besteht und es in deren Namen durchsetzt – notfalls auch gegen sie und gegen ihren Willen. Die Bürger selbst sollten ihre Interessen gegenüber den Institutionen vertreten und durchsetzen können. Der Staat sollte die Einhaltung der Spielregeln sicherstellen, Machtungleichgewichte der Interessengruppen verhindern und ausgleichen, als Schiedsrichter fungieren und den Rahmen der politischen Gesellschaft sicherstellen.

Was also im Projekt „Moderner Sozialismus“ als Sozialismus verhandelt wurde, ist eine Gesellschaft, in der Kapitalverwertungswirtschaft und Staat so an die Lebenswelten und die politische Gesellschaft der Bürger gekoppelt sind, dass die Richtungen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung stets auch die Räume für die freie und universelle Entwicklung der Individualität jedes Einzelnen erweitern, und zwar ohne Staatseigentum an den Produktionsmitteln, ohne zentrale Planwirtschaft, ohne Parteienherrschaft und Herrschaft der Machtapparate über die Bürger und ohne Dominanz der staatlichen Regulierung über eine politische und marktwirtschaftliche Selbstregulierung. Sehr ausführlich hat André Gorz dieses Konzept rezipiert und gewürdigt.<sup>14</sup> Freilich war das Konzept 1990 noch nicht sehr präzise und nicht sehr weit ausgearbeitet. Aber die Grundidee einer fundierten Neubegründung von Sozialismus als Entwicklungsmodus einer modernen Gesellschaft war vorhanden. Der Herbst 1989 bot die Gelegenheit, konzeptionell auszuprobieren, wie praktische Schritte eines solchen Umbaus aussehen könnten.

<sup>14</sup> Vgl. André Gorz, *Und jetzt wohin?*, Berlin 1991, S. 34–38.; vgl. auch Helmut Wiesenhal, *Politik im neuen Deutschland: Moderne Sozialismustheorie für die PDS? Das DDR-Umbaupapier*, in: *Kommune*, (1990) 8, und Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt/M. 1992, S. 324 f.

Als die Revolution im September und Oktober 1989 begann, lag unser Konzept nur in ersten Ansätzen und zum Teil durchaus nicht widerspruchsfreien Texten verschiedener Autoren zu eher speziellen Aspekten vor. Wir hatten seit dem Sommer 1989 mit Hochdruck daran gearbeitet, Bündnispartner zu gewinnen, zugleich das Konzept selbst weiterzubringen und Lösungen für praktische Fragen auszuarbeiten – und dies unter großem Zeitdruck. So hat beispielsweise die Rede von Michael Brie auf einer Demonstration von SED-Mitgliedern am 8. November 1989 gegen das Krenz-Politbüro und für einen sofortigen Sonderparteitag dazu beigetragen, den letzten Rettungsversuch der SED-Obrigkeits zu verteiteln.<sup>15</sup>

Es war aber ausgeschlossen, den „Modernen Sozialismus“ als Blaupause für politische Gestaltungsansätze nach dem Sturz der SED-Diktatur zu benutzen. Wir waren eine Gruppe unter vielen und hatten auch im größeren Kreis der SED-Reformer keine Mehrheit. Es handelte sich um ein Reformkonzept, das nicht auf Revolution und Umsturz setzte. Daher mussten immer einzelne Reformschritte für einen Übergang aus einem staatssozialistisch-planwirtschaftlichen System und der SED-Herrschaft in eine moderne Gesellschaft mit sozialistischem Entwicklungsmodus gefunden werden, Schritte, die groß genug waren, um eine Dynamik der Veränderung in Gang zu halten, aber zugleich eine gewisse Stabilität gewährleisten sollten. Ich erinnere mich an die Erarbeitung eines Modells für ein teilkonvertierbares Währungssystem für eine Übergangszeit, das dringend nötig war, um bei offener Grenze wirtschaften zu können, oder an den Entwurf eines Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetzes, das die Idee einer Öffentlichkeitsbank vorsah und das die betriebliche Mitbestimmung auch auf die strategischen Investitionsentscheidun-

<sup>15</sup> Michael Brie, Rede auf der Demonstration der Parteibasis am 8. 11. 1989 vor dem ZK-Gebäude, in: Erhard Crome/Lutz Kirschner/Rainer Land (1999), *Bestand Forschungsprojekt Moderner Sozialismus*, Bd. 6, darin: *Materialien zur Demonstration der Parteibasis am 8. 11. 1989 vor dem ZK-Gebäude mit den Dokumenten: Initiative der Grundorganisation der SED des Zentrums für wissenschaftlichen Gerätebau der AdW*, 6. 11. 1989 (Abschrift des Videomitschnitts der Fernsehübertragung).



gen des Unternehmens ausdehnte. Auch die Idee eines öffentlich arbeitenden, parteifernen Medienkontrollrats wurde zunächst umgesetzt. Schließlich muss auch der Versuch genannt werden, die in der Volksrevolution entstandene breite Bürgerbewegung durch Formen der basisdemokratischen Einbindung in gesellschaftliche Prozesse und staatliche Entscheidungen zu festigen, etwa in Schulen und Hochschulen.<sup>16</sup>

Für uns war das eine produktive, interessante, lehrreiche und unvergessliche Zeit.<sup>17</sup> Mit einer weitgehenden oder gar vollständigen Umsetzung unseres Konzepts konnte niemand rechnen, aber man hoffte, für die eine oder andere Gestaltungsidee öffentliche Zustimmung und Mehrheiten zu finden. Und das war ja zumindest anfangs auch der Fall. Es änderte sich aber mit der Umorientierung der Volksrevolution von einer Erneuerung und Neukonstituierung der DDR-Gesellschaft auf eine schnelle Wiedervereinigung. Warum kam es dazu? Hatten wir die Bedeutung der *deutschen Frage* unterschätzt?

Der Untertitel des „Umbaupapiers“ lautete „Argumente gegen die Wiedervereinigung“. Die deutsche Einheit war sicher für die älteren Generationen der Bevölkerung wie der Intellektuellen in beiden deutschen Staaten sehr wichtig, auch für die SED-Parteintellectualen der ersten beiden Generationen, die an eine Vereinigung unter sozialistischen oder sozialdemokratischen Vorzeichen dachten, ebenso für die politisch unterdrückte bürgerliche Opposition, die sich am Vorbild der westdeutschen Gesellschaft der 1950er und 1960er Jahre orientierten.<sup>18</sup> Für die dritte Generation der DDR-Intellektuellen, deren politische Identität sich in den späten 1970er und 1980er Jahren herausbildete, war die Wiedervereinigung ein nachrangiges Thema.<sup>19</sup> Die Schlüsselereignisse ihrer politischen Sozialisation waren die Biermann-Ausbürger-

ung und deren Folgen, die polnische Solidarność und Gorbatschows Perestroika. Aber auch für die meisten Personen in den Gruppierungen der Opposition und des Widerstands gegen die SED war die Wiedervereinigung kein zentrales Thema. Zwar spielte das Ost-West-Verhältnis und das Verhältnis von Bundesrepublik und DDR überall eine wichtige Rolle; die Entwicklungen in Westdeutschland wurden von der gesamten DDR-Bevölkerung und natürlich auch in intellektuellen Kreisen intensiv verfolgt und diskutiert, aber nicht oder kaum als Frage der staatlichen Vereinigung. Anderes schien damals weit wichtiger.

Dies gilt auch für das Projekt „Moderner Sozialismus“. Uns war mehr oder weniger klar, dass unser Konzept einer sozialistischen Moderne an den Grundstrukturen der westlichen Gesellschaften ansetzte und deren sozial-progressive Entwicklungsmöglichkeiten als Modell für die Umgestaltung des Staatssozialismus benutzte – also keinen fundamentalen Gegensatz zwischen zwei verschiedenen Ordnungen postulierte, keine Unvereinbarkeit behauptete. Sozial progressive Reformen im Westen wie auch die erhofften, durch Reformen vorangetriebenen Veränderungen der staatssozialistischen Gesellschaften würden in die gleiche Richtung weisen, glaubten wir. Damit waren aber die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und das Verhältnis zur Bundesrepublik – der Gesellschaften, nicht nur der Staaten – auf einer konzeptionell neuen Grundlage zu denken. Eine Skizze dafür, geschrieben von André Brie und Wolfram Wallraf, ist im Umbaupapier enthalten. Dort war zu lesen: „Praktisch wird die Mauer beseitigt werden müssen.“<sup>10</sup> Im Zentrum stand aber auch für uns nicht die deutsche Einheit, sondern „die Existenz der DDR als souveräner Staat“,<sup>11</sup> weil wir darin die Voraussetzung für die Verwirklichung selbstbestimmter gesellschaftsverändernder Reformen sahen. Sie sollten verbunden sein mit einem Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung und einer vertieften wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ökologischen Kooperation der beiden deutschen Staaten.

Über die Frage, warum es zwischen Dezember 1989 und März 1990 zu einem drama-

<sup>16</sup> Vgl. Rainer Land, Der Herbst 1989 und die Modernisierung der Moderne, in: Hans Misselwitz/Katrin Werlich, Später Aufbruch – frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende, Berlin 2000, S. 163 ff.; siehe auch Berliner Debatte Initial, 11 (2000) 2.

<sup>17</sup> Vgl. Dieter Segert, Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR, Wien-Köln-Weimar 2008.

<sup>18</sup> Vgl. Rainer Land/Ralf Possekel, Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR, Bochum 1994, S. 52 ff.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 57, S. 61.

<sup>10</sup> Vgl. R. Land (Anm. 1), S. 171.

<sup>11</sup> Ebd., S. 169.

tischen Stimmungswandel kam und eine Bevölkerungsmehrheit immer klarer für eine schnelle, möglichst sofortige Vereinigung votierte, ist viel debattiert und geschrieben worden. Aus meiner Sicht<sup>12</sup> lag dies vor allem daran, dass im Dezember immer offensichtlicher wurde, dass es keine legitimen, handlungsfähigen und auch handlungsmächtigen politischen Akteure in der DDR gab – und sich im Herbst 1989 auch nicht gebildet hatten. Die konservativ und kopflos agierende Modrow-Regierung, die nicht legitimierte Volkskammer, der Runde Tisch, der nicht regieren, sondern nur kontrollieren wollte, die westdeutschen Berater – alle verwalteten die Krise und warfen mit Visionen um sich, aber niemand vermittelte der Bevölkerung den Eindruck, die dramatische Lage dieses ansonsten wunderschönen Herbstes positiv wenden zu können. Die aus meiner Sicht einzig legitime Möglichkeit wäre gewesen, die Modrow-Regierung zu stürzen, die Volkskammer aufzulösen, den Runden Tisch zur geschäftsführenden Regierung zu erklären und baldmöglichst eine verfassungsgebende Versammlung zu wählen und einzuberufen.<sup>13</sup> Darauf hätten sich SED-Reformer und Bürgerbewegung einigen, dabei hätten sie kooperieren müssen. In beiden Kreisen wurde dieser Weg aber von der Mehrheit verworfen. Viele SED-Reformer scheuten davor zurück, die „eigene“ Regierung zu stürzen, einen Putsch gegen die eigenen Leute in Gang zu setzen. Und die meisten Vertreter der Bürgerbewegung wollten Macht kritisieren, aber nicht ausüben, vor allem aber in keiner Weise mit irgendwelchen Leuten aus der SED gemeinsame Sache machen. So verstrich die einmalige Gelegenheit, eine deutsche Revolution bis zu einem basisdemokratischen Verfassungskonvent voranzutreiben, „Gesellschaftsgestaltung durch Verfassungsgebung“ (Rosemarie Will) zu praktizieren und aus der Volksbewegung heraus einen handlungsmächtigen und legitimierten Akteur zu erschaffen.

So kam es, dass die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesregierung, der Bundeskanzler und die vielen anderen Akteure aus dem Westen für die Volksbewegung in der DDR die einzigen

legitimen und handlungsmächtigen Akteure wurden, von denen man Lösungen erwarten und an die man sich wenden konnte. Das Votum für den schnellen, möglichst sofortigen Beitritt zur Bundesrepublik hatte nur wenig mit nationaler Identität und angeblichen Zusammengehörigkeitsgefühlen zu tun – es war eine Entscheidung für Akteure, denen man etwas zutraute und welche die Fähigkeit, die Ressourcen und die Macht hatten, mit der Situation klarzukommen.

## Perspektiven?

Nachdem im Februar und März 1990 die Entscheidung für eine schnelle staatliche Vereinigung gefallen war, und zwar über eine Wirtschafts- und Währungsunion und auf dem Wege des Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland, war bald klar, dass weder eine Neukonstitution der DDR noch sozialökonomische oder politische Innovationen durchsetzbar waren. Denn es wurde ja nicht nur das Grundgesetz in Kraft gesetzt, sondern bis auf temporäre Übergangsregelungen und wenige Ausnahmen die gesamte Rechtsordnung der Bundesrepublik. Mehr noch: Auch die Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und Verbände, Landes- und Kommunalverwaltungen wurden entweder aus dem Westen übertragen oder durch Vereinigung der Ost-Organisationen mit den entsprechenden westdeutschen gebildet – bis auf wenige Ausnahmen bei Dominanz der westdeutschen –, oder sie wurden als Kopien westdeutscher Strukturen angelegt, wie etwa bei den Landes- und Kommunalverwaltungen. Sicher gab es Unterschiede, aber es waren wenige, meist irrelevante (grüner Rechtsabbiegepfahl) oder nur temporäre (Fristenregelung des Schwangerschaftsabbruchs). Die Hoffnungen, dass es im Zuge der Vereinigung zu längst fälligen Reformen des Grundgesetzes, der Hochschulverfassung, des Betriebsverfassungsgesetzes, der Parteistrukturen, der Sozialsysteme und des Gesundheitssystems kommen oder gar die entstandene Bürgerbewegungsdemokratie erhalten werden könnte, stellten sich bald als Trugbilder heraus.

Letztendlich ist von den praktischen Gestaltungsansätzen und Vorschlägen des Herbstes 1989 wenig in die deutsche Vereinigung eingegangen. Das betrifft nicht nur das Projekt „Moderner Sozialismus“ oder die verschiedenen linken Reformströmungen,

<sup>12</sup> Ausführlicher in: Rainer Land/Ralf Possekel, *Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren*, Berlin 1998, S. 198 ff.

<sup>13</sup> Im Entwurf der Rede von M. Brie (Anm. 5) war von einer „Regierung der nationalen Rettung“ die Rede.

die aus der Auflösung der SED entstanden waren und die teilweise in der PDS (bzw. der Linkspartei), teilweise eigenständig und teilweise in Organisationen westdeutscher Herkunft weiter existieren. Es gilt auch für die Bürgerbewegungen und die im Herbst 1989 entstandenen ostdeutschen Parteien wie die SDP oder den Demokratischen Aufbruch. Kreativität wurde benötigt, aber nicht, um neue Lösungen zu finden, sondern um den Transfer des westdeutschen Systems umzusetzen. Die Frage nach einem innovativen Umbau dieses Systems war auf wenigstens zehn Jahre zurückgestellt. Das hatte Vorteile – es ging schneller, und Westdeutschland hat den Transformationsprozess mit aus der Perspektive von 1989 ungeahnten Finanztransfers gestützt, insbesondere, um die Sozialsysteme in Funktion zu setzen und zu erhalten. Auch die Staatsfunktionen und das Budget der ostdeutschen Bundesländer und Kommunen wären ohne Transfers nicht finanzierbar gewesen. Wirtschaftliche Investitionen wurden und werden durch staatliche Förderung unterstützt, und auch die privaten Investitionen stammen in erheblichem Maße aus westdeutschen Quellen. Der kurzfristige wirtschaftliche Schock (1990–1993) wurde auf diese Weise erheblich gemildert, und die Friktionen für die Bevölkerung waren deutlich geringer als in anderen Transformationsländern.

Eine Transformation, welche die Chance zu grundlegenden Reformen nicht nutzte, obwohl der Reformbedarf auch in Westdeutschland sehr wohl gesehen wurde, hat Kehrseiten. Vor allem hat dies zu einer Verfestigung der wirtschaftlichen Rückstände und der Transferabhängigkeit im Osten geführt, weil zu wenige innovative wirtschaftliche Entwicklungen in Gang gekommen und zu viele (mehr oder weniger überflüssige) Kopien und verlängerte Werkbänke westdeutscher Unternehmen entstanden sind, für die es bei stagnierenden Märkten keinen langfristigen Bedarf gab.<sup>14</sup> Mit dieser Hypothek, einer wenig innovativen

<sup>14</sup> Ausführlicher in: Rainer Land/Andreas Willisch, Ostdeutschland – ein Umbruchsszenario. Warum der „Aufbau Ost“ als „Nachbau West“ nicht gelingen konnte, in: Hannes Bahrman/Christoph Links (Hrsg.), Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin 2005, sowie Rainer Land, Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. Redaktion des Gesamtberichts, Autor der Berichtsteile 3, 4, 5, in: Berliner Debatte Initial, 17 (2006) 5.

deutschen Vereinigung als Resultat eines anfangs sehr innovativen und kreativen gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, werden wir noch lange zu tun haben. Denn die erforderlichen Reformen wurden nicht nur verzögert, sondern gingen im Wesentlichen in die falsche Richtung, als sie mit Rotgrün endlich begannen: Agenda 2010, Finanzmarktliberalisierung, EU-Erweiterung ohne hinreichende Regelung der sozialen Integration, Hochschulreform, Exzellenzinitiative. Doch die Öffentlichkeit beginnt zu begreifen, dass die Funktionsfähigkeit der Moderne nicht durch Sozialabbau, Lohnkürzungen und Deregulierung der Märkte erhalten werden kann. Man könnte lernen, dass mehr Teilhabe, mehr Spielraum und mehr Ressourcen für die freie Entwicklung der Individuen am Ende auch die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft verbessern und der wirtschaftlichen Entwicklung nutzen. Vielleicht wird dann der „Moderne Sozialismus“ wieder nachgefragt.

Bereits im Januar und Februar 1990 gingen dessen Akteure verschiedene Wege. Einige wollten die PDS umgestalten, andere neue Parteien gründen, einige versuchten, der SPD beizutreten (die aber mit selbstbewussten Ex-SED-Reformern nichts zu tun haben wollte; reuige Sünder hatten bessere Chancen), manche gingen zu den Grünen oder wurden parteilos. Heute gibt es überall Einzelne, aber keinen funktionierenden organisatorischen Zusammenhang mehr. Schließlich hatte jeder von uns viel Arbeit damit, sich eine neue, halbwegs zufriedenstellende wirtschaftliche und intellektuelle Existenz aufzubauen. Ein zweiter Grund liegt in der Inkompatibilität des Konzepts, mit dem die westdeutschen Linken, die entweder antikapitalistisch oder etatistisch dachten, mit einem evolutionstheoretisch begründeten Konzept einer sozialistischen Moderne, bis heute nichts anfangen können. Der Hauptgrund für die Marginalisierung liegt aber vermutlich darin, dass in der Bundesrepublik bis heute eine konservative oder neoliberale politische Strömung dominiert und kaum Möglichkeiten bestehen, Mehrheiten oder Interessenten für sozial progressive Reformkonzepte zu finden. Schon das Wort Reform wird in der Öffentlichkeit heute meist mit noch mehr Druck, Sozialabbau und Lohnkürzungen identifiziert.

Michael Richter

# Doppelte Demokratisierung und deutsche Einheit

Nicht um demokratisch zu werden trat die DDR in der Gestalt von fünf neuen Bundesländern am 3. Oktober 1990

**Michael Richter**

Dr. phil., geb. 1952; Zeithistoriker am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT), 01062 Dresden.  
michael.richter@  
mailbox.tu-dresden.de

dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei. Nach einer kurzen Phase der Demokratisierung war die DDR bereits seit rund einem halben Jahr ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat. Mit dem Beitritt

wurde lediglich ein demokratisches System durch ein anderes ersetzt. Binnen kurzer Zeit lebten die Ostdeutschen in zwei Demokratien, wobei sie die erste maßgeblich selbst gestalteten. Sie war die Voraussetzung, um an der bundesdeutschen Staatlichkeit samt deren Demokratie partizipieren zu können.

Es kommt selten zum plötzlichen Austausch eines demokratischen Systems durch ein anderes. Im vorliegenden Fall hat dies mit der erstrebten Überwindung deutscher Zweistaatlichkeit zu tun. Mit dieser Singularität unterschied sich die Demokratisierung der DDR von der in allen ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten. Das Wissen um sie hilft, das Verhältnis vieler Ostdeutscher zur heutigen Demokratie zu verstehen. Diese wird nicht nur mit der untergegangenen Diktatur verglichen, sondern auch an der eigenen Demokratisierungsleistung der Jahre 1989/90 gemessen.

## Demokratisierung bis zum Herbst 1989

Lange bevor die staatliche Einheit ein öffentlich debattiertes Thema war, setzten in der DDR Demokratisierungsprozesse von unten ein. Sie richteten sich gegen den Anspruch der SED auf Alleinherrschaft. Noch vor dem revolutionären Herbst 1989 entstanden auf

Grundlage seit Jahren tätiger Bürgerrechtsbewegungen oppositionelle Gruppierungen, die sich teilweise untereinander vernetzten.<sup>1</sup> Auch in den Blockparteien und Massenorganisationen verstärkten sich, wie in der Bevölkerung überhaupt, in Folge der sowjetischen Reformpolitik Diskussionen über mehr Mitbestimmung und grundlegende Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Im Herbst 1989 liefen die Aktivitäten zur Entmachtung der SED und zur Demokratisierung parallel. Getragen wurden sie von demonstrierenden Teilen der Bevölkerung einschließlich der Bürgerrechtsgruppen. Dabei gaben deren zivilgesellschaftliche Vorstellungen der Demokratisierung wichtige Impulse. Bei Demonstrationen und Dialogveranstaltungen schuf der aktivere Bevölkerungspart mit der Infragestellung der diktatorischen SED-Alleinherrschaft die Grundlagen einer freiheitlichen Demokratie. Proteste gegen die SED sowie die Forderung nach Demokratie und Freiheit waren die bis zum November 1989 am häufigsten vorgetragenen Postulate.<sup>2</sup>

Die dahinter stehenden Demokratiekonzepte reichten von demokratisch-sozialistischen über direktdemokratische bis hin zu parlamentarisch-demokratischen Modellen. Sie alle bewegten sich wegen der Zugehörigkeit zum sowjetischen Machtbereich zunächst fast durchweg im Rahmen der DDR-Staatlichkeit. Demokratisch-sozialistische Visionen oszillierten zwischen demokratischen und semi-diktatorischen Modellen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Konrad H. Jarausch, Aufbruch der Zivilgesellschaft. Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Totalitarismus und Demokratie, 2 (2006) 1, S. 25–46. Nach Andreas Eisen und Max Kaase beginnt die Phase der Demokratisierung erst im Dezember 1989; vgl. dies., Transformation und Transition. Zur politikwissenschaftlichen Analyse des Prozesses der deutschen Vereinigung, in: dies. u. a. (Hrsg.), Politisches System (Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern [KSPW], Reihe: Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland 3), Opladen 1996, S. 9.

<sup>2</sup> Vgl. Michael Richter, Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90 (Schriften des HAIT 38), Göttingen 2009, S. 496.

<sup>3</sup> Vgl. Rainer Eckert, Sozialismusvorstellungen und Hoffnungen auf Demokratie im Herbst 1989, in: Dietrich Papenfuß/Wolfgang Schieder (Hrsg.), Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert, Köln-Weimar 2000, S. 567–583.

## Demokratisierung und die Option deutsche Einheit

Im November 1989 setzte in Folge der bis dahin erreichten Demokratisierung bei neu gebildeten Gruppen sowie den Parteien und Massenorganisationen eine programmatische und organisatorische Ausdifferenzierung ein. Insbesondere nach dem Fall der Mauer geriet mit der Option staatliche Einheit, zunächst in Form einer Konföderation, die Orientierung auf bundesdeutsche Verhältnisse stärker auf das Tableau debattierter Meinungen. Ab jetzt verbanden sich die Demokratiemodelle mit Formen angestrebter Staatlichkeit. Dachten die einen in Kategorien einer DDR-spezifischen Demokratie oder sozialistischen Semi-Demokratie, zielten andere auf eine durch staatliche Einheit auf ganz Deutschland ausgedehnte bundesdeutsche Demokratie.

Der Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler Helmut Kohl und die von DDR-Intellektuellen initiierte Erklärung „Für unser Land“ von Ende November 1989 bezogen sich zwar primär auf die künftige Form der Staatlichkeit, damit untrennbar verbunden war aber die Frage des künftigen politischen Systems. Beide Erklärungen standen jeweils für die Hauptlager in der Auseinandersetzung um den künftigen Kurs, das der Befürworter einer staatlichen Einheit und jenes eines Erhalts der DDR. Angesichts der sowjetischen Haltung schienen Konzepte zunächst realistischer, die von einer Fortexistenz der DDR ausgingen, auch wenn es Hinweise auf Meinungsdifferenzen im Kreml gab und ein Teil der Bevölkerung sich so verhielt, als sei die Einheit bereits ausgemachte Sache. Beides signalisierte auf unterschiedliche Weise den Willen zur Selbstbestimmung: Wollten die DDR-Befürworter sich künftig nicht von Westdeutschen dominieren lassen, so lehnten es die Anhänger der deutschen Einheit ab, das Diktat des entthronten SED-Regimes durch jenes der internationalen Mächte zeitlich überbieten zu lassen.

Bei den Befürwortern der DDR-Staatlichkeit standen Anhänger eines „demokratischen Sozialismus“ à la SED-PDS jenen gegenüber, die in der DDR ein neues, eher basisdemokratisches Demokratiemodell verwirklichen wollten. Die Einheitsbefürworter teilten sich – bezogen auf die Demokratieform – in Anhänger einer baldigen und kompletten Übernahme

der bundesdeutschen Demokratie durch Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes (Art. 23 GG) und in Befürworter einer gesamtdeutsch reformierten Demokratie (Art. 146 GG). Die CDU votierte für den ersteren Weg, die SPD für die Alternative.

Die politische Nähe aller Anhänger eines freiheitlich-demokratischen Systems, egal, ob stärker direkt- oder repräsentativ-demokratisch ausgerichtet oder auf welche Staatlichkeit bezogen, wurde bei Auseinandersetzungen mit den „demokratischen Sozialisten“ der SED-PDS um Gregor Gysi im Januar 1990 deutlich. Deren Versuch, ein semi-diktatorisches, „demokratisch-sozialistisches“ System samt eines zum sozialistischen Verfassungsschutz mutierten Ministeriums für Staatssicherheit zur Abwehr nicht-sozialistischer Richtungen zu etablieren, wurde von allen demokratischen Kräften in den alten wie neuen Parteien abgelehnt und durch eine erneute Mobilisierung der Bevölkerung auf der Straße verhindert. Ende Januar 1990 war diese Strategie gescheitert. Die SED-PDS stürzte in eine Krise und stand kurz vor ihrer Auflösung. Anfang Februar wandelte sie sich zur PDS und bekannte sich nun erstmals zu einer Form der Demokratie, in der keine demokratischen Kräfte vom politischen Wettbewerb ausgeschlossen waren.

Mit der Option staatliche Einheit war die Demokratisierung ab Dezember 1989 auch keine reine DDR-Angelegenheit mehr. Da die Bundesrepublik unmittelbar betroffen war, beteiligten sich nun auch westdeutsche Akteure. Handelnde aus beiden Staaten spielten auf gesamtdeutscher Bühne, die allerdings in der DDR stand und von der Befürworter der DDR-Staatlichkeit die Westdeutschen – insbesondere am Zentralen Runden Tisch – vergeblich fernzuhalten versuchten.

Bereits Anfang des Jahres 1990 begann Deutschland innenpolitisch zu fusionieren. Die sich herausbildende Demokratie nahm unter dem Einfluss westdeutscher Akteure und mit Blick auf das angestrebte Ziel stärker die Form des parlamentarisch-demokratischen Systems der Bundesrepublik an. Die DDR-Demokratie wurde nun eher als Transformationsdemokratie verstanden. Das Engagement Westdeutscher schmälert die Leistungen der DDR-Demokratisierung nicht, im Gegenteil: Sollte eine Wiedervereinigungsop-

tion auf demokratischer Grundlage glaubhaft vertreten werden, so war das Mitwirken der Bürger beider Staaten unabdingbar. Die Entscheidung lag freilich bei den DDR-Bürgern. Eine gesamtdeutsche Option ohne Akteure aus dem Westen aber wäre unglaubwürdig gewesen, ging es doch bei dieser Lösung um Vorgänge, welche die Bundesrepublik nicht nur finanziell direkt und massiv betrafen.

Angesichts der sowjetischen Haltung schienen bis Ende Januar 1990 die Modelle einer DDR-Demokratie weiterhin größere Realisierungschancen zu haben als die der deutschen Einheit. Deren Anhängerschaft wuchs freilich rasch an. Bald dominierten Forderungen nach staatlicher Einheit auf allen Demonstrationen.<sup>14</sup> Dies beeinflusste die internationale Diskussion und entwickelte alle Wirkungen einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Die wachsende Einheitseuphorie ergriff Parteien und Organisationen. Die SDP nannte sich in SPD um, West- und Ost-CDU sowie Liberale beider Staaten bestimmten ihr Verhältnis zueinander, und auch in den neuen politischen Gruppierungen kam es zu entsprechenden Polarisierungen.

## Runde Tische – Instrumente der Demokratisierung

Eine Besonderheit der DDR-Demokratisierung waren die Runden Tische, die sich seit Ende November 1989 bildeten. Die meisten Akteure sahen in ihnen Instrumente der Demokratisierung, nicht der angestrebten Demokratie. Sie verfügten über keine ausreichende Legitimierung und dienten als parteiübergreifende Kriseninstrumente zur Vorbereitung freier und demokratischer Wahlen. Ihre Zusammensetzung basierte im Wesentlichen auf der Selbsternennung der beteiligten Akteure. Diese konnten sich jeweils auf die unspezifisch ausgedrückte Akzeptanz verschiedener Teile der Bevölkerung berufen.

Mit den Runden Tischen verband sich noch keine Präferenz für eine besondere Demokratieform im Rahmen dieser oder jener Staatlichkeit, vielmehr wurde hier darüber debattiert. Angesichts der stark polarisierten Situation im Prozess der SED-Entmachtung waren die meist konkordanzdemokratisch ar-

beitenden Runden Tische geeignete Transformationsinstrumente, um die gewaltfreie Institutionalisierung einer Demokratie – welcher auch immer – zu gewährleisten.<sup>15</sup> Die Tatsache, dass Staatsorgane sowie die SED und ihre Nachfolgeparteien stimmberechtigt einbezogen waren, ergab sich daraus, dass sich Mitglieder aller Parteien und gesellschaftlichen Kräfte, wenn auch mit unterschiedlichen Zielen, am Umbruch beteiligten. Dies war auch als Zugeständnis an den Kreml zu verstehen, der eine radikale Entmachtung der früheren Eliten des Regimes schon wegen möglicher Auswirkungen auf die sowjetische Innenpolitik, insbesondere auf den Konflikt zwischen Reformern und Systemkonservativen, nicht toleriert hätte.

## Transformationsdemokratie

Der Besuch Helmut Kohls bei Michail S. Gorbatschow am 10. Februar 1990 in Moskau läutete eine neue Phase der Demokratisierung ein. Der Kreml gab nun grünes Licht für die Einheit Deutschlands. Die Demokratisierung verlagerte sich in Richtung der Bildung einer Transformationsdemokratie als Voraussetzung für die staatliche Einheit. Alle wichtigen Parteien vertraten inzwischen einen solchen Kurs. Im Wahlkampf ging es kaum mehr um künftige DDR-Konzepte, sondern um den geeigneteren Weg zur staatlichen Einheit.

Nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 begann endgültig die Institutionalisierung einer Transformationsdemokratie. Sowohl die Wahlen selbst als auch das daraus hervorgehende parlamentarisch-demokratische System waren zuvor in Wahl- oder Verfassungsausschüssen der Volkskammer und des Runden Tisches konzipiert worden, waren also trotz westdeutscher Unterstützung DDR-Eigenprodukte. Die Wahl ergab ein deutliches Mehrheitsvotum für den raschen Beitritt nach Artikel 23, die erstrebte Republik war die Bundesrepublik.<sup>16</sup> Mehr

<sup>15</sup> Vgl. Steffen Kailitz, Staatsformen im 20. Jahrhundert II: Demokratisches Systeme, in: Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Koord.), Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart, München 2004, S. 314 f. u. S. 320.

<sup>16</sup> Anderer Auffassung sind Klaus König/Volker Messmann, Organisations- und Personalprobleme der Verwaltungstransformation in Deutschland, Baden-Baden 1995, S. 25, die meinen, die Mehrheit der Wähler habe „ihre Republik nicht selbst definieren“ wollen.

<sup>14</sup> Vgl. M. Richter (Anm. 2), S. 496.

noch als die Befürworter einer schrittweisen Annäherung beider Staaten wurden Anhänger basisdemokratischer Modelle marginalisiert. Ihr Konzept wurde mit dem Ziel einer DDR-spezifischen Demokratisierung in Verbindung gebracht, obwohl viele die deutsche Einheit inzwischen ebenfalls akzeptierten oder gar begrüßten und damit Hoffnungen auf eine Erneuerung der politischen Kultur in Deutschland verbanden.

Das Wahlergebnis bedeutete eine Entscheidung für die bundesdeutsche Demokratie auf dem Wege der Schaffung einer Transformationsdemokratie. Zudem hatte die Wahl durch ihre Entscheidung für die staatliche Einheit einen anderen Charakter, als ihn Wahlen in funktionierenden Demokratien haben: Es ging nicht darum, den dem Staat zugrunde liegenden freiheitlich-demokratischen Prinzipien zu entsprechen, um diesen zu bestätigen. Vielmehr erteilten die Wähler der Regierung den Auftrag, den vorhandenen Staat möglichst schnell abzuschaffen und dem Territorium eines anderen Staates anzugliedern. Mit dieser konstitutiven Mehrheitsentscheidung war die Volkskammerwahl in ihren staats- und systemstürzenden Auswirkungen markanter Bestandteil des revolutionären Umbruchs. Wies die Märzwahl bereits deutlich in Richtung Beitritt, so wurde dieser durch den Volkskammerbeschluss über den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 23. August 1990 zum Gesetz erhoben. Die demokratische DDR hatte ihr eigenes Ende besiegelt.

Bei der DDR-Demokratie handelte es sich um eine repräsentative parlamentarische Demokratie. Auf der Strecke blieben Anhänger von Formen direkter Demokratie in den Bürgerbewegungen, denen gegenüber die Volkskammer und die Regierung de Maizière wenig Rücksichtnahme zeigten. Die Zwänge des Einigungsprozesses, fehlende politische Praxis und die Euphorie des Wahlsieges ließen vor allem die Ost-CDU im Eifer des Gefechts, unter anderem in Fragen der Länderzugehörigkeit, für die nach dem Grundgesetz aus gutem Grund plebiszitäre Verfahren vorgeschrieben waren, Formen direkter Demokratie gänzlich ignorieren. Das schadete in den betroffenen Regionen der Herausbildung eines demokratischen Bewusstseins.<sup>17</sup> Die Re-

gierung nutzte zudem die Möglichkeit, Runde Tische und Bürgerkomitees aus dem Rennen zu werfen. Sie wurden nach der Einrichtung parlamentarisch-demokratischer Institutionen als überflüssig erachtet und zudem mancherorts als politisch-gesellschaftliche Ersatzinstrumente marginalisierter Kräfte zur Durchsetzung gesellschaftlicher Alternativstrategien genutzt. Aus Sicht der Regierung war ein straffes, zentrales Handeln angesichts des Tempos und der internationalen Implikationen des Prozesses zur deutschen Einheit unabdingbar. Allerdings kontrastierte diese Haltung mit dem bislang eher einvernehmlichen Miteinander aller politischen Kräfte an den Runden Tischen.

Die Zielgerichtetheit der Wahlentscheidung und der Gesetzgebung durch die erstmals demokratisch legitimierte Volkskammer kennzeichnen die Transformationsdemokratie. Weg und Ziel waren nun klar vorgegeben. Die Entscheidung, die DDR-Demokratie zu nutzen, um den Staat aufzulösen, war historisch gesehen konsequent. Es ging nicht in erster Linie um den einen oder anderen zu bevorzugenden Demokratietyp, sondern um die Wiederherstellung des in Folge des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs geteilten deutschen Staates, nun auf freiheitlich-demokratischer Grundlage. Dominanter Faktor im Prozess der doppelten Demokratisierung war somit immer die Frage der einheitlichen oder geteilten Staatlichkeit.

## Demokratie als Grundlage für die deutsche Einheit

Die Demokratisierung der DDR war das entscheidende Element auf dem Weg zur deutschen Einheit. Sie war die von der internationalen Staatengemeinschaft eingeforderte Bedingung für eine Vereinigung. Die Ostdeutschen mussten die Wahl zwischen einer eigenständigen DDR und der Vereinigung mit der Bundesrepublik haben, damit die Nachbarn das größere Deutschland akzeptieren konnten. Nur ein demokratisches Parlament konnte beschließen, der Bundesrepublik beizutreten, nur eine aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung den Beschluss umsetzen, sich einem anderen Staat anzuschlie-

<sup>17</sup> Vgl. Michael Richter, Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deut-

sche Einheit 1989/90 (Schriften des HAIT 24), Göttingen 2004, S. 397–453.

ßen. Die Abfolge zweier Demokratien in kurzer Zeit ergab sich somit direkt aus dem Ziel der Überwindung der deutschen Teilung. Die demokratische DDR hat diesen Weg beschränkt und zahlreichen internationalen Widerständen den Wind aus den Segeln genommen. Obwohl viele Regierungen keinen Zweifel daran ließen, dass sie ein vereintes Deutschland nicht wünschten, machte es ihnen der demokratische Charakter eines Prozesses schwer, die deutsche Einheit abzulehnen, dessen Akteure sich auf das inzwischen selbst vom Kreml anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker und Staaten beriefen.

Selbstverständlich hätte die demokratische Entscheidung der Ostdeutschen aber allein für eine Wiedervereinigung nicht ausgereicht. Ihr Gegenstück war der entsprechende artikulierte Wille der Westdeutschen. Die demokratische Entscheidung, den anderen Teil Deutschlands, wenn dereinst möglich, in das eigene Staatsgebiet aufzunehmen, war schon Jahrzehnte zuvor gefallen. Sie hatte gegen den anfänglichen Widerstand der Westalliierten auf Drängen des Parlamentarischen Rates ihren Niederschlag im Grundgesetz gefunden und war zur Staatsdoktrin geworden. Bundeskanzler Konrad Adenauer war es zu verdanken, dass sich auch die Verbündeten der Bundesrepublik im Gegenzug zur militärischen Westbindung zumindest formell zum Ziel der deutschen Einheit bekannten. Doch nicht nur in London oder Paris, auch unter den Westdeutschen gab es viele, die das Ziel der Wiedervereinigung als überholt ansahen. 1990 zeigten Umfragen jedoch, dass sich eine große Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik für die Wiedervereinigung aussprach. Tatsächlich bedurfte es angesichts der staatsrechtlichen Voraussetzungen dafür nur noch der demokratischen Entscheidung des kleineren Teils der Deutschen in der DDR.

Dabei darf die Entscheidung der Ostdeutschen zum Beitritt nicht isoliert als Grundlage der Einheit angesehen werden. Es war der Freiheitsaufstand des Herbstes 1989, der die Grundlage für die demokratische Entscheidung zugunsten der einen oder anderen Staatlichkeit schuf. Insofern waren die Entmachtung der SED und die DDR-Demokratisierung grundlegend für den Transformationsprozess: Ohne die Schaffung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse in der DDR

hätte es keine Transformation in Richtung Bundesrepublik gegeben.

## Zielgerichtete Transformation

Insbesondere seit dem Staatsvertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion vom 18. Mai 1990 begann ein Systemwechsel, ein institutioneller Umbruch- und Anpassungsprozess, von dem die Ersetzung der DDR durch die bundesdeutsche Demokratie nur ein, allerdings maßgeblicher und unabdingbarer, Aspekt war. Die Friedliche Revolution fand schließlich im Einigungsvertrag vom 30. August 1990 ihre „umstürzende Transformationsformel“. Mit ihm wurde die Verfassungs- und Rechtsordnung der DDR außer Kraft gesetzt und die der Bundesrepublik auf das bisherige Gebiet der DDR und Berlins ausgedehnt. Das Spezifische des Transformationsprozesses bestand in der Übertragung eines funktionierenden Institutionen- und Rechtssystems einschließlich eines Transfers von Eliten zur Besetzung von Führungspositionen. Institutionen- und Personentransfer bildeten, zusammen mit massiven Finanztransfers, eine „Triade von exogenen Bestimmungsfaktoren, die den inhaltlichen Korridor und das Tempo des institutionellen Umbruchs in Ostdeutschland in hohem Grade steuerte und ihn an den Grundstrukturen der Institutionenwelt der alten Bundesrepublik ausrichtete“. <sup>8</sup> Der Umbruch war „von einer Integrationslogik gesteuert, die Korridor und Richtung des Transformationspfades innerhalb der der alten Bundesrepublik eigentümlichen politischen, institutionellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundentscheidungen und -strukturen weitgehend vorzeichnete und absteckte“. <sup>9</sup> Damit waren Typus und Spielregeln des künftigen Regimes in Ostdeutschland zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt festgelegt als in den Staaten Ost-, Südost- und Mitteleuropas. <sup>10</sup>

<sup>8</sup> Hellmut Wollmann, Institutioneller Umbruch in Ostdeutschland, Polen und Ungarn im Vergleich, in: Berliner Journal für Soziologie, 7 (1997) 4, S. 527 f.

<sup>9</sup> Hellmut Wollmann/Hans-Ulrich Derlien u. a. (Hrsg.), Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland (Beiträge zu den Berichten der KSPW, Band 3. 1), Opladen 1997, S. 10 f.

<sup>10</sup> Vgl. Wolfgang Merkel, Warum brach das SED-Regime zusammen? Der „Fall“ (der) DDR im Lichte der Demokratisierungstheorien, in: Ulrike Liebert/Wolfgang Merkel (Hrsg.), Die Politik zur deutschen Einheit, Opladen 1991, S. 20 f.



Die Entscheidung für die bundesdeutsche Demokratie war kein isoliertes Votum, sondern stand im Zusammenhang mit der Entscheidung für das „Paket Wiedervereinigung“. Darin enthalten waren neben Staat, Rechtssystem, Wirtschaft und Gesellschaft auch die bundesdeutsche Demokratie. Insgesamt dürfte deren Funktionsweise bei der Paketentscheidung eine eher nachgeordnete Rolle gespielt haben. Sicher hätten die DDR-Bürger auch andere Demokratie-Modelle akzeptiert. Wichtig war ihnen vor allem der gesamtdeutsche Charakter der politischen Ordnung.

## DDR-Demokratie ohne deutsche Einheit?

Hypothetisch kann gefragt werden, wie sich die DDR-Demokratie ohne Ausrichtung auf Wiedervereinigung entwickelt hätte. Inwieweit war sie von der Entscheidung beeinflusst, die Demokratie nur zu ihrer Ersetzung durch eine andere Staatlichkeit samt einer anderen Demokratie zu nutzen? Fest steht, dass die Volkskammer so oder so gewählt worden wäre. Spekulation muss bleiben, ob eine durch internationalen Druck erzwungene Beibehaltung der DDR-Staatlichkeit zu einem anderen Ergebnis der Volkskammerwahl geführt hätte. Vielleicht hätte die Bevölkerung in diesem Fall in der SPD einen geeigneten Verhandlungspartner im Rahmen des dann fortgesetzten Zwangsbündnisses mit der Sowjetunion gesehen. Andererseits siegte die CDU auch bei den Kommunalwahlen im Mai 1990 und den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990; beide standen in keinem direkten Zusammenhang mit der Frage der Ein- oder Zweistaatlichkeit. Sicher hätte es, statt der stark von der Bundesregierung beeinflussten Arbeit der Volkskammer bei der Verabschiedung von Gesetzen zum Zweck der Vorbereitung und Vollendung der deutschen Einheit, eine auf die andauernde Staatlichkeit der DDR bezogene Gesetzesarbeit gegeben. Diese hätte wohl vor allem die tiefgreifende ökonomische, finanzielle und gesellschaftliche Krise des Staates und dessen weiterhin enge Bindungen an eine sich wandelnde Sowjetunion zum Inhalt haben müssen.

In institutioneller Hinsicht aber, so scheint es, hätte sich eine auf andauernde DDR-Staatlichkeit bezogene Demokratie kaum we-

sentlich von der tatsächlich installierten Transformationsdemokratie mit dem Ziel der deutschen Einheit unterschieden. Auch Institutionen der Demokratisierung wie die Runden Tische wären wohl keine maßgeblichen Einrichtungen geblieben. Sie wurden ebenso wie die Bürgerkomitees bereits von der Mehrparteienregierung unter Lothar de Maizière zugunsten der Institutionen des parlamentarischen Systems abgeschafft. Wohl aber hätten beide Institutionen in einer fortbestehenden DDR möglicherweise eine größere Rolle als Modell bei späteren Konfliktlösungen gespielt. Auf Landesebene hat sich etwa der Sächsische Landtag ausdrücklich auf seine Herkunft aus den Runden Tischen der drei sächsischen DDR-Bezirke berufen. Auf kommunaler Ebene gab es lange Zeit zahlreiche konkordanzdemokratische Modelle. Beides ließ sich auch im Rahmen der bundesdeutschen Demokratie problemlos realisieren.

Wodurch, so ist verallgemeinernd zu fragen, muss sich eine Demokratie von einer Transformationsdemokratie unterscheiden, deren Ziel ihre Ersetzung durch eine andere Demokratie ist? Zunächst wird letztere die Konditionen ihrer Existenz definieren, in diesem Fall ihre zeitliche Begrenztheit und ihre Funktion, die in der Aufhebung ihrer selbst besteht. Ansonsten aber basieren beide auf dem Prinzip der demokratischen Willensbildung, egal wie diese im Einzelnen organisiert ist. Gravierende Unterschiede hinsichtlich der Funktionsweise ergeben sich aus dem Transformationscharakter nicht.

## Wechsel zur bundesdeutschen Demokratie

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei und hörte zugleich auf zu bestehen. Auf dem Gebiet der neuen Bundesländer galten die Regeln bundesdeutscher Demokratie. Auf kommunaler bzw. regionaler Ebene hatten im Mai, noch in der DDR, Wahlen stattgefunden, deren Ergebnisse gültig blieben. Sie waren bereits in Anlehnung an bundesdeutsche Bestimmungen abgehalten worden und können so als Vorgriff auf die bundesdeutsche Demokratie angesehen werden. Am 14. Oktober folgten Landtagswahlen, am 2. Dezember 1990 konnten die Ostdeutschen erstmals über die Zu-

sammensetzung des Deutschen Bundestags mitentscheiden.

Die Wiedervereinigung brachte indes auch für das bundesdeutsche Modell teils gravierende Veränderungen mit sich, wenn auch zunächst weniger auf der Ebene grundsätzlicher Funktionsweisen der Demokratie. Generell aber führt jede Integration zweier selbständiger Systeme, selbst wenn sie überwiegend unter den Bedingungen eines der beiden Teilsysteme erfolgt, das unter Ressourcengesichtspunkten absolut bestimmend ist, zu einem neuen System und damit prinzipiell auch zu Rückwirkungen auf beide Teilsysteme.<sup>11</sup> Eine dynamische Komponente erhielt der Transformationsprozess zudem dadurch, dass auch die Struktur der Bundesrepublik mit ihrer vom Anspruch her offenen Gesellschaft nicht endgültig, sondern selbst permanent in Veränderung begriffen ist.<sup>12</sup> Zunächst einmal wurde das parlamentarisch-demokratische System territorial ausgeweitet. Im Bundestag saßen, nach einer Interimslösung ab Oktober, seit der Bundestagswahl im Dezember 1990 nun auch ostdeutsche Mandatsträger. Vor allem aber wurde in den neuen Bundesländern an eigene, der SED-Herrschaft und dem NS-Regime vorausgehende Traditionen angeknüpft. Sachsen etwa konnte auf eine Jahrhunderte währende Staatlichkeit zurückschauen. In der föderalen bundesdeutschen Ordnung sind die Länder konstitutive Elemente des Bundesstaates, auch wenn Zentralisierungstendenzen gelegentlich einen anderen Eindruck erwecken.

Die Transformation vollzog sich im Osten im Wechselspiel der Übernahme des bundesdeutschen Systems und der Gestaltung eines darin integrierten Eigenlebens. Deswegen scheint es sinnvoll, in Erweiterung des Begriffs eines Institutionentransfers<sup>13</sup> zwischen exogenen und endogenen Faktoren der Institutio-

nenbildung zu unterscheiden. Exogene Faktoren sind dabei in diesem Zusammenhang die Muster der bundesdeutschen Demokratie. Endogene Faktoren sind strukturelle und organisatorische Muster, Restbestände der DDR-Institutionenordnung, personelle Kontinuitäten, der Elitenaustausch in Politik, Verwaltung und Parteien sowie die politischen Einstellungen und Werthaltungen der Bevölkerung als soziokultureller Unterbau der neuen Institutionenordnung. Am nachhaltigsten wirken endogene Faktoren im Mikro-Bereich politischer und Wertvorstellungen. Es erscheint daher plausibel, vom Bild einer langsamen Amalgamierung, einer Gemengelage von west- und ostdeutschen institutionellen Strukturmustern und soziokulturellen Erbschaften des DDR-Systems sowie dem entsprechenden Gepäck auszugehen, das die westdeutschen Importeliten und Aufbauhelfer mitbrachten.<sup>14</sup>

Zur ostdeutschen Erbschaft gehören nicht nur die Folgen der SED-Diktatur und geschichtliche Traditionen, sondern auch der spezifische Pfad der DDR-Demokratisierung. Viele Akteure der Friedlichen Revolution erinnern sich nicht ohne Wehmut an das Konkordanz- beziehungsweise basisdemokratische Erbe der Revolution und der Runden Tische sowie an ihre eigene Demokratisierungsleistung. Diese ist in der Tat einmalig in der deutschen Geschichte. Haben die Westdeutschen die Demokratie nach dem Kriege mit administrativer Unterstützung der westlichen Alliierten installiert, war sie in der DDR der Jahre 1989/90 nach vierzig Jahren Diktatur das Ergebnis eigener Bemühungen.

In der Friedlichen Revolution haben die Ostdeutschen mutig Freiheit und Demokratie erkämpft und ihren Anspruch auf Selbstbestimmung auch gegen gewichtige internationale Widerstände durchgesetzt. Die Tatsache, dass couragierte DDR-Bürgerinnen und -Bürger und mit ihnen auch viele Westdeutsche 1989/90 mit Freiheit und Demokratie zugleich die deutsche Einheit errungen haben, gehört zu den Sternstunden deutscher Geschichte im vergangenen Jahrhundert.

<sup>11</sup> Vgl. A. Eisen/M. Kaase (Anm. 1), S. 13.

<sup>12</sup> Vgl. Klaus König, Verwaltung im Übergang. Vom zentralen Verwaltungsstaat in die dezentrale Demokratie, in: Die Öffentliche Verwaltung, 44 (1991), S. 178.

<sup>13</sup> Vgl. Gerhard Lehbruch, Institutionentransfer. Zur politischen Logik der Verwaltungsintegration in Deutschland, in: Wolfgang Seibel/Arthur Benz/Heinrich Mading (Hrsg.), Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung, Baden-Baden 1993, S. 41.

<sup>14</sup> Vgl. A. Eisen/M. Kaase (Anm. 1), S. 7, S. 39 u. S. 42 f.

Jennifer A. Yoder

# Die demokratische DDR in der internationalen Arena

*War die deutsche Vereinigung Laune oder Weisheit, Aberwitz oder verblüffende Einsicht in die Unausweichlichkeit geschichtlicher Vorgänge? Die Nachfahren Klios werden darüber noch endlose Debatten führen.<sup>1</sup>*

Weder die friedliche Transformation zur Demokratie noch die deutsche Vereinigung wurden 1989/1990 als unausweichlich

**Jennifer A. Yoder**

B.A., M.A., Ph.D., geb. 1967; Robert E. Diamond Associate Professor of Government and International Studies; Director of the International Studies Program, Colby College, 5317 Mayflower Hill Drive, Waterville, ME 04901/USA. [jayoder@colby.edu](mailto:jayoder@colby.edu)

betrachtet. Eher sprechen Belege aus Archiven, Erinnerungen und Interviews mit wichtigen Akteuren jener Tage für das Gegenteil: Unsicherheit, Zweifel, ja Irritation herrschten in offiziellen Kreisen nach dem Mauerfall und vor der Volkskammerwahl in der DDR im März 1990. Im Folgenden geht es darum, wie politische Entscheidungsträger und andere Beobachter außerhalb der beiden Teile Deutschlands die Perspektiven für eine eigenstaatliche, demokratische DDR einschätzten. Glaubte irgendjemand 1989/1990 daran, dass Ostdeutschland sein politisches und ökonomisches System reformieren sollte oder dass es irgendetwas Erhaltenswertes gebe? Oder betrachtete man nicht nur die Entfernung des Eisernen Vorhangs, sondern auch die deutsche Vereinigung als logischen Abschluss des Kalten Krieges?

Unter den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik schien es keinerlei zwingende Logik für einen „alternativen“ demokratischen, sozialistischen Staat zu geben. Die Führungspersonlichkeiten dachten nicht an Belange der Kultur oder an Institutionen und Transformationsprozesse; ihre Sorgen galten den Grenzen und der Sicherheit im Herzen Europas. Der alte Konsens über die Ostpolitik, nach dem der Status quo zweier deutscher Staaten als wünschenswert galt, kennzeich-

nete die internationale Meinung, bis durch das Tempo der Ereignisse, insbesondere den wirtschaftlichen Niedergang der DDR und den veränderten Ton der Demonstranten dieser Status quo unhaltbar wurde.

Wenn man die bis heute freigegebenen Dokumente und außerhalb Deutschlands publizierte Analysen bewertet, besonders die in den USA, dann springt es ins Auge, wie wenig Aufmerksamkeit auf die DDR und ihre Reformen gerichtet wurde. Stattdessen galt die Sorge einzig und allein der Aussicht auf ein großes, geeintes Deutschland, den Folgen für die europäische Sicherheit, der gefährdeten Stellung Michail Gorbatschows in seinem eigenen Land und den Konsequenzen für die Zukunft der europäischen Integration. Statt zu bedenken, was die ostdeutsche Führung, die Bürgerrechtler oder der Durchschnittsbürger über die Reformchancen der DDR zu sagen hatten, schauten die USA auf Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher.

Es gibt tatsächlich kaum Hinweise in Unterlagen und Analysen amerikanischer Amtspersonen auf Gespräche mit den Führern der DDR – Egon Krenz, Hans Modrow oder Lothar de Maizière – bzw. darauf, dass man ihre Position beachtete. Ein Mitglied des außenpolitischen Teams von Präsident George H. W. Bush erinnerte sich an einen aufschlussreichen Vorfall: „Krenz drängte Bush, er solle zustimmen, dass die Existenz zweier deutscher Staaten und ihre Mitgliedschaft in verschiedenen Allianzen ‚fundamentale‘ Elemente der europäischen Sicherheit seien. ‚Nationalismus, ein Aufleben nazistischer Ideen und das Streben nach Korrektur der Resultate des Sieges der Anti-Hitler-Koalition‘, so Krenz, ‚sind einem sicheren Frieden in Europa abträglich.‘ Bush antwortete nie.“<sup>2</sup>

## DDR aus amerikanischer Sicht

Bevor ich mich den Quellen zuwende, sollen ein paar Worte über die Wahrnehmung der

*Übersetzung aus dem Amerikanischen: Dr. Juliane Lochner, Leipzig.*

<sup>1</sup> Josef Joffe, *Putting Germany Back Together: The Fabulous Bush and Baker Boys*, in: *Foreign Affairs*, (1996) Jan./Feb., online: [www.foreignaffairs.com](http://www.foreignaffairs.com) (20. 12. 2009).

<sup>2</sup> Philip D. Zelikow/Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft*, Cambridge, MA 1995, S. 81.

DDR aus westlicher, besonders aus amerikanischer Sicht verloren werden. Der außergewöhnliche Status der DDR trug dazu bei, dass Außenstehende den SED-Staat als temporäres Gebilde begriffen, bedingt durch die ideologische und geografische Teilung Europas. Zu diesem Bild trug die Tatsache bei, dass sowjetische Truppen auf ostdeutschem Boden stationiert waren, was eher auf internationales Kriegsrecht (die Besetzung des Territoriums der Besiegten) statt auf Verträge zurückzuführen war. Folglich hatte die DDR, ein nicht vollständig souveräner Staat, eine qualitativ andere Beziehung zum Warschauer Pakt als andere osteuropäische Staaten. Außerdem legte die Verfassung fest, dass die DDR als „untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft“<sup>13</sup> unwiderlich mit der Sowjetunion verbündet sei.

Erst 1974 wurden offizielle bilaterale Beziehungen zwischen Washington und Ost-Berlin aufgenommen; sie blieben geprägt von Missachtung und Desinteresse: „In der amerikanischen Außenpolitik wurde Ostberlin, falls es überhaupt eine Rolle spielte, hauptsächlich im Licht der amerikanisch-sowjetischen oder amerikanisch-westdeutschen Beziehungen gesehen.“<sup>14</sup> Dieser offizielle Blick korrespondierte mit dem Mangel an öffentlichem Interesse an der DDR, weil es, im Unterschied zu den Polen oder Ungarn, in den USA keine Interessengruppe von Ostdeutschen gab, die Druck auf Washington hätten ausüben können. Das Bild der DDR in den USA war hundertprozentig negativ: Bei der Führung handele sich um orthodoxe, dogmatische Kommunisten, so die verbreitete Meinung. Die Amerikaner sahen die DDR nicht als separaten deutschen Staat, sondern als Teil des Ostblocks an. Man ging davon aus, dass der Sozialismus nur eine von der Sowjetunion aufgezwungene Ideologie war. Auch nach der deutsch-deutschen Annäherung betrachteten die Amerikaner die ostdeutsche Bevölkerung als unglückselige, von der Geschichte abgekoppelte Opfer, die ohne Zweifel versessen darauf waren, aus ihrem kommunistischen Gefängnis und der Zeitschleife befreit zu werden.

<sup>13</sup> Verfassung der DDR von 1974, zit. nach: Renata Fritsch-Bournazel, *Europe and German Unification*, Providence, RI 1992, S. 91.

<sup>14</sup> Ronald Asmus, *Bonn and East Berlin: The View from Washington*. RFE/RL Background Report 190 (17. 10. 1984), online: [www.osaarchivum.org](http://www.osaarchivum.org) (18. 12. 2009).

Es gab nur eine kleine Anzahl von Wissenschaftlern in den USA, welche die DDR „aus nächster Nähe“ kannten und Verallgemeinerungen über das Leben hinter der Mauer sowie landläufige Vorstellungen anfochten und korrigierten.<sup>15</sup> Mitte 1989 war eine Sonderausgabe der amerikanischen Zeitschrift „German Politics and Society“ dem Thema „40 Jahre DDR“ gewidmet. Im Editorial hieß es: „Das kommunistische Regime in der DDR scheint sich am Vorabend ihres vierzigsten Geburtstages hinter seiner konservativen Bürokratie und angestammten politischen Herrschaft verschanzt zu haben.“ Die Beiträge sollten zeigen, dass „die DDR zu Recht in ihren Anstrengungen, einen Staat aufzubauen, auf eine Erfolgsgeschichte verweisen kann und ebenso auf die Schaffung eines kulturellen Diskurses, der – unabhängig von fortdauernden westdeutschen und sowjetischen Einflüssen – ihr ganz eigener geworden ist.“<sup>16</sup> Doch abgesehen von einer Handvoll Wissenschaftler zogen nur wenige Experten in Betracht, dass sich eine spezifische ostdeutsche politische Kultur oder eine kollektive Identität entwickelt haben oder dass ein politisches Bezugssystem entstanden sein könnte, das, wenn man es nur reformieren würde, anderen Systemen vorzuziehen wäre.

In dem Jahr, als die DDR 40 Jahre alt wurde, war Bush das erste Jahr im Amt. Es war offensichtlich, dass seine Außenpolitik verglichen mit der seines Vorgängers Ronald Reagan einen abwartenden und diplomatischeren Stil hatte. Durch seine Karriere beim CIA war er über die europäischen Angelegenheiten viel besser unterrichtet. Insofern war es eine Überraschung, dass Bush bei einer Pressekonferenz in Montana am 18. September 1989 eine Erklärung abgab, in der er die deutsche Vereinigung zu befürworten, zumindest aber nicht abzulehnen schien: „Ich meine, es ist Sache der Deutschen, zu entscheiden. Mit anderen Worten: Falls das zwischen den deutschen Staaten ausgehandelt wurde, dann glaube ich nicht, dass wir es als schlecht für die westlichen Interessen einschätzen sollten. Ich glaube, im Deutschland der Nachkriegszeit hat sich eine dramatische

<sup>15</sup> Zum Beispiel Thomas Baylis, Henry Krisch, James McAdams, Marilyn Rueschemeyer, und Bradley Scharf.

<sup>16</sup> *German Politics and Society*, Sonderausgabe „The GDR at Forty“, 17 (Summer 1989), Editors' note.

Veränderung vollzogen. Deshalb habe ich keine Angst davor (...). In einigen Kreisen herrscht so ein Eindruck, nun ja, dass ein wiedervereintes Deutschland dem Frieden in Europa in irgendeiner Weise abträglich wäre; aber ich lasse das nicht gelten, nein.“<sup>17</sup>

Natürlich meinte Bush, als er von Veränderungen in Deutschland redete, die Bundesrepublik. Nirgendwo bezog er sich auf die DDR, ihre Bürger, Reformen oder Alternativen zur Vereinigung. Um die gleiche Zeit etwa hatte auch Außenminister James Baker öffentliche Erklärungen abgegeben, in denen er die grundsätzliche Unterstützung für die Vereinigung erwähnte, während Sicherheitsberater Brent Scowcroft vorsichtiger war und Bush und Baker drängte, zurückhaltender zu sein, um nicht noch eher als Kohl aktiv zu werden und ihm voreilig den Rücken zu stärken.<sup>18</sup>

Und doch überraschte der Fall der Berliner Mauer einige Wochen nach diesen Äußerungen die Bush-Regierung. Die verhaltene Reaktion klang konfus. Würde Bush nun auf die vertrauten und speziellen Beziehungen der USA zur Bundesrepublik verweisen, die auf Vertrauen und Optimismus in Bezug auf Deutschlands Zukunft basierten, oder auf die neu geknüpften, konstruktiven Beziehungen zu Gorbatschow, die gegen Ende von Reagans Präsidentschaft ihren Anfang genommen hatten? Obwohl sich das politische Establishment der USA der Bedeutsamkeit der Ereignisse in Osteuropa für die Stabilität der kommunistischen Regime und folglich für die Stabilität der ganzen Weltregion bewusst war, gibt es kaum Anzeichen dafür, dass man die Bedeutung dessen, was sich auf den Straßen der DDR abspielte, erfasste. Der Austausch zwischen den führenden Politikern legt nahe, dass allein die internationale Sicherheit das Gebot der Stunde war. Angesichts dessen hätte man aus Washington und Moskau eine Blockadehaltung erwarten können, aber die amerikanische und die sowjetische Führung schienen geneigt, den Ereignissen ihren Lauf zu lassen; gleichzeitig mahnten sie zu Behutsamkeit. Bei einem Telefongespräch zwischen Bush und Kohl am 17. November 1989 galt die vorrangige Sorge der Stabilität. Kohl versprach: „Wir werden nichts tun, um die DDR zu destabilisieren“, und Bush bekräftigte:

<sup>17</sup> Zit. nach: P. Zelikow/C. Rice (Anm. 2), S. 81.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 93.

„Die Euphorie in den USA läuft Gefahr, ungeahnte Aktionen in der UdSSR oder in der DDR heraufzubeschwören, die sehr schlimm wären. (...) Wir werden nicht das Problem verschärfen, indem wir den Präsidenten der USA auf der Berliner Mauer posieren lassen.“<sup>19</sup>

Der Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers, den er am 28. November 1989 dem Bundestag präsentierte, war der Wendepunkt für Bush. Im Unterschied zu den meisten Politikern in Europa und zu den Sowjets, deren Reaktionen von Verdruss bis Furcht reichten, war Bush von Kohls Zuversicht beeindruckt und fühlte sich durch seine Führungsqualitäten und das Vorlegen des Aktionsplans rückversichert. Bush vertraute Kohl, wie auch Manfred Wörner, dem Generalsekretär der NATO und Kohls Parteifreund. Kohl wiederum vertraute Bush; Berichten zufolge beriet er sich mit Washington mehr als mit seinem eigenen Außenministerium über seine Pläne, was Ostdeutschland betraf. Dennoch gab es in Washington Verwirrung über die nächsten Schritte. Die Bush-Regierung war des Drucks, der auf Gorbatschow innerhalb der UdSSR lastete, deutlich gewahr. Darum übte Bush in der Öffentlichkeit Zurückhaltung. Auf Drängen der Sowjets, Briten und Franzosen hatte Baker zugestimmt, an einem Vier-Mächte-Treffen im Dezember in Berlin teilzunehmen. Baker, der ranghöchste Amtsträger der USA, der je die DDR besucht hat, hoffte, „die Modrow-Regierung hinreichend zu stärken, damit sie freie Mehrparteienwahlen für die DDR vorbereiten konnte“.<sup>10</sup> Hinter seinem Besuch in Ost-Berlin stand als Zielsetzung nicht die Stärkung von Modrows Legitimation oder Zuspruch für die Ostdeutschen, die eine separate, demokratische DDR beibehalten wollten, sondern die Entschärfung der potentiell explosiven Situation. Auch Verteidigungsminister Dick Cheney setzte sich kaum für die Bürgerbewegung ein und misstraute den Gesteir der kommunistischen Eliten in Richtung Reform. Schon früh hatte er davor gewarnt, Gorbatschows Politik „könnte eine nur zeitweilige Abweichung un-

<sup>19</sup> Aufzeichnung des Telefongesprächs zwischen Bush und Kohl am 17. 11. 1989 in: The National Security Archive, The Soviet Origins of Helmut Kohl's 10 Points, Dokument Nr. 1, online: [www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB296/index .htm](http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB296/index.htm) (18. 12. 2009).

<sup>10</sup> P. Zelikow/C. Rice (Anm. 2), S. 146.

seres Gegners ersten Ranges von seinem üblichen Verhalten sein“.<sup>11</sup>

Es war bezeichnend, dass Bush mit Kohl vollkommen darin übereinstimmte, dass das Modell Bundesrepublik das richtige für ein wiedervereinigtes Deutschland sei und dass es keinen Bedarf an Experimenten mit einem ungewissen „Dritten Weg“ gebe. Bush sagte zu seinen Beratern über die Dissidenten in Osteuropa: „These really aren't the right guys to be running the place.“<sup>12</sup> Mary Sarotte urteilt: „Bushs Bereitschaft, Kohl die Führung bei der deutschen Vereinigung zu überlassen, war bemerkenswert. Wie der US-Präsident selbst in seinen Memoiren feststellte, hatte er erstaunlicherweise keine ausgeprägte Meinung bezüglich des Vorgehens, als das Chaos von 1989 in Deutschland eine Reaktion erforderte. Wie verlautet, klagte Thatcher, das Problem mit Bush sei, dass er nichts gegenüber eine ausgeprägte Meinung habe.“<sup>13</sup>

Im Gegensatz zu den vorsichtigen, ja mitunter abstrusen Reaktionen der Regierung reagierten die amerikanischen Medien jubelnd auf den Mauerfall und schienen sicher zu sein, dass die deutsche Vereinigung komme. Während allerorten in Osteuropa Selbstbestimmung und Reformen gefeiert wurden, schenkten die Medien der DDR kaum Aufmerksamkeit, ebensowenig der Vorstellung, dass es eine (demokratisch-sozialistische, ökologische oder andere) Alternative zur Bundesrepublik geben könnte. Doch nicht alle Journalisten jubilierten. Abraham Michael Rosenthal schrieb im Februar 1990 in der „New York Times“ über „versteckte Wörter“, die er und viele andere mit Deutschland assoziieren, die man jedoch bezeichnenderweise nicht laut aussprechen und drucken würde: Jude, Auschwitz, Sklavenarbeit, Nazi. „Fast alle reden so, als ob die Sehnsucht der Deutschen nach Wiedervereinigung so gewichtig und moralisch mächtig sei, dass es absolut frevelhaft wäre, sie aufzuschieben, bis für die gesamte Nazi-generation der Jüngste Tag anbricht. (...)“

<sup>11</sup> Zit. nach: Timothy Garton Ash, 1989!, in: The New York Review of Books vom 5. 11. 2009, S. 6.

<sup>12</sup> Ebd.: „Das sind wirklich nicht die Richtigen, um den Laden zu schmeißen.“

<sup>13</sup> Mary E. Sarotte, 1989: The Struggle to Create Post-Cold War Europe, Princeton 2009, S. 210.

Wollen wir es um Himmels willen wirklich dem Außenministerium überlassen, zu entscheiden und zu sagen, welche Hoffnungen und Ängste wir mit Deutschland verbinden?“<sup>14</sup>

Während Charles Krauthammer dem Projekt Vereinigung in Gänze Beifall spendete („Die deutsche Wiedervereinigung wird die dramatischste Wiedergeburt der Souveränität in der Nachkriegszeit sein“), mahnte er doch: „Die Mauer ist zu früh gefallen. Wäre Ostdeutschland als letzte sowjetische Provinz gefallen, auf die, wie wir dachten, der Kreml pocht, dann wäre es ein nur Stückchen, das ein neues, stabiles Europa in sich aufnehmen könnte. Da die deutsche Wiedervereinigung so schnell gekommen ist, droht sie das Ganze zu sprengen, indem sie im Herzen Europas ein größeres Deutschland entstehen lässt (...).“<sup>15</sup>

Peter Marcuse, der lange Zeit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland verbracht hatte, schrieb im Oktober 1990 einen nachdenklichen Kommentar. Nach vierzig Jahren DDR blieben seiner Meinung nach das Wissen darüber, was Sozialismus eben nicht sei, sowie Lehren über exzessive staatliche Planwirtschaft, aber auch Errungenschaften auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit zurück. Am wichtigsten sei jedoch das ostdeutsche Volk, „das andere Erfahrungen gesammelt und in einer Gesellschaft gelebt hat, die andere Ziele verkündete, und das diese Ziele verfolgt hat, auf Seiten des Staates, zuletzt oft gegen ihn. (...) Vielleicht besteht ein bleibender Beitrag aus vierzigjähriger DDR-Erfahrung darin, dass mindestens 16 Millionen Deutsche nicht zu denen gehören, die von Macht- und Vorherrschaftsstreben besessen und von ihrer Überlegenheit und absoluten Rechtschaffenheit überzeugt sind.“ Und: „Die Menschen aus Ostdeutschland wissen besser als die meisten anderen, was der Preis von Dogmatismus und einer geschlossenen Gesellschaft ist.“<sup>16</sup>

<sup>14</sup> A. M. Rosenthal, Hidden Words (4. 2. 1990), in: Harold James/Martha Stone (eds.), When the Wall Came Down: Reactions to German Unification, New York 1992, S. 168.

<sup>15</sup> Charles Krauthammer, The German Revival (26. 3. 1990), in: ebd., S. 180.

<sup>16</sup> Peter Marcuse, East German Requiem (22. 10. 1990), in: ebd., S. 230.

Einige, die in Veröffentlichungen in den USA als „links“ bezeichnet wurden, schrieben wie Marcuse über den Nationalismus, der die Regierung Kohl und viele Ostdeutsche zu ergreifen schien. Aber im Großen und Ganzen nahmen die meisten Tageszeitungen und auch der Nachrichtensender CNN mit seiner breiten Zuschauerschaft Siegesfreude und Freiheit als Grund zum Feiern wahr. Man verschwendete wenig Zeit auf die neue DDR-Führung, ihre Handlungsspielräume oder den wirtschaftlichen und sozialen Druck, der auf ihr lastete. Das Ende des Kalten Krieges als Generationenlegende, das Kräfteressen zwischen den Supermächten, versinnbildlicht durch den Fall der Mauer, und die fixe Idee, ein Stück von ihr zu besitzen, übten Faszinationskraft aus. Insgesamt setzte die amerikanische Öffentlichkeit als gegeben voraus, dass die Vereinigung unausweichlich und „richtig“ sei. Der Mauerfall und das Abschütteln der kommunistischen Herrschaft bestätigten, was die Amerikaner schon immer glaubten: dass nämlich Demokratie und Kapitalismus letzten Endes den Sieg davontragen.

## Anderswo im Westen

Trotz öffentlicher Erklärungen, in denen die friedliche Revolution in der DDR und der Mauerfall gerühmt wurden, belegen die Unterlagen, dass die meisten politischen Führer im Westen, allen voran Margaret Thatcher und François Mitterrand, die deutsche Vereinigung ablehnten und sich Sorgen um die von ihr ausgehende Gefahr für die Nachkriegsgrenzen und, damit zusammenhängend, um die europäische Sicherheit machten.

Nur Thatcher wagte öffentlich ihren Widerstand zu äußern, während andere im Stillen opponierten und in der Öffentlichkeit diplomatischer und verhaltener reagierten. In einem Artikel im „Wall Street Journal“ Ende Januar 1990 wurde Thatcher mit den Worten zitiert, Kohl müsse „dem Weitblick auf die Erfordernisse Europas“ seine eigene „beschränktere, nationalistische Programmatik“ unterordnen: „Demokratie aufzubauen ist viel schwerer, als sie niederzureißen.“<sup>17</sup> Im Juli 1990 wurde ein Memorandum veröffentlicht, welches das tiefe Misstrauen der politischen Entscheidungsträger in Großbritannien gegenüber den Deut-

schen und ihre unablässigen Befürchtungen gegenüber der Vereinigung offenbarte.<sup>18</sup> Zu den brisanten Abschnitten des Memorandums gehörten, von Thatchers Privatsekretär Charles Powell alphabetisch aufgelistet, angebliche Wesenszüge der Deutschen, wie sie bei einem Treffen auf dem Landsitz in Chequers zur Sprache gekommen waren: „Existenzangst, Aggressivität, Rücksichtslosigkeit, Selbstgefälligkeit, Minderwertigkeitskomplexe, Sentimentalität.“ Am 24. November 1990 sagte Thatcher zu Bush: „Das erste und übergeordnete Ziel sollte der Aufbau echter Demokratien in ganz Osteuropa und letzten Endes auch in der Sowjetunion sein (. . .). Die Wiedervereinigung war nicht nur eine Sache der Selbstbestimmung, auch die Vier Mächte hatten bestimmte Verpflichtungen.“<sup>19</sup>

Auch bei Mitterrand löste der Mauerfall Besorgnis aus, aber in der Öffentlichkeit bekundete er, er habe „keine Angst vor der deutschen Vereinigung“. Seine gedämpfte Befürwortung erklärte sich aus seinen langjährigen und sehr konstruktiven Beziehungen zu Kohl sowie daraus, dass Frankreich die Bundesrepublik brauchte, um die europäische Integration voranzutreiben. Dass Frankreich von Juli bis Dezember 1989 den Vorsitz in der Präsidentschaft der Europäischen Union innehatte, stellte sicher, dass Mitterrand mit Umsicht zu Werke gehen und den europäischen Rahmen im Auge behalten würde. Wiederholt ließ sich er sich von Kohl versichern, dass die Vereinigung Teil der europäischen Integration sein würde. Dennoch war Mitterrand verärgert darüber, dass er von Kohl nicht vorab in den Zehn-Punkte-Plan eingeweiht worden war. Infolgedessen hielt er es nicht für nötig, mit Kohl Rücksprache zu halten, als er ein Datum für seinen DDR-Besuch festlegte. Zum Abschluss seines Staatsbesuchs in Ost-Berlin am 22. Dezember 1989 erklärte er: „Ich habe keinerlei Absicht, Deutschland zu diktieren, wie sein zukünftiger Status sein soll. (. . .) Wir sind auch Garanten für den Frieden in Europa. Wir sind selbst Garanten für den Status von Deutschland. Aber 45 Jahre sind vergangen (. . .). Heute gibt es eine neue Generation, dies ist ein neues Kapitel in der Geschichte; ich persönlich nehme es daher nicht hin, dass man die Deutschen behandeln kann,

<sup>18</sup> Zum Memorandum vgl. Timothy Garton Ash, The Chequers Affair, in: The New York Review of Books vom 27. 9. 1990, S. 14.

<sup>19</sup> Zit. nach: M. E. Sarotte (Anm. 13), S. 67.

<sup>17</sup> Zit. nach: M. E. Sarotte (Anm. 13), S. 100.

als stünden sie unter Vormundschaft. Aber sobald es um die Lage in Europa geht, dann geht es uns wohl etwas an; dann müssen wir sicherstellen, dass kein Ungleichgewicht entsteht, das letztendlich das Europa der Kriege wiederherstellen würde.“<sup>120</sup>

## Östlich der Oder

Istvan Deak behauptet, dass die meisten Ost- und Mitteleuropäer der deutschen Vereinigung positiv gegenüber eingestellt gewesen seien – ausgenommen die Polen.<sup>121</sup> In Warschau machte man sich Gedanken darüber, dass in Kohls Zehn-Punkte-Plan ein elfter Punkt fehle, durch den in einem künftigen Staatenbund bzw. Einheitsstaat die Oder-Neiße-Grenze anerkannt werde. Die Polen waren mit den Verhandlungen über die deutsche Vereinigung bis zum 17. Juli 1990 und mit der Erklärung der Zwei-plus-Vier nicht zufrieden, mit denen die deutschen Grenzen definitiv festgelegt wurden. Diesen Grenzen wurden am 14. November 1990 in Warschau Vertragsstatus zugebilligt.

In Polen gab es zwar Erleichterung darüber, dass die DDR endlich den Weg demokratischer Reformen eingeschlagen hatte, aber auch tiefsitzenden Argwohn angesichts der Grenze zwischen Polen und Ostdeutschland, falls sich deren Status im Zuge der Reformen verändern sollte. Premierminister Tadeusz Mazowiecki äußerte diese Bedenken bereits am 1. Februar 1990 in Berlin: „Die Überwindung der Teilung ist selbstverständlich für Deutschland eine Chance, politisch, wirtschaftlich und für den Fortschritt. Die Frage ist, wie diese Chance genutzt wird, ob sie eine Perspektive für Europa eröffnet.“<sup>122</sup> Dass sich bis zu 90 Prozent der polnischen Öffentlichkeit der deutschen Vereinigung entgegenstellten, spiegelte die Besorgnisse im Zusammenhang mit den Grenzen und deren möglichen Korrekturen wider, aber auch Befürchtungen, welche die Beziehungen zu einem ökonomisch und politisch stärkeren Deutschland betrafen.<sup>123</sup>

Michail Gorbatschow wird weithin (wenn auch nicht von Amerikanern, die dazu neigen,

den Beitrag ihrer eigenen politischen Führer zu übertreiben, wohl aber von Europäern) die Schlüsselrolle bei der deutschen Vereinigung zugesprochen. Woraus aber erklärt sich der Verzicht der Sowjetunion auf das Projekt einer reformierten DDR? Josef Joffe behauptet, dass Gorbatschow einen groben Fehler begangen habe, als er es im Oktober 1989 versäumte, zum harten Durchgreifen gegen die Demonstranten in der DDR aufzufordern. Stattdessen habe er darauf gesetzt, dass sich die DDR reformieren würde, um zu überleben, und damit „starke Nerven“ gezeigt, denn, so Joffe, die DDR war eine „Nicht-Nation“, und sollte sie sich „in Richtung demokratischer Selbstbestimmung bewegen, dann könnte sie nur dem ‚wahren‘ deutschen Staat, der Bundesrepublik, in die Arme fallen“.<sup>124</sup> Jahre später vom Historiker Robert Conquest befragt, ob er genauso gehandelt hätte, falls er gewusst hätte, wohin der Wandel führen würde, antwortete Gorbatschow: „Wahrscheinlich nicht.“<sup>125</sup>

Die Akten belegen, dass Kohl durch geheime Meldungen aus Moskau darin bestärkt wurde, seinen Zehn-Punkte-Plan auszuarbeiten, denn dort rechnete man damit, dass die Idee eines Staatenbundes eine Möglichkeit wäre, die zusammenbrechende DDR zu stützen, indem man beiden deutschen Staaten den gleichen Status zusicherte. Sein Berater Horst Teltschik sollte Kohl davon überzeugen, Gorbatschow anzusprechen, um die Idee eines Staatenbundes zu erörtern, und den Sowjets zuzusichern, dass ein solcher nur im Kontext des „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ errichtet werden würde. Das Missverständnis lag darin, dass Teltschik nicht begriff, dass Kohl Gorbatschow anrufen sollte, sondern meinte, die Nachricht komme von Gorbatschow selbst.<sup>126</sup>

Bekanntlich waren weder Bush noch Gorbatschow über Kohls Zehn-Punkte-Plan im Voraus informiert. Ein paar Tage später beklagte sich Gorbatschow bei Bush beim Gipfeltreffen in Malta: „Kohl handelt nicht seriös und verantwortungsbewusst“, worauf Bush antwortete: „Die USA versuchen mit einer gewissen Zurückhaltung zu handeln.“ Diese schien schon

<sup>120</sup> Zit. nach: R. Fritsch-Bournazel (Anm. 3), S. 82.

<sup>121</sup> Vgl. Istvan Deak, German Unification: Perceptions and Politics in East Central Europe, in: German Politics and Society, 20 (Summer 1990), S. 23.

<sup>122</sup> Zit. nach: R. Fritsch-Bournazel (Anm. 3), S. 109.

<sup>123</sup> Zahlen in: ebd.

<sup>124</sup> J. Joffe (Anm. 1).

<sup>125</sup> Zit. nach: T. Garton Ash (Anm. 11), S. 7.

<sup>126</sup> Vgl. The National Security Archive, The Soviet Origins of Helmut Kohl's 10 Points, online: [www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB296/index.htm](http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB296/index.htm) (22. 12. 2009).



am nächsten Tag, dem 3. Dezember 1989, zu schwinden, als sich Bush mit Kohl in Brüssel traf. Als sich Kohl nach dem Gespräch mit Gorbatschow am Vortag erkundigte, sagte Bush: „Wir haben lange über die deutsche Frage diskutiert. Gorbatschow meinte, Sie hätten es zu eilig“, worauf Kohl entgegnete: „Ich habe Gorbatschow gesagt, es liege nicht in meinem Interesse, die Ereignisse außer Kontrolle geraten zu lassen.“ Über seinen Zehn-Punkte-Plan sagte er: „Ich werde nichts Leichtsinnes tun. Ich habe keinen Zeitplan aufgestellt. Wir sind Teil Europas und bleiben Teil der EU. Ich habe immer alles sorgfältig mit Präsident Mitterrand abgestimmt. Die zehn Punkte sind keine Alternative zu dem, woran wir im Westen arbeiten. Diese Prozesse sind Vorbedingung für die zehn Punkte. Die europäische Integration ist die Vorbedingung, damit der Wandel in Osteuropa wirksam wird. (...) Alle in Europa haben Angst vor zwei Dingen: erstens, dass Deutschland nach Osten abdriften könnte – das ist Unsinn; zweitens, und das ist der wahre Grund, dass Deutschland sich wirtschaftlich schneller als meine Kollegen entwickelt. Ja, 62 Millionen wohlhabende Deutsche sind schwer zu ertragen, mit 17 Millionen mehr hat man große Probleme. Sobald die DDR eine tatsächlich freie Regierung hat, könnten wir konföderative Strukturen aufbauen, und zwar zwischen zwei unabhängigen Staaten. Phase 3 ist der Einheitsstaat, eine Angelegenheit der Zukunft, die man zeitlich strecken könnte. Aber ich kann nicht sagen, dass das je passieren wird.“

Bush antwortete: „Gorbatschows Hauptproblem ist die Ungewissheit. (...) Wir brauchen eine Formulierung, die ihn nicht abschreckt, mit der wir aber vorankommen.“ Als sich Bush nach der Einstellung der Menschen in der DDR zur „Wiedervereinigung“ erkundigte, antwortete Kohl: „Die Ostdeutschen brauchen Zeit, um herauszufinden, was sie wirklich wollen. Ich brauche eine Zeit ruhiger Entwicklung. Vor einem Jahr wäre es verrückt gewesen, so zu reden. In der BRD befürworten die meisten Menschen und Parteien die Wiedervereinigung. Die Grünen sehen eine Chance: Sie wollen die Abschaffung der Bundeswehr und Neutralität. Sie sind gegen die Wiedervereinigung. Die SPD willigte letzten Dienstag ein. Jetzt herrscht der Eindruck, das sei Kohls Sieg. Die Liberalen sind für das Programm, sind aber verärgert, weil es mein Erfolg ist. Die Wirtschaft steht gut da: Nie hat unser Volk so viel ver-

dient wie jetzt, aber nun will man staatliche Leistungen statt Arbeit.“<sup>127</sup>

Gorbatschow wurmte die Überrumpelung durch den Zehn-Punkte-Plan. Er äußerte Genscher gegenüber, dass die Westdeutschen auf dem Wege seien, den europäischen Integrationsprozess zu begraben. Außenminister Eduard Schewardnadse verstieg sich sogar zu Vergleichen mit Hitler. Gorbatschow beklagte sich bei Genscher, Kohl hätte sich mit ihm absprechen sollen, er „denkt aber wahrscheinlich schon, dass seine Musik gespielt wird, ganz sicher ein Marsch, und dass er bereits mitmarschiert.“<sup>128</sup>

## Aus Ostdeutschen werden Deutsche

Innerhalb erstaunlich kurzer Zeit hatte sich die Rhetorik in den USA die „Selbstbestimmung“ der Deutschen als „ein Volk“ zu Eigen gemacht. Den Rahmen für diesen Prozess gaben die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen ab, die von Februar bis September 1990 dauerten. Überwältigt von Tempo und Tragweite der Ereignisse in der UdSSR und Osteuropa, akzeptierte Gorbatschow schließlich die Vereinigung zu den deutschen und westlichen Bedingungen – keine Neutralität, Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands in der NATO. Am 15. Juli 1990 trafen sich Kohl und Gorbatschow in Stawropol und unternahmen ihren berühmten „Waldspaziergang“, bei dem Gorbatschow einem geeinten Deutschland in der NATO seine Zustimmung gab.

Heute erscheint alles so einfach, so selbstverständlich, doch die freigegebenen Dokumente veranschaulichen, dass der Weg zur Vereinigung wiederholtes Innehalten erforderte und die Zeichen diplomatischen Geschickes und einer guten Portion Vertrauen aus Moskau und Washington trug. Was bei vielen Berechnungen jener Tage (besonders im Westen) fehlte, war die DDR: Eine unabhängige und demokratische DDR gab es nicht einmal im amerikanischen Reich der Fantasie.

<sup>127</sup> Memorandum des Gesprächs von George H. W. Bush, John Sununu, Brent Scowcroft und Helmut Kohl, 3. 12. 1989, Dokument Nr. 4, online: ebd.

<sup>128</sup> Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Michail Gorbatschow und Hans Dietrich Genscher, 5. 12. 1989, Dokument Nr. 5, online: ebd.

Wolfgang Seibel

# Die gescheiterte Wirtschafts- reform in der DDR 1989/1990

Die Ereignisse in der DDR vom Herbst 1989 bis zum Sommer 1990 waren geprägt durch eine innen- und außenpolitische

**Wolfgang Seibel**

Dr. rer. pol., geb. 1953; Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Lehrstuhl für Innenpolitik und öffentliche Verwaltung, Universität Konstanz, Universitätsstraße 10, 78457 Konstanz. wolfgang.seibel@uni-konstanz.de

Dynamik und die Festlegung von Pfadabhängigkeiten, die, auch in der historischen Rückschau, Ansätze zu einer Wirtschaftsreform überlagerten, welche in der DDR selbst entstanden waren und dort intensive Diskussionen ausgelöst hatten. Welcher Art waren

diese Reformvorstellungen? Wie realistisch waren sie? Was waren die Umstände ihres Scheiterns?<sup>1</sup>

## DDR-loyale Reformer

Mit dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten Hans Modrow am 17. November 1989 gelangte eine neue Teilelite zu Einfluss, die in der Vergangenheit innerhalb der SED systemimmanente Kritik an der Wirtschaftspraxis des Honecker-Regimes geübt hatte.<sup>2</sup> Dazu zählte vor allem die Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Christa Luft und der vormalige stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Wolfram Krause, der aus dieser Funktion 1978 wegen kritischer Äußerungen zur DDR-Ökonomie entfernt und in die Bezirksleitung der Berliner SED abgeschoben worden war.

Luft hatte im Oktober 1988 in ihrer Antrittsrede als Rektorin der Hochschule für Ökonomie vorsichtige Vorschläge für eine

Reform der Wirtschaft unterbreitet, die mit dem Plädoyer für „sozialismustypische Innovationsstimuli“ unter anderem an Gedanken des „Neuen Ökonomischen Systems“ (NÖS) aus den 1960er Jahren anknüpfte.<sup>3</sup> Krause hatte seine Vorstellungen zur Wirtschaftsreform während der hoch dramatischen Übergangsphase von Honecker über Egon Krenz zu Modrow zusammengefasst und gemeinsam mit Wolfgang Heinrichs, dem Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, in der Ausgabe des „Neuen Deutschland“ (ND) vom 3. November 1989, einen Tag vor der Großdemonstration von DDR-loyalen und reformwilligen Kräften auf dem Berliner Alexanderplatz, veröffentlicht. Auch hier gab es Anklänge an das Gedankengut des NÖS, etwa wenn es hieß, dass „ein funktionierender Marktmechanismus unverzichtbar“ sei und „Berührungspunkte (...) auf ökonomischem Gebiet“, also zwischen sozialistischen und kapitalistischen Marktordnungen, fehl am Platze seien. Es konnte nicht erstaunen, dass diejenigen Wirtschaftsexperten in der SED, die man in der Honecker-Ära kaltgestellt hatte, nun an Vorstellungen anzuknüpfen suchten, die mit dem Machtantritt Honeckers und dem wirtschaftlichen Kurswechsel auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 abgewürgt worden waren.<sup>4</sup> Der Artikel von Heinrichs und Krause im ND trug den Titel „Wirtschaftsreform – Element der Erneuerung des Sozialismus“.

Unmittelbar nach seiner Nominierung für das Amt des Ministerpräsidenten der DDR durch das Zentralkomitee (ZK) der SED am

<sup>1</sup> Die Abhandlung stützt sich in ihrem empirischen Teilen auf mein Buch „Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000“, Frankfurt/M.–New York 2005 (unter Mitarbeit von Hartmut Maaßen, Jörg Raab und Arndt Oschmann), S. 35–118 (Teil I, Nationale Integration und „Volkseigenes Vermögen“).

<sup>2</sup> Vgl. Wolfram Fischer/Harm Schröter, Die Entstehung der Treuhandanstalt, in: Wolfram Fischer/Harbert Hax/Hans Karl Schneider (Hrsg.), Treuhandanstalt – Das Unmögliche wagen. Forschungsberichte, Berlin 1993, S. 20–25.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., S. 20.

<sup>4</sup> Der Mythos des NÖS war auch bei den später in der Treuhandanstalt tätigen Angehörigen der damals jungen Reformgeneration aus den 1960er Jahren noch zu spüren; Interview des Verf. mit Rolf Goldschmidt, 21. 3. 1995.

8. November 1989 (also noch vor seiner formellen Wahl durch die Volkskammer, die am 17. November erfolgte) traf Modrow Absprachen mit seiner designierten Stellvertreterin Luft über die Bildung einer „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR“.<sup>15</sup> Zum Leiter dieser Arbeitsgruppe wurde Krause bestellt. Die bei Amtsantritt der Regierung Modrow innerhalb der SED noch vorherrschende Vorstellung einer systemimmanenten Reform der Wirtschaft unter Beibehaltung des „Volkseigenen Vermögens“ in staatlicher Regie stieß nicht allein auf konkurrierende Vorstellungen, sondern insbesondere auch auf völlig veränderte Machtverhältnisse.

In der zweiten Novemberrhälfte 1989 zerbrach das Machtmonopol der SED. Am 24. November kündigte Krenz als Generalsekretär des ZK und Vorsitzender des Staatsrates und damit als Staatsoberhaupt der DDR an, dass die SED auf ihren in der Verfassung verbrieften Führungsanspruch verzichten wolle. Dies beschloss die Volkskammer am 1. Dezember. Am 6. Dezember trat Krenz als Staatsratsvorsitzender und als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates zurück, am 9. Dezember wurde er an der Spitze der SED durch Gregor Gysi abgelöst.<sup>16</sup>

Am 7. Dezember wurde der „Runde Tisch“ gegründet (später zur Abgrenzung gegenüber ähnlichen Einrichtungen in der Provinz als „Zentraler Runder Tisch der DDR“ bezeichnet), der zu gleichen Teilen aus Angehörigen der Parteien der Nationalen Front und Vertretern der Bürgerbewegung zusammengesetzt war.<sup>17</sup> Von den Vertretern der Bürgerbewegung am Runden Tisch traten die meisten für einen „Dritten Weg“ jenseits von Plan- und Marktwirtschaft ein.<sup>18</sup> Neben den SED-Vertretern hatten die Repräsentanten von Demokratie Jetzt (DJ) die profiliertesten wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Der DJ-Vertreter Wolfgang Ullmann, Theologe, hatte seit Mitte 1989 mit dem Ingenieur Matthias Artzt und dem Phy-

siker Gerd Gebhardt Gespräche über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen geführt, die in der ersten Novemberrhälfte zur Erarbeitung eines Papiers mit dem Titel „Zukunft durch Selbstorganisation“ führten. Darin wurde für Privateigentum an Produktionsmitteln mit sozialer Bindung und eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Ordnung plädiert, allerdings mit dem „strategischen Ziel“, „von dem vorhandenen Volkseigentum soviel wie möglich direkt den Bürgern der DDR zukommen zu lassen“.<sup>19</sup>

## Wirtschaftsreformen und „Volkseigenes Vermögen“

Die Gruppe um Ullmann konstituierte sich am 6. Dezember 1989 als „Freie Forschungsgemeinschaft Selbstorganisation“. Aus dem Ziel einer Marktwirtschaft mit sozialer Bindung bei möglichst umfassender Zuteilung von „Volkseigenem Vermögen“ an die Bürger der DDR resultierten Überlegungen zur Institutionalisierung einer Art treuhänderischen Funktion, mittels derer das vom Staat gehaltene Volkseigentum in eine Rechtsform überführt werden sollte, die auch im Fall der Auflösung der DDR und ihres Beitritts zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Bestand haben könnte. Diese Überlegungen mündeten in eine Vorlage der Gruppe um Ullmann, die inzwischen als „Freies Forschungskollegium ‚Selbstorganisation‘ für Wissenskatalyse an Knotenpunkten“ firmierte, für die Sitzung des Runden Tisches am 12. Februar 1990.<sup>10</sup> Die Vorlage enthielt einen „Vorschlag zur umgehenden Bildung einer ‚Treuhandgesellschaft‘ (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am ‚Volkseigentum‘ der DDR“.<sup>11</sup> Hier tauchte zum ersten Mal

<sup>19</sup> Zit. nach: W. Fischer/H. Schröter (Anm. 2), S. 18.

<sup>10</sup> Vgl. Runder Tisch, 12. 2. 1990, Vorlage Nr. 12/29, in: Treuhandanstalt. Dokumentation 1990–1994. Bd. 1, Berlin 1994, S. 24 ff. Vgl. die ausführliche Darstellung der Entstehung der Vorlage bei Marc Kemmler, Die Entstehung der Treuhandanstalt, Frankfurt/M. 1994, S. 69–82.

<sup>11</sup> Im ersten Absatz der Vorlage hieß es: „Offenbar ist statt einer deutschen Fusionslösung eine baldige Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich geworden. Damit 40 so schrecklich fehlgeleitete Lebensjahre voller Arbeit und Mühen für die Bürger der DDR nicht gänzlich ergebnislos bleiben, wird der o. g. Vorschlag unterbreitet. Durch die sofortige Schaffung der o. g. Kapital-Holding-

<sup>15</sup> Vgl. W. Fischer/H. Schröter (Anm. 2), S. 22; Christa Luft, Treuhand-Report, Berlin 1992, S. 18.

<sup>16</sup> Vgl. Hannes Bahrmann/Christoph Links, Chronik der Wende, Berlin 1994, S. 132, S. 153, S. 178.

<sup>17</sup> Vgl. Uwe Thaysen, Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Wiesbaden 2000, S. XII–XIII.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. XV.

der Gedanke einer institutionellen Zwischenlösung zur Sicherung des „Volkseigenen Vermögens“ auf, eine Rechtsform, die in der Bundesrepublik kein Gegenstück hatte.

Forciert wurde der Gedanke einer Zwischenlösung – nämlich zwischen einer schrittweisen „Wirtschaftsreform“ unter den Bedingungen einer staatlich intakten und politisch stabilen DDR einerseits und der Alternative einer kurzfristigen Übertragung der westdeutschen Wirtschafts- und Rechtsordnung auf die DDR –, als sich in der ersten Februarhälfte 1990 die Anzeichen für einen schnellen Zusammenschluss beider deutscher Staaten, mindestens auf wirtschaftlichem Gebiet, verdichteten. Im Januar hatte die „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ um Krause ein Papier erarbeitet, das unter dem Titel „Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17. 11. 1989“ in einer Beilage zur Zeitschrift „Die Wirtschaft“ am 1. Februar 1990 veröffentlicht wurde. Dieses Papier ist aufschlussreich, weil es die Reformüberlegungen der Planungselite der DDR unter den angenommenen Rahmenbedingungen stabiler staatlicher Strukturen wiedergibt. So hieß es unter anderem: „Die Wirtschaftsreform zielt darauf, eine leistungsfähige Marktwirtschaft in der DDR herauszubilden, die der demokratische Rechtsstaat mittels Rahmenbedingungen in Form strukturpolitischer Orientierungen, ökonomischer Methoden und rechtlicher Regelungen im Interesse wachsender gesellschaftlicher Effektivität, gemeinnütziger Zwecke und sozialer Sicherheit für alle Bürger reguliert.“<sup>12</sup>

Nach den Vorstellungen der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ sollten „neben dem Volkseigentum (...) im Interesse der Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Produktionsweise eine Vielfalt weiterer Eigentumsformen entstehen“, nämlich „gesellschaftliches Gemeineigentum an Produktionsmitteln“. Genannt wurden unter anderem „Gemeineigentum der volkseigenen Betriebe, Kombinate und Wirt-

Treuhandgesellschaft als neues Rechts-Subjekt würde dafür Sorge getragen werden, daß das im Volksbesitz befindliche Eigentum (...) in der DDR nicht herrenlos wird und einfach verloren geht (an wen mit welcher Berechtigung?).“

<sup>12</sup> „Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform“ vom 1. 2. 1990, in: Treuhandanstalt (Anm. 10), S. 7–14.

schaftsverbände“, „privates Eigentum“,<sup>13</sup> „Umwandlung volkseigener Betriebe, die bis 1972 halbstaatliche oder private Betriebe waren, in Betriebe mit inländischer Beteiligung bzw. in Privatbetriebe“ sowie „Gründung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung“. Weiter hieß es: „Der regulierende Einfluß des Staates ist auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen für volkswirtschaftliches Wachstum, Stabilität und Proportionalität sowie soziale und ökologische Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklung zu konzentrieren.“<sup>14</sup> Der Hauptweg staatlicher Regulierung bestehe im „Wirksammachen ökonomischer Methoden“, für die beispielhaft aufgezählt wurden: eine Preisreform, eine Steuerreform, eine „auf die Verwirklichung des Leistungsprinzips gerichtete Einkommenspolitik“, die Einleitung von „Schritten für die Konvertierbarkeit der Mark der DDR“, die Entwicklung der „Staatsbank der DDR (...) zu einem von der Regierung unabhängigen Organ“ und der Aufbau eines Systems „selbständiger Geschäftsbanken“.

Wie immer man die Ernsthaftigkeit solcher Reformabsichten einschätzen mochte – unter den Bedingungen einer weiterhin in das Imperium der Sowjetunion eingefügten, politisch stabilen und staatlich eigenständigen DDR hätten sie als revolutionär gelten müssen. Es handelte es sich um ein plausibles und konsequentes Konzept zur schrittweisen Herausbildung einer Marktwirtschaft und der grundlegenden Steigerung der volkswirtschaftlichen Effektivität, bei dem Alternativen zum „Volkseigentum“ – sprich: Staatseigentum – an Produktionsmitteln ausdrücklich zugelassen, wenn auch nicht als wirtschaftspolitisches Primärziel benannt wurden. Tatsächlich leitete die Regierung der DDR selbst unter den turbulenten Verhältnissen bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 eine Reihe von Gesetzesvorhaben ein, die auf der Linie des Reformkonzepts der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ lagen.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> „Hier liegt der Schwerpunkt auf der Förderung unternehmerischer und handwerklicher Initiativen, wobei Gewerbefreiheit bei gleichzeitigem Schutz des Handwerks und seiner Traditionen zu garantieren ist.“ Papier „Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform“ der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR“ vom 1. 2. 1990, Nr. II A, in: ebd., S. 8.

<sup>14</sup> Ebd., Nr. II C.

<sup>15</sup> Vgl. M. Kemmler (Anm. 10), S. 65 f. Zu diesen Maßnahmen zählte das Gewerbegesetz vom 6. 3. 1990

Für solche „Reformen von oben“ gab es in der deutschen Geschichte zwar Vorläufer, jedoch nur unter Umständen, bei denen Staat und Gesellschaft aufeinander angewiesen waren. Beispiele sind die Niederlage Preußens gegenüber dem Napoleonischen Frankreich 1806 oder die Bismarck'schen Reformen der Wirtschaftsverfassung. Solche Voraussetzungen waren in der DDR indes nicht mehr gegeben. Der Staat, der um seiner Reformfähigkeit willen auf die Unterstützung seiner Bürger angewiesen war, wurde von diesen abgelehnt. Dies war nicht nur der Preis von 40 Jahren SED-Diktatur. Es war vor allem auch die Existenz einer realen Alternative, für die sich bereits Hunderttausende von DDR-Bürgern mit der sprichwörtlichen „Abstimmung mit den Füßen“ entschieden hatten: die Bundesrepublik und deren politische und wirtschaftliche Ordnung.

Am 12. Februar 1990 befasste sich der Runde Tisch mit der Vorlage Nr. 12/29, die den Vorschlag des „Freien Forschungskollegiums“ zur „umgehenden Bildung einer ‚Treuhandgesellschaft‘ (Holding)“ enthielt. Die Vorlage reagierte auf jene Rahmenbedingungen, die im Papier der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ ausgeklammert waren, nämlich die absehbare „Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland“.<sup>16</sup> Durch die Errichtung einer „Treuhandgesellschaft“ als Kapital-Holding sollte die Rechtslücke ausgefüllt werden, die – jedenfalls für das „Volkseigene Vermögen“ als einheitliche Vermögensmasse – bei einer „Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland“ befürchtet wurde, weil die Rechtsordnung der Bundesrepublik das Institut des „Volkseigentums“ nicht kannte. „Als erste

(Gesetzblatt der DDR/GBl I 1990, Nr. 17, S. 138), das Gesetz zur Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligungen vom 7. 3. 1990 (dieses Gesetz regelte die Reprivatisierung der 1972 enteigneten Unternehmen; GBl I 1990, Nr. 17, S. 141), das Steueränderungsgesetz vom 6. 3. 1990 (GBl I 1990, Nr. 17, S. 136), das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Staatsbank vom 6. 3. 1990 (mit der Zulassung selbständiger Geschäftsbanken; GBl I 1990, Nr. 16, S. 125) und die vom Ministerrat der DDR am 25. 1. 1990 erlassene „Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der DDR“ (auch als „Joint-Venture-Verordnung“ geläufig; GBl I 1990, Nr. 4, S. 16).

<sup>16</sup> Vorlage des „Freien Forschungskollegiums“ für die Sitzung des Runden Tisches am 12. 2. 1990, in: Treuhandanstalt (Anm. 10), S. 24 ff.

Handlung“, hieß es in der Vorlage, „müsste diese Holding-Gesellschaft gleichwertige Anteilsscheine im Sinne von Kapitalteilhaber-Urkunden an alle DDR-Bürger emittieren. (...) Das heißt, das die Kompetenzen und Aufgaben definierende Statut dieser Treuhandgesellschaft müsste durch die neu gewählte Volkskammer (solange es diese gibt) oder später durch Volksentscheide der Bürger in den Ländern der ehemaligen DDR definiert werden.“<sup>17</sup>

Die Vorlage wurde an die „Arbeitsgruppe Wirtschaft“ des Runden Tisches sowie an die Arbeitsgruppen „Recht“ und „Verfassung“ überwiesen<sup>18</sup> und auch an Modrow geleitet. Der Vorschlag des „Freien Forschungskollegiums“, vorgelegt von Gerd Gebhardt, in der Öffentlichkeit aber vor allem mit dem Mitglied des Forschungskollegiums und Minister ohne Geschäftsbereich Wolfgang Ullmann in Verbindung gebracht – fand ein breites Medienecho,<sup>19</sup> das sich vor allem auf die Ausgabe verbriefter Anteile am „Volkseigenen Vermögen“ an alle DDR-Bürger bezog. Die Rechtslücke, auf die sich der Vorschlag zur Bildung einer „Treuhandgesellschaft“ als Kapitalgesellschaft nach bundesdeutschem Recht bezog, war im Papier der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ unter Krause offen gelassen worden.<sup>20</sup> Wenn man, im Unterschied zur „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“, die Auflösung der DDR antizipierte, konnte man dem Rechtsinstitut des „Volkseigenen Vermögens“ keine Bindungskraft mehr zuerkennen.

Schon seit Dezember 1989 hatte sich nicht nur eine – weitgehend illusionäre – „Joint-Venture“-Euphorie in vielen Volkseigenen Betrieben (VEB) und Kombinat abgezeichnet, sondern auch die Tendenz vieler Betriebe und ihrer Direktoren, sich, im doppelten Wortsinn, selbständig zu machen und den nominellen Eigentümer, das Volk der DDR, seines Eigentums und dessen politischen Repräsentanten der tatsächlichen Kontrolle über die Unternehmen zu berauben. Es gab daher in der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Vgl. Der Zentrale Runde Tisch der DDR – Wortprotokolle und Dokumente, Bd. III, S. 761

<sup>19</sup> Vgl. M. Kemmler (Anm. 10), S. 76.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 78, mit Bezug auf ein Interview mit Krause vom 6. 10. 1992.

schon im Dezember 1989 oder Anfang Januar 1990 Überlegungen, die VEB und Kombinate kurzerhand in Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften umzuwandeln. Marc Kemmler hat darauf hingewiesen, dass in der DDR das GmbH-Gesetz von 1892 und das Aktiengesetz von 1937 nie außer Kraft gesetzt worden waren, so dass eine Grundlage für solche Umwandlungen sogar in der DDR-Rechtsordnung vorhanden war.<sup>121</sup> Die Geschäftsanteile der so geschaffenen GmbHs und AGs sollten nach den Überlegungen in der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ von einem „Schatzamt“ gehalten werden.<sup>122</sup> Dieser Vorschlag war im Papier vom 1. Februar 1990 nicht enthalten. Trotzdem gab es mit der Idee eines „Schatzamtes“ und dem Vorschlag zur Gründung einer „Treuhandgesellschaft“ in der Vorlage des „Freien Forschungskollegiums“ für die Sitzung des Runden Tisches am 12. Februar 1990 einen Konvergenzpunkt.

## Geburt der „Treuhandanstalt“

Der Ministerrat der DDR, dem der Vorschlag zur Schaffung einer „Treuhandgesellschaft“ des „Freien Forschungskollegiums“ durch Wolfgang Ullmann vorgelegt worden war, beauftragte am 22. Februar 1990 den mittlerweile als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und als „Regierungsbeauftragter für die Wirtschaftsreform“ fungierenden Wolfram Krause mit der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs.<sup>123</sup> Dieser wurde von Krause bereits am 26. Februar vorgelegt. Er enthielt einen Beschlussentwurf zur Gründung einer „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt)“ und den Entwurf zu einer „Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Betrieben, Einrichtungen, Kombinatensowie wirtschaftsleitenden Organen in Kapitalgesellschaften“.<sup>124</sup>

Die Vorschläge Krauses und der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ nahmen die Idee einer „Treuhandstelle“ aus dem Vorschlag des „Freien Forschungskollegiums“ bzw. des „Schatzamtes“ aus den internen Überlegungen auf, nicht aber den Vorschlag für eine Anteilsscheinregelung zugunsten der DDR-Bür-

ger. Dies wurde in einer Stellungnahme des „Freien Forschungskollegiums“ vom 28. Februar kritisiert.<sup>125</sup> Außerdem sei das Modell einer „Treuhandanstalt“ Ausdruck „bürokratisch-zentralistischer verwalteter Strukturen, die ihren historischen Bankrott erwiesen haben“. Die parlamentarische Kontrolle der „Treuhandgesellschaft“ sei nicht gewährleistet. Ein Mangel sei ferner, „daß eine Bewertung des Volkseigentums nicht frei über konkurrierende Anfragen nach Kapitalbeteiligung auf dem internationalen Markt erfolgen soll, sondern daß die Hilfskonstruktion einer Gebrauchswertermittlung benutzt wird, die als bisheriger volkswirtschaftlicher Bewertungsmechanismus versagt hat“. Schließlich könne sich „wegen der letztlich ungeklärten Eigentümerrolle (...) kein Anreiz zur Übernahme des unternehmerischen Risikos in Form internationaler Kapitalbeteiligungen“ ergeben.

Etliche der Kritikpunkte spielten bei der Diskussion um die Neufassung des Treuhand-Gesetzes (das am 17. Juni 1990 von der Volkskammer verabschiedet wurde) eine Rolle, und einige, wie der Hinweis auf „bürokratisch-zentralistische Strukturen“ oder auf die fehlende parlamentarische Kontrolle, sollten sich als geradezu prophetisch erweisen. Zum anderen schlugen sich in der Stellungnahme des „Freien Forschungskollegiums“ nicht weniger Ungereimtheiten nieder, als die Autoren ihrerseits im Beschlussentwurf der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ meinten entdecken zu können. Einerseits wurde richtigerweise auf die notwendige Mobilisierung von Kapital und unternehmerischem Know-how für die angestrebte Überführung der Zentralverwaltungswirtschaft in marktwirtschaftliche Strukturen hingewiesen. Andererseits wurde unterstellt, dass sich Manager und Kapitalgeber durch parlamentarische Politisierung der anvisierten Treuhandanstalt und ihrer Unternehmen weniger schrecken ließen als durch „bürokratisch-zentralistische Strukturen“.

Aus der Gesamtschau der Vorschläge<sup>126</sup> lassen sich Problembeschreibungen und vage In-

<sup>121</sup> Vgl. ebd., S. 98.

<sup>122</sup> Vgl. C. Luft (Anm. 5), S. 28.

<sup>123</sup> Vgl. Treuhandanstalt (Anm. 10), S. 18.

<sup>124</sup> Ebd., S. 18–23.

<sup>125</sup> Vgl. ebd., S. 15 ff.

<sup>126</sup> Vgl. ebd., S. 1–26; C. Luft (Anm. 5), S. 20–31, M. Kemmler (Anm. 10), S. 69–82; W. Fischer/H. Schröter (Anm. 2), S. 20–30; Interviews des Verf. mit Wolfram Krause vom 19. 3. und 24. 4. 1993.

stitutionalisierungsvorstellungen ablesen, die unter den großen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten im Frühjahr 1990 kaum präziser hätten sein können. Sowohl die Konzeption des „Freien Forschungskollegiums“ als auch die der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ beschrieben zentrale Probleme des Umgangs mit dem „Volkseigenen Vermögen“ unter – von beiden Seiten unterstellten – künftigen marktwirtschaftlichen Bedingungen. Das Konzept der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ war eher minimalistisch und daher unter den obwaltenden Umständen nicht unrealistisch. Als Hauptaufgabe wurde die Herstellung eindeutiger und marktwirtschaftskonformer Rechtsverhältnisse betrachtet. Hier war also eine nach westdeutschem Rechtsverständnis „hoheitliche“ Aufgabe zu erledigen, und es war nicht nur plausibel, sondern geradezu unausweichlich, dafür eine staatliche Zentralbehörde vorzusehen. Es war – immer unter der Annahme stabiler politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen – auch plausibel, die entstehenden Kapitalgesellschaften als die eigentlichen dezentralen Einheiten zu betrachten, die sich auf der Grundlage klar definierter Rechtsbeziehungen künftig am Markt zu bewähren hatten.

In die Vorstellungen des „Freien Forschungskollegiums“ mischten sich dagegen Problemdefinitionen, die eher der staatlichen Letztverantwortung auch für das operative Geschäft der unternehmerischen Einheiten Rechnung trugen, ein Umstand, der in der Vorlage der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“ zur „Gründung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ ausgeklammert blieb. Wie, mit welchen Organisationsstrukturen und mit welchen Personalressourcen sollte der Staat dieser quasi-unternehmerischen Verantwortung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gerecht werden? Was sollte im Vordergrund stehen, die verlässliche Direktionsgewalt gegenüber den Betreibern im Interesse der Letzteigentümer – das Schlagwort *shareholder* war damals noch nicht im Umlauf –, also der Bürger der DDR, oder die Handlungsfreiheit und Flexibilität der Einzelunternehmen? Wie wollte man Kapitalressourcen und Managementkapazitäten mobilisieren, wenn man einerseits einen „Ausverkauf“ des „Volkseigenen Vermögens“ verhindern, andererseits, wie das „Freie Forschungskolle-

gium“ forderte, Eigentumsstrukturen mit dem „Anreiz zur Übernahme des unternehmerischen Risikos in Form internationaler Kapitalbeteiligungen“ erreichen wollte, in der richtigen Einschätzung, dass „eine Verantwortungsbereitschaft (...) ausschließlich durch das Risiko des persönlichen Besitzverlustes und die Erwartung von Besitzvermehrung (Gewinn) genährt“ würde?<sup>27</sup>

Die in aller Eile ausgearbeiteten Änderungsvorschläge und eine Intervention Ullmanns und weiterer Mitglieder des „Freien Forschungskollegiums“ (Arzt, Gebhardt, Schönfelder) bei Wirtschaftsministerin Luft bewirkten keine Änderung mehr an der Vorlage der „Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform“.<sup>28</sup> Am 1. März 1990 fasste der Ministerrat den „Beschluss zur Gründung der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt)“ und verabschiedete die „Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften“.<sup>29</sup>

## Volkskammerwahl, Staatsvertrag und Währungsunion

Die Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 brachte eine Klärung und auch die erhoffte Stabilisierung der politischen Verhältnisse in der DDR, die von diesem Zeitpunkt an noch sechseinhalb Monate existieren sollte. Die von der CDU geführte „Allianz für Deutschland“ errang über 48 Prozent der Stimmen, die SPD landete weit abgeschlagen bei knapp 22 Prozent. Damit war eine quasi-plebiszitäre Entscheidung zugunsten einer möglichst schnellen Vereinigung beider deutscher Staaten gefallen, und zwar nach dem von der CDU im Westen wie im Osten favorisierten Modell eines „Beitritts“ der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Art. 23 GG. Neuer Ministerpräsident wurde der Vorsitzende der ostdeutschen

<sup>27</sup> Freies Forschungskollegium, Kritik zur Vorlage „Gründung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ von W. Krause, Berlin, 28. 2. 1990, in: Treuhandanstalt (Anm. 10), S. 15 ff.

<sup>28</sup> Dass die Anteilsscheinregelung aus dem Vorschlag des „Freien Forschungskollegiums“ vom Ministerrat nicht übernommen wurde, führte Krause später auf die erheblichen organisatorischen Probleme zurück, welche die Umsetzung dieses Vorschlags mit sich gebracht hätte (im Interview des Verf. vom 24. 2. 1993).

<sup>29</sup> GBl. DDR I 1990, Nr. 14, S. 107 f.

CDU, Lothar de Maizière, der eine Koalitionsregierung aus CDU, DSU, Demokratischem Aufbruch, den Liberalen und der SPD bildete. In der Koalitionsvereinbarung vom 12. April 1990 legten sich die Parteien auf den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes fest. Der Weg dazu sollte über eine Währungs- und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik führen. Die Umstellung von Mark der DDR in D-Mark müsse im Verhältnis 1:1 erfolgen.

Tatsächlich bedeutete diese wirtschaftliche Radikalmaßnahme tiefgreifende wirtschaftliche Unsicherheit und für viele Ostdeutsche (wie sich herausstellen sollte: für ungefähr ein Drittel der Beschäftigten vom Frühjahr 1990) den Verlust des Arbeitsplatzes. Man kann den Schluss von Jonathan Zatin<sup>30</sup> nachvollziehen, dass die Währungsunion von der DDR-Bevölkerung im Zerrspiegel jener planwirtschaftlichen Ideologie wahrgenommen wurde, die im Zeichen von D-Mark und Marktwirtschaft gerade überwunden werden sollte. Die D-Mark wurde in der Wahrnehmung der ostdeutschen Bevölkerung auf das Symbol westlichen Wohlstandes reduziert und damit auf ein Mittel, mit dessen Hilfe die westdeutsche Regierung die ostdeutsche Bevölkerung gleichsam im Handumdrehen mit jener Warenfülle segnen könne, wie man sie in Ostdeutschland nur aus der westdeutschen Fernsehwerbung oder den Intershops kannte.

Die wochenlangen öffentlichen Diskussionen und Verunsicherungen über die Umstellungskurse wurden am 23. April 1990 durch eine Entscheidung der Bonner Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP beendet: Umstellung 1:1 für Löhne und Gehälter und 2:1 für Betriebsschulden sowie Spar- und Bargeld, ausgenommen 4000 Mark der DDR pro Person, die 1:1 getauscht werden sollten. Außerdem sollte der DDR eine schrittweise Anpassung des Rentensystems an das der Bundesrepublik bis zu einer vorläufigen Höhe von 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoverdienstes aus 45 Versicherungsjahren angeboten werden. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wirtschafts- und Währungsunion, für die ein Staatsvertrag auszuhandeln sei, wurde der 1. Juli 1990 ins Auge gefasst. Am

<sup>30</sup> Vgl. Jonathan R. Zatin, *The Currency of Socialism*, Cambridge-New York 2007.

18. Mai 1990 unterzeichneten die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg in Bonn den Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.

## Fazit

Das Schicksal der DDR-Wirtschaft war mit der Vereinbarung beider deutscher Regierungen über die Umstellungskurse besiegelt. Es erledigten sich damit auch alle wirtschaftlichen Reformvorstellungen, die auf einen „Dritten Weg“ auf der Basis reformierter Wirtschaftsstrukturen einer fortexistierenden DDR gesetzt hatten. Niemand konnte sagen, wie die DDR-Betriebe ab dem 1. Juli 1990 mit ihren Produkten auf dem Markt Erlöse erzielen sollten, die zur Bezahlung der Vorprodukte und der Löhne in D-Mark ausreichen würden.<sup>31</sup> Es waren tragischerweise die DDR-Bürger selbst, die mit ihren Demonstrationen gegen eine Währungsumstellung unterhalb der Parität bei den Löhnen eine flüchtige Wohlstandsillusion gegen eine nachhaltige Depression tauschten. Die Bundesregierung saß hier nicht am längeren, sondern am kürzeren Hebel: Sie hatte keine andere Wahl, als den Primat der Politik – die friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit – auf Kosten langfristiger ökonomischer und sozialer Verwerfungen durchzusetzen.

Die Vorstellungen zu einer Wirtschaftsreform wären unter den Bedingungen staatlicher Stabilität der DDR und damit der Fortdauer der deutschen Teilung ernstzunehmende Strategien der schrittweisen Umgestaltung der staatlichen Planwirtschaft zu einer staatlich verantworteten Marktwirtschaft gewesen. Damit ist aber bereits der Grund ihres Scheiterns benannt. Die DDR brach zusammen, weil ihre Bürger ihr die Loyalität entzogen.

<sup>31</sup> Vgl. Georg A. Akerlof u. a., In *From the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union*. Brookings Papers for Economic Activity, Vol. 1, Washington 1991; Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der Wiedervereinigung*, München 1993, S. 77–86.



Wilfried Rott

# Abschied von West-Berlin

Ausgerechnet West-Berlin, der demokratisch-kapitalistische Gegenentwurf zur das Stadtgebiet umgebenden DDR, teilte das

**Wilfried Rott**

Dr. phil., geb. 1943; Publizist; bis 2008 Abteilungsleiter und Moderator beim SFB/rbb; Honorarprofessor an der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ in Berlin.  
wilfried@rottmil.de

seinen eigenen Untergang kaum wahr, da ein Neues, lange Erhofftes und zugleich kaum noch Geglaubtes Wirklichkeit wurde: West-Berlin sollte nicht länger in seiner merkwürdigen Insellage verharren, nicht länger Halbstadt sein, sondern Teil des wiedererstandenen Gesamt-Berlins werden. West-Berlin war wie alle Welt vom Mauerfall wie von der sich anschließenden Vereinigungsdynamik überrascht und in keiner Weise darauf vorbereitet, obwohl es diesen Moment in seiner von jeher prekären Rumpffexistenz eigentlich hätte herbeisehnen müssen.

## Halbstadt auf Abruf

Der Abschied von West-Berlin in seiner Mischung aus Leichtigkeit, Wehmut und geschichtsvergessener Ignoranz ist nur vor dem Hintergrund der wechselvollen Geschichte der Halbstadt zu verstehen. In Ost-Berlin wurde am 30. November 1948 der Gesamtberliner Magistrat für abgesetzt erklärt und ein eigenes Stadtregiment von den in Lkw aus Betrieben in sowjetischer Verwaltung herangebrachten „Massen“ akklamiert, nachdem im September die nichtkommunistischen Abgeordneten angesichts des politischen Drucks seitens der SED in den Westteil Berlins ausgewichen waren. Im Prinzip war West-Berlin eine Stadt auf Abruf: Mit einer nur im Westteil der ehemaligen Reichshauptstadt erfolgten, von Ost-Berlin und der SED boykottier-

ten und bekämpften Wahl am 5. Dezember 1948, mit der darauf erfolgten Konstituierung eines Abgeordnetenhauses und einer Stadregierung gab es fortan ein eigenständiges westliches Berlin, von dem man zunächst nicht einmal recht wusste, wie es zu benennen sei. So gab es ein offizielles „Berlin (West)“, während die DDR bald konsequent von „Westberlin“ sprach und damit auch terminologisch seine Theorie von der „besonderen politischen Einheit Westberlin“ manifestierte.

West wie Ost waren sich darüber im Klaren, jeweils nur über einen Berlin-Torso zu verfügen, und der Gedanke einer Vereinigung war zunächst virulent. Zu unnatürlich war die Trennung, auch wenn noch ein freier Personenverkehr zwischen den Stadthälften bestand. Jede Seite dachte indes, dass die Vereinigung unter ihrem Vorzeichen erfolgen werde. So hatte sich Ernst Reuter (SPD), als Oberbürgermeister und später Regierender Bürgermeister der dominierende politische Kopf West-Berlins, zwar vehement für die Einführung der D-Mark im Bereich der westalliierten Sektoren eingesetzt und dafür die Teilung der Stadt in Kauf genommen, aber er äußerte immer wieder die Hoffnung, dereinst durch das Brandenburger Tor ziehen und auch im Osten Freiheit und Demokratie zur Herrschaft verhelfen zu können. Solche Bekundungen waren kaum mehr als jener Schuss Utopie, der zum Überleben in einem eigentlich unmöglichen Zustand gehört. In den Reihen der SED waren derartige Pläne – mit umgekehrtem Vorzeichen – konkreter. Der spätere Verteidigungsminister der DDR, Heinz Hoffmann, damals Sekretär der Berliner SED-Landesleitung, bekannte Anfang Februar 1949: „Es gab Genossen, die (. . .) der Meinung waren, daß eines Tages die Kräfte des sowjetisch besetzten Berlin mit Hilfe der sowjetischen Armee durch das Brandenburger Tor marschieren, um die Befugnisse des Magistrats unter Führung von Friedrich Ebert auf ganz Berlin auszudehnen.“<sup>1</sup> Allerdings schränkte er ein: „Wir müssen Schluß machen mit dieser illusionären Politik des Wartens auf die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht.“

Vgl. zu diesem Beitrag Wilfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990*, München 2009.

<sup>1</sup> Zit. nach Volker Koop, *Kein Kampf um Berlin? Deutsche Politik zur Zeit der Berlin-Blockade 1948/1949*, Bonn 1998, S. 292.

Ausdruck des Wunsches nach einem Gesamt-Berlin waren auf westlicher Seite die „Mahnworte“, die Willy Brandt als Präsident des Abgeordnetenhauses am 21. Oktober 1955 zum ersten Mal im Rathaus Schöneberg vortrug und die, später ergänzt, fortan am Beginn jeder Sitzung des Stadtparlaments gesprochen wurden. „Ich bekunde unseren unbeugsamen Willen, dass Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit vereinigt werden muss.“ Über Jahre war dieser Wunsch weitgehender Konsens in West-Berlin, doch mit den Jahren schwand das Verlangen nach einer Vereinigung, und ein halbes Jahr vor dem Mauerfall wurde der Vereinigungswunsch in Teilen West-Berlins als obsolet und störend empfunden. Am 25. Mai 1989 sorgte Hilde Schramm von der Alternativen Liste (AL) im Abgeordnetenhaus für Aufregung. Ihr Gewissen, so ihre Worte, erlaube es ihr nicht, die sogenannten „Mahnworte“ zu sprechen. Schramm sah in ihnen ein Relikt des Kalten Krieges, das den Realitäten der täglichen Politik widerspreche. Schramms Weigerung sorgte für Empörung bei der CDU und für Verlegenheit bei der SPD. Denn längst war auch in ihren Reihen das Reden von Wiedervereinigung verpönt und wurde als „Träumerei“, „Lebenslüge“ oder gar als „Geschwätz“ bezeichnet. Am 19. Januar 1990 wurden die „Mahnworte“ durch einen Dringlichkeitsantrag von SPD und AL abgeschafft.

## Wechsel und Wandel im Selbstverständnis

Im Laufe der Jahre veränderte sich das Selbstverständnis West-Berlins; zudem variierte es zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen erheblich. Die erfolgreich überstandene Blockade von 1948/49 stärkte das Selbstbewusstsein dieser Generation, die sich internationaler Anerkennung, vor allem in den USA, erfreuen durfte. West-Berlin konnte sich als „Leuchtturm der Freiheit“ betrachten und mit der sich erholenden Wirtschaft auch als ein „Schaufenster des Westens“. Inbegriff dessen wurde der Kurfürstendamm: Der Boulevard hatte, wie schon Siegfried Kracauer vor dem Krieg schrieb, keine Wahrzeichen vorzuzeigen, sondern war „Warenzeichen“.<sup>12</sup> Nun wurde er selbst zum

<sup>12</sup> Siegfried Kracauer, *Straßen in Berlin und anderswo* (1964), Berlin 2008, S. 126.

Wahrzeichen und mehr denn je zur Meile von Konsum und Vergnügen.

Gepeist wurde das West-Berliner Selbstbewusstsein jener Jahre durch das Unvermögen der DDR, einen Sozialismus mit ansehnlichem Gesicht zu entwickeln. Besucher- und Flüchtlingszahlen bewiesen die Attraktivität West-Berlins. Nikita Chruschtschow tröstete sich und Walter Ulbricht mit dem Hinweis, dass es spätestens 1961 so weit sei, dass die DDR den Lebensstandard der Bundesrepublik überholen werde: „Das wird wie eine Bombe einschlagen. Deshalb müssen wir Zeit gewinnen.“<sup>13</sup>

Doch 1961 ließ Chruschtschow in Berlin eine ganz andere Bombe platzen. Auf Betreiben Ulbrichts wurde die Berliner Mauer errichtet, die West-Berlin zutiefst erschütterte und verunsicherte. Die Welt war für die West-Berliner nach dem 13. August 1961 nicht mehr dieselbe. Nicht länger konnten sie in den Ostteil der Stadt fahren, waren von Freunden und Verwandten abgeschnitten. Erst der Besuch von US-Präsident John F. Kennedy 1963 gab West-Berlin die Sicherheit zurück und stärkte das Bewusstsein, Vorposten der freien Welt zu sein, auch wenn die Kuba-Krise die Halbstadt aus dem Fokus des Kalten Krieges rückte, was zugleich einen Zugewinn an Sicherheit, aber auch einen Bedeutungsverlust bescherte. Für die Bewohner Ost-Berlins wurde die abgeriegelte West-Hälfte der Stadt zu einer fast mythischen Größe, zum „Verbotenen Zimmer“ (Helga Schubert),<sup>14</sup> das die wenigsten von ihnen je betreten durften, an dem aber doch alle durch Fernsehen und Rundfunk aus West-Berlin Anteil hatten.

Eine Erschütterung der wiedergewonnenen Selbstgewissheit der „Blockade-“ und „Mauerbau-Berliner“ bedeutete die Studentenrevolte von 1967/68. Der Protest gegen die USA wegen deren Vietnam-Krieg war vielen West-Berlinern unverständlich, erlebten sie doch die USA überzeugt und selbstverständlich als ihre Schutzmacht, welche die Existenz West-Berlins inmitten der DDR sicherte. Es wurde evident, dass sich eine

<sup>13</sup> Zit. nach: Hope M. Harrison, *Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations 1953–1961*, Princeton 2003, S. 124.

<sup>14</sup> Helga Schubert, *Das verbotene Zimmer*, Darmstadt 1984.

neue, meist nicht aus West-Berlin stammende Generation in der Stadt deutlich bemerkbar machte, der die alte West-Berliner Mentalität herzlich fremd war. Studentenfürher Rudi Dutschke etwa demonstrierte in einem Gespräch mit Hans Magnus Enzensberger das totale Unverständnis gegenüber dem überkommenen West-Berlin,<sup>15</sup> wenn er forderte, dass die „radikale Intelligenz“ die Universität auflösen müsse, denn ganz Berlin sollte seiner Meinung nach zur Universität, zu einer lernenden Gesellschaft werden. Die Arbeiter seien zur Übernahme der Industrie zu erziehen, die Bürokratie und die Polizei müssten zerstört werden. Da er die „Bürokraten“ als für in der Produktion nicht „verwertbar“ betrachtete, hielt er es für unausweichlich, dass der Großteil des Verwaltungspersonals nach Westdeutschland emigrieren müsse.<sup>16</sup> Wer zur „Umerziehung“ nicht taue, dem sollte die Möglichkeit gegeben werden, auszuwandern.

Die jungen Menschen aus dem Bundesgebiet, die nach West-Berlin strömten, verfolgten nicht mehr derart radikale Vorstellungen, wollten hier aber jenes freiere, auch vom Wehrdienst befreite Leben führen, das sie aus der Enge der bundesrepublikanischen Provinz hierher geführt hatte. Eine vielfältige Alternativkultur entwickelte sich, die ihrerseits wiederum höchst disparat war und politisch engagierte Gruppen ebenso umfasste wie allein an der Entfaltung ihres ökologisch-alternativen Lebensstils interessierte Milieus.

Die bis zur Polarisierung reichende Pluralität der West-Berliner Gesellschaft wurde anlässlich der 750-Jahr-Feiern von 1987 deutlich. Die DDR hatte sich an die schon 1983 intern festgelegte Devise gehalten, West-Berliner „Versuche, innerstädtische Kontakte zu entwickeln (. . .) und Absprachen, die auf eine abgestimmte Vorbereitung der 750-Jahr-Feier“ zielten, zurückzuweisen.<sup>17</sup> So geriet West-Berlin wieder in seine angestammte Rolle, als politischer Solitär eine Vorzeigeposition einzunehmen, wie es seit den Anfängen 1948 der Fall war, wobei Glanz und Opulenz

<sup>15</sup> Vgl. Kursbuch, Nr. 14 (1968), S. 146 ff.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 166.

<sup>17</sup> Vgl. Steffen M. Alisch, „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, Stamsried 2004, S. 351 ff.

der Jubiläumsfeierlichkeiten weitgehend geliehen waren. Betrug ohnedies schon der Bundeszuschuss 50 Prozent des Landeshaushalts, so wurden nun zusätzliche Mittel bereitgestellt. „Geld gab es aus dem Gartenschlauch“, lautete eine spöttische Formulierung jener Zeit.

Die Idee, West-Berlin als Beispiel einer urban-metropolitanen Gesellschaft der Vielfalt darzustellen, scheiterte allerdings, weil sich die inzwischen etablierte Alternativszene nicht integrieren wollte. Die offiziöse Beschreibung West-Berlins als „junger, unruhiger, rebellischer Stadt, einer Stadt des politischen und sozialen Aufbegehrens“<sup>18</sup> fand mit nahezu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Kreuzberg eine ungewollt radikale Entsprechung. Die regierende CDU versuchte die Spannungen in der Stadt einerseits durch Ausgrenzung der nicht mehr ins herkömmliche Bild West-Berlins passenden Gruppen als „Antiberliner“ zu bewältigen. Andererseits wurde an der Schraube einer möglichst glänzenden Selbstdarstellung der Stadt gedreht, bis sie 1988 mit einem Veranstaltungsmarathon überdreht wurde, als die Stadt Kulturhauptstadt Europas war.

## Sinnkrise vor dem Mauerfall

Immer unsicherer wurde das Selbstverständnis West-Berlins. Die schon seit den Anfängen die Stadt begleitende Hölderlin-Frage „Wohin denn ich?“ war immer schwerer zu beantworten, je „normaler“ die Lebensverhältnisse in West-Berlin vor allem durch den 1972 geschlossenen Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR wurden. Es galt noch immer und verstärkt, was der polnische Schriftsteller Witold Gombrowicz 1964 in seinem Tagebuch notiert hatte: „Berlin wirkt wie jemand, der geradewegs und sicher voranschreitet, nur daß man nicht weiß *wohin*.“<sup>19</sup>

1989 verlor die als sicherer Sieger erwartete CDU überraschend die Abgeordnetenhauswahl, und SPD und AL bildeten eine Koalition. Beide Parteien hatten kein taugliches Verhältnis zu den sich vor ihrer Haustür in Ost-

<sup>18</sup> Berlin, Berlin. Die Ausstellung zur Geschichte der Stadt, Berlin 1987, S. 54

<sup>19</sup> Witold Gombrowicz, Tagebuch 1953–1969, Frankfurt/M. 2004, S. 859.

Berlin und der DDR vollziehenden Veränderungen. Die SPD verfolgte konsequent die Kooperation mit der Staats- und Parteiführung in Ost-Berlin. Über Jahre hatte sie Kontakte zur SED unterhalten und war, DDR-Protokollen zufolge, dabei zu weitreichenden Zugeständnissen bereit.<sup>10</sup> Kontakte mit den Bürgerrechtsgruppen wurden dagegen vermieden, weil in ihnen vor allem destabilisierende Elemente gesehen wurden. Dementsprechend reagierte Walter Momper, seit April 1989 Regierender Bürgermeister, nicht auf ein Schreiben der „Umweltbibliothek“ in Ost-Berlin.

Gleich doppelt belastet wurde das Verhältnis zu den Bürgerrechtsgruppen durch die AL. Deren Umweltsenatorin Michaele Schreyer regelte das Müllproblem West-Berlins durch ein Abkommen mit der DDR, das umweltschädliche Deponien im Umland Berlins zur Folge hatte, gegen die Bürgerrechtsgruppen vergeblich protestierten. Die AL, an deutschland- und berlinpolitischen Fragen nur marginal interessiert, war 1989 bereits auf den Kurs eingeschwenkt, den ihr Pressesprecher Dirk Schneider (für die DDR-Staatsicherheit als IM „Ludwig“ tätig) betrieben hatte und der bis hin zur Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft mit den Forderungen der SED übereinstimmte. AL-Mitglieder, die Kontakte zu Bürgerrechtlern im Osten pflegten, wurden als „Pickelhauben-Fraktion“ denunziert und ihre Versuche, mit in die DDR geschmuggelten Druckern, Computern oder Fotokopierern die Bürgerrechtler zu unterstützen, diskreditiert. Die Solidarität mit den DDR-Bürgerrechtlern sei von Schneider und Konsorten verhindert worden, urteilte später ein AL-Mitglied der Vorweidenzeit.<sup>11</sup>

Schon einen Tag nach dem Mauerfall wurde deutlich, dass das regierende SPD-AL-Bündnis kein überzeugtes Verhältnis zur neuen Situation gegenüber Ost-Berlin entwickelte. In einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses sträubte sich die AL gegen eine gemeinsame Erklärung, weil in

<sup>10</sup> Vgl. zu den auf mehreren Ebenen geführten Gesprächen der West-Berliner SPD mit der SED S. Alisch (Anm. 7), S. 351 ff.

<sup>11</sup> Vgl. zur AL und ihrem Verhältnis zur DDR u. a. Hubertus Knabe, *Die unterwanderte Republik*, Berlin 1999, sowie Welt online vom 26. 11. 1999 und Die Zeit, Nr. 11 (1992).

ihr von der deutschen Einheit die Rede war. Eine Wiedervereinigung galt als „reaktionäres Projekt“, und auf den Fall der Mauer war man „gedanklich überhaupt nicht vorbereitet“, wie der AL-Politiker Wolfgang Wieland nachträglich selbstkritisch anmerkte.<sup>12</sup> SPD und AL einigten sich schließlich auf einen Resolutionstext von eiertänzerischer Vagheit und sprachlicher Unübersichtlichkeit, der vor allem vom Unvermögen kündete, auf einen weltpolitischen Vorgang angemessen zu reagieren. Vor dem Schöneberger Rathaus, wo einst John F. Kennedy sein „Ich bin ein Berliner“ gesprochen hatte, fand sich statt der üblichen Jubel-Berliner aus kleinbürgerlichem Milieu ein links-alternatives Publikum ein, das die Politiker, vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl, am 10. November 1989 mit einem Pfeifkonzert bedachte. Momper, der beharrlich vom „Volk der DDR“ und einem „Wiedersehen, nicht einer Wiedervereinigung“ sprach, erntete nicht viel Beifall, aber die wütende Reaktion des Bundeskanzlers: „Lenin spricht!“

Die Stärke West-Berlins lag nach dem Mauerfall gewiss nicht im Politischen, sondern im Materiellen und Menschlichen. In der Nacht vom 9. zum 10. November schlug den Ost-Berlinern eine Woge der Sympathie entgegen, die nur langsam verebbte, auch wenn die West-Berliner manche Unannehmlichkeiten und Fremdheiten erlebten. Die großen Einkaufsstraßen waren plötzlich von Menschen überschwemmt, die in ihrer Kleidung, den Kindern an der einen und den Dederonbeutel in der anderen Hand reichlich fremd waren. Zugleich aber bewies der nur durch den Devisenmangel gehemmte Kaufwille der Ost-Berliner eine Qualität der Stadt, die nun nicht mehr nur Schaufenster, sondern Warenhaus des Westens war, das massiv gestürmt wurde. Nur eine U- oder S-Bahnfahrt benötigte es, um vom tristen sozialistischen Ambiente in die bunte Welt von West-Berlin einzutauchen. Diese Nähe war es auch, die alle Pläne, weiter zwei nicht mehr durch eine Mauer getrennte Gesellschaftssysteme nebeneinander bestehen zu lassen, zu Makulatur werden ließen. „Demokratischer Sozialismus am einen Ende der Friedrichstraße und Sozialdemokratie am anderen?“, fragte der britische Historiker Timothy Garton Ash – eine Unmöglichkeit, und

<sup>12</sup> Zit. nach: Stachelige Argumente, 4 (2003).

West-Berlin war gewiss nicht gewillt, diesen „Dritten Weg“ zu gehen.<sup>13</sup>

## 1990 – Gesamt-Berlin im Mittelpunkt

Die Ereignisse im Zuge der sich rasch anbahnenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten setzten West-Berlin unter Druck, da es nun unmittelbar mit der Aufgabe konfrontiert wurde, aus zwei Stadthälften eine neue Gesamtstadt herzustellen. Momper, der unmittelbar erlebte, wie ein Nebeneinander zweier deutscher Staaten und Stadthälften keine Zukunft besaß, wurde von seinen eigenen Leuten als „Wiedervereiniger“ abqualifiziert.<sup>14</sup> Ein sichtbarer Schritt war der Abbau der Mauer. Der Wunsch, das verhasste Bauwerk endlich zu beseitigen, verdrängte jeden Gedanken, einen größeren Teil von ihr museal-konservatorisch zu bewahren. West-Berlin sah sich sogar mit dem Verlangen der de Maizière-Regierung in Ost-Berlin konfrontiert, die Kosten für den Mauerabbriss zu bezahlen.<sup>15</sup> Diese abwegige Forderung mag dem Empfinden entsprechen sein, dass das scheinbar wohlhabende West-Berlin auch noch diese Aufgabe übernehmen könne, nachdem bald klar war, dass West-Berlin finanziell und organisatorisch bei der Vereinigung der Stadt federführend zu sein hatte. Mit einem paritätisch aus Ost-Berliner Magistrat und West-Berliner Senat zusammengesetzten „Magi-Senat“ war formal ein gleichgewichtiges Regierungsorgan geschaffen worden, doch lag die Hauptlast der Mühen der Einigung auf West-Berliner Seite. Die Mühsal, Verwaltung und Institutionen zu vereinheitlichen, wird in ihrem Umfang bis heute kaum gewürdigt. Das Volumen war so groß, als hätte Nordrhein-Westfalen, das für Brandenburg zuständig war, die Mühen für das gesamte sogenannte „Beitrittsgebiet“ zu übernehmen gehabt.

Die Aufgabe war so gewaltig und West-Berlin seiner Rolle und seines Stellenwertes so sicher, dass für Abschiedsgedanken kaum Platz war. Man wiegte sich in einer irgendwie weiterbestehenden Sonderrolle in Sicherheit, gab doch etwa Kohl, so die Darstellung von Momper, am 28. Februar 1990 das „eindeuti-

ge Versprechen“ ab, dass niemand daran denke, die Berlin-Förderung zu beseitigen.<sup>16</sup> Anfang 1991 beschloss das Kabinett in Bonn jedoch, die Wirtschaftsförderung für Berlin sukzessive bis 1994 abzubauen. Erst jetzt machte sich Sorge um eine Verarmung des ehemaligen West-Berlins breit, war die Rede von einer „Verostung“ des ehemaligen Vorzeigeobjekts des Westens.

Das politische Ende West-Berlins war ruhmlos und wurde durch einen ungewünschten West-Export ausgelöst. In der Ost-Berliner Mainzer Straße hatten sich überwiegend schwäbische Hausbesetzer zusammengefunden. Bei der Räumung im November 1990 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und gegenseitigen Vorwürfen der Koalitionspartner SPD und AL, die ihre Senatorinnen abberief. Das Bild West-Berlins verdüsterte sich in den Augen Ost-Berliner Politiker angesichts des „Randale-Exports von West nach Ost“.<sup>17</sup>

West-Berlin, dessen Qualitäten während Blockade und Mauerbau vor allem im Aus- und Durchhalten bestanden, konnte diese Eigenheiten auch an seinem Ende beweisen, indem es trotz der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 noch zwei weitere Monate bestand. Bis zur ersten gemeinsamen Kommunalwahl, die parallel zur ersten gesamtdeutschen Bundeswahl am 2. Dezember stattfinden sollte, bestanden durch eine Ausnahmeregelung im Einigungsvertrag in Berlin weiter zwei Regierungen und Parlamente.

Am 11. Januar 1991 wurde mit der Übernahme der bisher nur in West-Berlin geltenden Berliner Verfassung der letzte Schritt zur staatsrechtlichen Einheit Deutschlands vollzogen. Damit hörte auch West-Berlin auf zu existieren, und die feierliche konstituierende Sitzung des ersten Gesamtberliner Parlaments nach vierzig Jahren in der Nikolaikirche in Ostberlin war ein stilles Requiem für die Halbstadt, die aber nicht wirklich aus dem politischen Leben zu scheiden gedachte, sondern mit personellem Urgestein präsent war. Alterspräsident dieser ersten Sitzung war der aus den Bauskandalen der 1980er Jahre bekannte Klaus Franke (CDU). Erste gewählte Prä-

<sup>13</sup> Vgl. Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas*, München 1993, S. 306.

<sup>14</sup> Vgl. Walter Momper, *Grenzfall. Berlin im Brennpunkt deutscher Geschichte*, München 1991, S. 332.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., S. 377.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 321.

<sup>17</sup> Walter Momper im Interview mit *Der Spiegel*, Nr. 47 vom 19. 11. 1990.

sidentin des Abgeordnetenhauses wurde Hanna-Renate Laurien, die sich einst erfolglos gegen Eberhard Diepgen um das Bürgermeisteramt bemüht hatte; Diepgen wurde nun Regierender Bürgermeister von ganz Berlin.

## Langer Abschied nach dem Ende

Das Jahr 1990 war für West-Berlin kaum von Abschiedsgedanken erfüllt, sondern von einem latenten Aufbruchgefühl grundiert. Nicht nur die Mauer war endlich verschwunden. Auch die immer unangenehmen, aber das Lebensgefühl der West-Berliner prägenden Transittfahrten entfielen. Ost-Berlin, auf Grund der prohibitiven Einreisebestimmungen tendenziell gemieden, wurde ebenso wie das Umland „entdeckt“. Für den Gedanken, dass eine Abwicklung West-Berlins ansteht, war kaum Raum. Wie anders sollte sich die Einheit der Stadt vollziehen als in einer Angleichung des Ostteils an den Westteil?

Es dauerte einige Zeit, bis auffiel, was die Schriftstellerin Katja Lange-Müller auf die deftige Formel brachte: „Den West-Berlinern wurde die Stadt unterm Arsch weggezogen.“<sup>18</sup> Der schleichende Prozess der Bewusstwerdung dieses Umstands setzte erst nach 1990 ein, nachdem West-Berlin am 3. Oktober 1990 noch einmal gegen den Widerstand aus Bonn und des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière glanzvoller Schauptplatz deutscher Geschichte war: Vor dem Reichstag, also im Westteil der Stadt, wurde die deutsche Einigung gefeiert.

Der Abschied von West-Berlin ist ein langer, noch immer nicht abgeschlossener Prozess mit einigen markanten Punkten. Das Scheitern von Eberhard Diepgen und Klaus-Rüdiger Landowsky, der langjährigen grauen Eminenz West-Berliner CDU-Politik, im Zuge des Skandals um die Berliner Bankgesellschaft, war einer der Einschnitte. Ausgerechnet diese Vertreter des „alten“ West-Berlins waren es aber auch, die massiv in die Struktur der ehemaligen Halbstadt eingriffen, indem sie 1993 das Schiller-Theater, einen genuinen Teil West-Berlins, schlossen. In vielem, was in der Folge von West nach Ost abwanderte, spiegelte sich indes vor allem die Wiederherstellung früherer Verhältnisse wider, der Abschied von teilungsbedingt angelegten Provi-

sorien, angefangen beim Auszug der Stadtregierung aus dem Schöneberger Rathaus bis zur Rückstufung des Bahnhofs Zoo vom Fernbahnhof zu einer Station der Stadtbahn.

Schon 1994 registrierte die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer alarmiert den Niedergang des einstigen West-Berlins und währte sogar – unzutreffend – die Edeladresse „Kaufhaus des Westens“ zum Kontakthof russischer Prostituierten heruntergekommen.<sup>19</sup> Derartige Klagen reißen nicht ab,<sup>20</sup> begleitet von immer wiederkehrenden Sorgen um Zustand und Zukunft des Kurfürstendamms, dem Inbegriff West-Berlins.<sup>21</sup> Die Klagen über den Abstieg und das Verschwinden von West-Berlin werden befördert durch eine Stadtregierung, die kein rechtes Zukunftsbild für die einstige Vorzeigeregion hat. Von einem aus dem DDR-Kulturapparat stammenden, früheren Berliner Kultursenator musste sich die Stadt sagen lassen, dass es enttäuschend sei, wie mit dem West-Berliner Erbe umgegangen werde und wie die Stadt ihre eigene Traditionslosigkeit immer weiter fortführe.<sup>22</sup>

West-Berlin, das seit fast 20 Jahren offiziell nicht mehr existiert, ist dennoch im Positiven wie im Negativen weiter präsent. Schon wird ein Wiedererwachen West-Berlins als Hort neuer Bürgerlichkeit registriert.<sup>23</sup> Umgekehrt wird aber auch argumentiert, dass eine Verwahrlosung des öffentlichen Raums und ein „bewusst proletenhaftes“ Outfit des Konzert- und Opernpublikums in ganz Berlin dem Vorbild West-Berlins folge.<sup>24</sup>

Ob es je einen definitiven Abschied von West-Berlin geben wird, ist mehr als ungewiss. Sicher ist, dass diese vierzig Jahre bestehende urbane Merkwürdigkeit nicht nur im Sprachgebrauch der DDR eine „besondere Einheit“ war, die in ihrer Eigenheit fort dauert, solange die Amalgamierung der beiden Stadthälften nicht an ihr Ende gekommen ist.

<sup>19</sup> Antje Vollmer in: Die Zeit, Nr. 7 (2006).

<sup>20</sup> Vgl. aktuell u. a. Der Tagesspiegel vom 7. 1. 2010.

<sup>21</sup> Vgl. Die Welt vom 18. 1. 2010.

<sup>22</sup> Vgl. Thomas Flierl in: Berliner Zeitung vom 6. 5. 2009.

<sup>23</sup> Vgl. Ulf Poschardt, Die leise Rückkehr von West-Berlin, in: Die Welt vom 27. 9. 2009.

<sup>24</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 1. 2010.

<sup>18</sup> Zit. nach: Der Tagesspiegel vom 4. 11. 2007.

# APuZ

Nächste Ausgabe 12/2010 · 22. März 2010

## Argentinien und Brasilien

*Peter Birle*

Zwischen Rivalität und Partnerschaft

*Claudia Zilla*

Politische Kultur in Argentinien und Brasilien

*Wolf Grabendorff*

Möglichkeiten und Grenzen regionaler und globaler Politik

*Imme Scholz*

Wachstum und ökologische Grenzen in Brasilien

*Kristina Hille*

Reaktivierte Unternehmen:  
die empresas recuperadas in Argentinien

*Klaus Hart*

Vom Umgang mit der Diktaturvergangenheit

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Asiye Öztürk  
Johannes Piepenbrink  
Manuel Halbauer (Volontär)  
Telefon: (02 28) 9 95 15-0  
Redaktionsschluss dieses Heftes:  
26. Februar 2010

### Internet

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.

### Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
*APuZ* zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
[parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de)

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

- Wolfgang Templin*  
3-5 **Das unselige Ende der DDR**  
In der Auseinandersetzung mit verharmlosenden und verkürzten Sichten auf die DDR und ihr Ende wird die Dimension einer europäischen Befreiungsrevolution 1989/90 markiert, in welcher die Ereignisse und ihre Akteure eingebettet sind.
- Martin Sabrow*  
6-13 **Der vergessene „Dritte Weg“**  
Dass die Zukunftsvorstellung eines „Dritten Wegs“ im Umbruch von 1989/90 so widerstandslos unterging und heute aus der Erinnerung geschwunden ist, findet seine tiefste Ursache im Abschied von der Moderne des 20. Jahrhunderts.
- Rainer Land*  
13-19 **Eine demokratische DDR?**  
Neben der politischen Frage, wie die Parteiherrschaft der SED beendet werden könne, ging es für die Akteure des „Modernen Sozialismus“ um konzeptionelle Grundlagen einer gesellschaftlichen Erneuerung.
- Michael Richter*  
20-26 **Doppelte Demokratisierung und deutsche Einheit**  
Die DDR wurde nicht erst durch die Wiedervereinigung demokratisch. Die Friedliche Revolution brachte eine eigene Demokratie hervor. Ohne sie hätte man international eine Entscheidung für die deutsche Einheit nicht akzeptiert.
- Jennifer A. Yoder*  
27-33 **Die demokratische DDR in der internationalen Arena**  
Im Rückblick ist es frappierend, wie wenig die Entwicklungen in der DDR 1990 eine Rolle auf der internationalen Bühne spielten. Dort ging es um die Auswirkungen einer deutschen Vereinigung auf die Stabilität in Europa.
- Wolfgang Seibel*  
34-40 **Die gescheiterte Wirtschaftsreform in der DDR 1989/1990**  
1989/90 entstanden in der SED/PDS wie in der Bürgerbewegung Vorstellungen zu einer Wirtschaftsreform. Sie scheiterten daran, dass die Bürger der DDR ihrem Staat nach 40 Jahren Diktatur die Unterstützung entzogen.
- Wilfried Rott*  
41-46 **Abschied von West-Berlin**  
Die vierzig Jahre lang bestehende urbane Merkwürdigkeit war nicht nur im Sprachgebrauch der DDR eine „besondere Einheit“, sondern sie dauert fort, so lange die Amalgamierung der beiden Stadthälften nicht an ihr Ende gekommen ist.